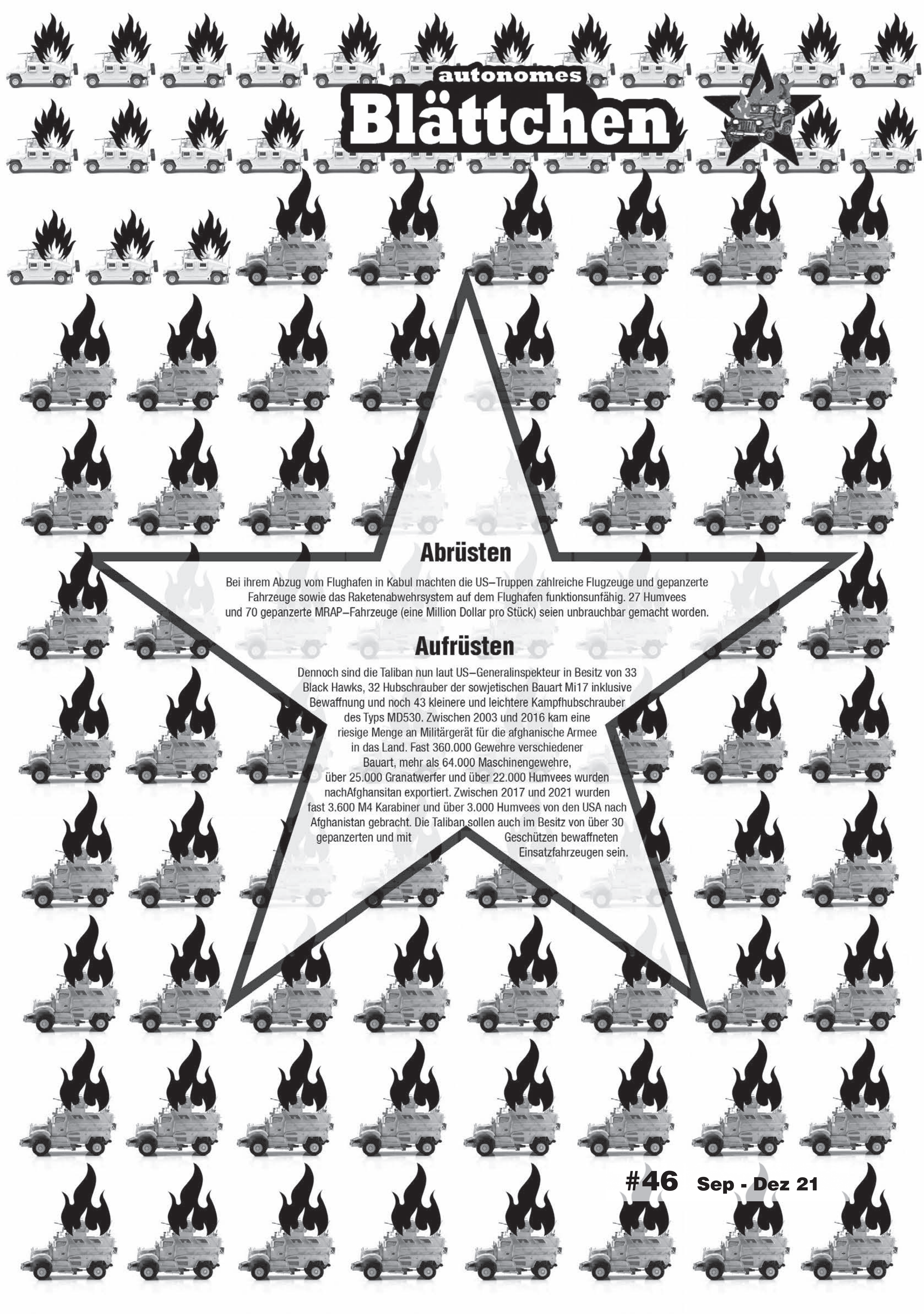


autonomes Blättchen

Abrüsten

Bei ihrem Abzug vom Flughafen in Kabul machten die US–Truppen zahlreiche Flugzeuge und gepanzerte Fahrzeuge sowie das Raketenabwehrsystem auf dem Flughafen funktionsunfähig. 27 Humvees und 70 gepanzerte MRAP–Fahrzeuge (eine Million Dollar pro Stück) seien unbrauchbar gemacht worden.

Aufrüsten

Dennoch sind die Taliban nun laut US–Generalinspekteur in Besitz von 33 Black Hawks, 32 Hubschrauber der sowjetischen Bauart Mi17 inklusive Bewaffnung und noch 43 kleinere und leichtere Kampfhubschrauber des Typs MD530. Zwischen 2003 und 2016 kam eine riesige Menge an Militärgerät für die afghanische Armee in das Land. Fast 360.000 Gewehre verschiedener Bauart, mehr als 64.000 Maschinengewehre, über 25.000 Granatwerfer und über 22.000 Humvees wurden nachAfghansitan exportiert. Zwischen 2017 und 2021 wurden fast 3.600 M4 Karabiner und über 3.000 Humvees von den USA nach Afghanistan gebracht. Die Taliban sollen auch im Besitz von über 30 gepanzerten und mit Geschützen bewaffneten Einsatzfahrzeugen sein.

#46 Sep - Dez 21



Impressum:

Nr. 46 September-November 21
E-Mail: autonomes-blaettchen@nadir.org
PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint:
962E E3CF F873 19AA 5647 5D93 E37A 4489 E058 5969

Einsendeschluss: alle drei Monate:
1. Dezember, 1. März, 1. Juni, 1. September

Post:
Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Homepage(s):
autonomesblaettchen.noblogs.org
autonomesblaettchen.blackblogs.org

Alle Ausgaben dort auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unser Homepages schicken.

ViSdP: Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Für den Fall, dass einige der linksradikalen Webseiten nicht aufzurufen sein sollten, empfehlen wir euch auf folgenden Seiten nach Informationen zu suchen. Indymedia ist auch im "Darknet" erreichbar (nur über den Tor-Browser)

https://de.indymedia.org:
http://gsxbcjvcrdl66ycimkwra2nxzwvy2idef4twi7elojuzm5ztt5abqyid.onion
http://dvqlamnbbzli62qfyt5faspxunueqdxc4csrslhcp2z3haiflnrn6dqd.onion
indy-spiegel unbekannter Herkunft:
http://hq73inugsyl5pzhnbm2uonuq6h2veztdhicvoiefhlofrzbbwa57xsad.onion/
http://bkejyh6jkyvn7zogkjwag4xtbzy5z5mi5unudmq624vd6xlrx3iudsyd.onion/

Für sensible Veröffentlichungen raten wir dringend, ein Tails-Betriebssystem zu nutzen !!! Geht zusätzlich an einem Ort ins Netz, der Euch nicht zugeordnet werden kann.

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angbe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Info zu unserer Sprachpolitik

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Inhalt

Editorial

Die Erstellung dieser Ausgabe war mühsam. Ihr könnt uns keine Texte mehr über unseren Blog zuschicken, weil da irgendetwas nicht mehr funktioniert. Wir wissen aber nicht, ob ihr vielleicht doch versucht habt, etwas zu schicken und es verschütt gegangen ist.

Insgesamt haben uns dieses mal kaum Zusendungen erreicht, was ungewöhnlich ist. Entweder funkt uns jemand dazwischen oder ihr habt nichts geschrieben; Beides wäre schlecht.

Nicht nur de.indymedia hat mit ständigen Angriffen zu kämpfen. Vielleicht sind jetzt auch wir betroffen. Vielleicht aber machen wir selbst gerade technische Fehler. Das werden wir besprechen und gucken, was wir verbessern müssen und können.

Leider findet ihr diesmal keine Chronik im Heft, auch da bleiben wir dran.

Wo wir gerade am jammern sind: Bitte schickt uns keine Links, sondern macht euch die Mühe, eure Texte zu kopieren und sie uns als solche zu schicken, das ist nicht schwer.

Dieser kalte Sommer scheint die Aktivitäten eingefroren zu haben. Auch die Textproduktion, die ja eigentlich ein Denkprozess ist, scheint zum Erliegen gekpommen zu sein. Was ist da los? Es gäbe viel, um nachzudenken.

Diese Ausgabe ist auf jeden Fall ein wenig schlanker geworden als sonst aber trotzdem ist es bunte Mischung an Themen geworden.

Wir haben viele Texte aus andere Ländern und von anderen Kontinenten in dieser Ausgabe. Das finden wir gut, weil es den Blick weitet.

Wir haben einen langen strategischen Text reingenommen (Riots-Manifest-Covid), weil wir denken, dass die darin aufgeworfenen Fragen und Annahmen dringend zu diskutieren sind. Niemand sollte sich abgeschreckt fühlen den Text zu lesen, weil er oder sie sich beleidigt fühlt oder die Art zu schreiben nicht mag. Nur zu, ärger dich, stimme zu, schreibe eine Entgegnung oder deine Gedanken auf.

Zwei Texte erinnern an zwei starke und kämpferische Frauen, Esther Bejarano und Luisa Toledo Sepúlveda, die beide in den letzten Monaten gestorben sind und unter großer Anteilnahme vieler Mitstreiter*innen in Hamburg und Santiago de Chile beerdigt wurden.

Es gibt einige Texte zur IAA in München. Die wird vielleicht schon vorbei sein, wenn du das Blättchen in den Händen hältst. Aber die Kritik an der IAA und an die Auseinandersetzung über den Widerstand dagegen halten wir für wichtig. Deswegen hat dieser Teil seinen Platz gefunden.

Tja, die Texte, die das Impfen gegen Covid19 als reine Kontrollmaßnahme begreifen und der Text zum Anzünden eines Impfzentrums in Frankreich finden wir so falsch, dass wir uns entschieden haben, sie nicht abzudrucken.

Wir teilen die Kritik an einem durch die staatlichen Anti-Covid-Maßnahmen gestärkten Kontrollstaat. Das Impfen als solches anzuprangern und Impf-Infrastruktur anzugreifen, halten wir aber für falsch. Impfen rettet Leben, auch wenn die Konntrolle von Impfstatussen abzulehnen ist. Für eine Debatte wünschen wir uns differenziertere Artikel.

Bis demnächst, *euer Blättchen-Kollektiv*

Ein Brief von Boris aus dem Gefängnis

„Warum ich zwei Funkmasten auf dem Mont Poupet abgefackelt habe“

Hallo, ich heiße Boris. Ich bin jetzt seit neun Monaten in der Strafvollzugsanstalt von Nancy-Maxéville für das Abfackeln von zwei Funkmasten im Jura im April 2020 eingesperrt.

Wenn ich mich erst jetzt dazu entscheide einige öffentliche Worte rund um meine Sache zu veröffentlichen, dann liegt das besonders daran, dass der Staat mich gerade verurteilt hat und mir erscheint es wichtig, meine Eindrücke und meine Wut gegen den Techno-Totalitarismus auf Papier zu bringen, die sich, seitdem ich eingesperrt bin, sicher nicht verflüchtigt hat. Ganz im Gegenteil.

Während die Staaten sich abstimmten um der Bevölkerung einen Maulkorb anzulegen, indem sie ihr unter dem Vorwand die Covid-19-Pandemie einzudämmen befahlen, brav zuhause zu bleiben, verbreiteten sich Sabotagewellen in Frankreich und Europa (Niederlande, Großbritannien, Italien,…) gegen die Infrastruktur der technologischen Herrschaft (Funkmasten, unterirdische Glasfasernetze, Kraftwerke…). Im Osten und Westen, im Süden und Norden Frankreichs wurden Masten gefällt, ihre Kabel durchgeschnitten und in den meisten Fällen dutzendweise in Schutt und Asche gelegt und so die Telekommunikation unterbrochen, die Geolokalisation der Handys und die Spionage jener, die sich im Visier der Repression befinden.

Während ich diese paar Zeilen schreibe, setzen sich diese Sabotagen gegen das Telekommunikationsnetz munter fort, auch wenn die Herrschaft großes Interesse daran hat, diese zu verheimlichen oder sie kleinzureden. Manchmal ist das Ausmaß der Zerstörung derart, dass es unmöglich ist sie zu verschweigen, wie die Brandstiftung an einem TDF-Mast in den Bouches-du-Rhône Anfang Dezember 2020 oder auch die Brandsabotagen in der Nähe von Limoges, zu denen sich auch bekannt wurde, um das Jahr 2021 mit guten Vorsätzen zu starten.

Das technologische Netz, das das gesamte Territorium bedeckt, breitet sich in rasender Geschwindigkeit aus und perfektioniert seine Funktion mit dem neuen 5G-Netz, und es erlaubt einen ganzen Haufen neuer sozialer Normen zu akzeptieren, die vom Staat mit der Empfehlung und dem Segen von Ärzten und Wissenschaftlern auferlegt wurden. Auf gleicher Ebene wie ein ganzer Haufen Produkte und Drogen, die die Bevölkerung brav und fügsam halten, spielen die Bildschirme eine primäre Rolle, damit der Lockdown von einer großen Mehrheit akzeptiert wird: Home-Office, Home-Party, Home-Schooling, Home-… Wie hätte die Herrschaft diesen landesweiten Hausarrest ohne diese ganze Technostruktur durchgesetzt?

Es ist die Stunde der Beschleunigung der Flüsse und der Daten, die Stunde der Konnektivität der Alltagsgegenstände um immer mehr zu kontrollieren, zuzuhören, zu tracken und zu spionieren, ohne Ende den Menschen mehr zum Sklaven der Maschine zu machen. All das ist das, was die Herrschaft „Fortschritt“, „Zivilisation“ nennt. In Wirklichkeit ist dieses Gesellschaftsprojekt durch und durch dystopisch. Angesichts dieses Gitters des Digitalen gibt es keine 36 000 Lösungen. Mir scheint es notwendig, das Stadium der Kritik hinter sich zu lassen und hier und jetzt zu handeln und die Ideen mit Handlungen zu verbinden, und dabei die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zu treffen um zu verhindern sich in den Maschen der Repression zu verheddern. Und leider weiß ich, wovon ich rede.

Diese ganze Sache geht von einem augenscheinlich neuen, blauen Plastikdeckel aus, von einer öligen Substanz bedeckt, am Fuß einer der beiden Masten des Mont Poupet, auf dem meine DNA gefunden wird. Da ich bereits registriert bin, finde ich mich im Visier der Richter und Bullen wieder, die große personelle und finanzielle Mittel aufbringen werden, um meinen Alltag (meine Gewohnheiten, meine Bekanntschaften) im Sommer 2020 auszuspähen (IMSI-Catcher, Kameras vor Wohnhäusern, GPS-Sender unter den Autos jener, die mir nahe stehen, TKÜ und Ortung, Zivis des GIGN [Groupe d’intervention de la Gendarmerie nationale, vergleichbar der GSG9] (aus Versailles) für Beschattung und Beobachtung…)

Was den Gewahrsam angeht, muss ich echt sagen, dass ich „verkackt“ habe, als ich geredet habe (auch wenn es nur mich betraf). Da habe ich vorher schon zahlreiche Ingewahrsamnahmen hinter mich gebracht ohne jemals geredet zu haben, doch an diesem Tag habe ich diesen fatalen Fehler begangen, der, einmal gemacht, unmöglich repariert oder gar rückgängig gemacht werden kann. Es bleibt das Risiko sich weiter reinzureiten, sich in Erklärungen zu verstricken, die für den Angeklagten nur nachteilig sein können.

Ich habe mir deswegen Vorwürfe gemacht und ich tue es auch heute noch, der Repression Informationen gegeben zu haben, indem ich im Verhör diesen Inquisitoren der Macht geantwortet habe, wahre Perverslinge, die perfekt wissen, wie man sich in die psychologischen Schwachstellen eines Individuums hineinbohrt und einen bricht. Das wird nie wieder vorkommen.

Am 22. September in Besançon sind Gendarmen [Militärpolizisten] der Regionalsektion von Besançon (und andere der Oracle-Ermittlungsgruppe) in Begleitung der Kriminalpolizei von Dijon um 6h30 bei mir sowie bei zwei weiteren Häusern eingelaufen. Auf Rechtshilfeersuchen der Ermittlungsrichterin Lydia Pflug (Kopf der JIRS [Juridictions interrégionales spécialisées, Richter für komplexe interregionale und nationale Fälle wie Organisierte Kriminalität, Wirtschaftskriminalität u. a.] von Nancy) wegen „Zerstörung von Funkmasten mithilfe von Brandstiftung in organisierter Bande, Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung und Zerstörung mithilfe von Brandstiftung in organisierter Bande“ in Besançon im Zeitraum vom 9. Januar bis 9. April 2020.

Während die anderen beiden Verfolgten am Ende des Tages gehen konnten, wurde ich nach Verstreichen meiner 48 Stunden in Gewahrsam im Büro der Richterin der Justiz überantwortet und es wurde Anklage gegen mich erhoben wegen Brandstifung an zwei Funkmasten auf dem Mont Poupet am 10. April 2020 im Jura, und ich galt als „verdächtiger Zeuge“ [témoin assisté; eine dringend tatverdächtige Person, wo es jedoch bislang keine eindeutigen Beweise gibt] für eine andere Brandstiftung an der SFR-Hauptverteiler-Anlage des TDF-Mastes auf dem Mont de Brégille über Besançon. Was gleichgestellt ist mit dem Versuch der Brandstiftung.

Am Ende der Ermittlung im März 2021 beantragt die Staatsanwalt die Einstellung der kriminellen Vereinigung und der versuchten Brandstiftung Ende März. Aber wiederholt die Eröffnung eines Gerichtsverfahrens für die Brandstiftung am 10. April 2020.

Während dieses nächtlichen Feuers im Lockdown wurde die Telekommunikation aller Mobilfunkanbieter (Bougues SFR Orange und Free) sowie die der staatlichen Repressionsorgane (Polizei und Gendarmerie) und des Elektrizitätswerks Enedis vorübergehend außer Betrieb gesetzt. Der Sachschaden wurde auf eine Summe zwischen 750 000 und eine Million Euro geschätzt. Für genau diese Fakten musste ich am 19. Mai vor dem Gericht in Nancy erscheinen. Trotz des Antrags auf Verschiebung meiner Anwältin, die nicht anwesend sein konnte, hat sich das Gericht nach einer Stunde Wartezeit dazu entschieden die Anhörung stattfinden zu lassen.

Die Maskerade konnte also fortfahren, ohne Publikum, aber mit einem Journalisten der Lokalpresse, der nur darauf wartete seinen Elan als Lakai der Herrschaft vorzuführen, um die Herrschaft noch etwas mehr zu festigen, dem Staat zu helfen seine feige und kalte Rache durchgehen zu lassen, gut geschützt vor den Blicken und Ohren derer, die zu meiner Unterstützung gekommen waren.

Die Vorsitzende, die sich von Anfang an über den Mangel an Anerkennung vonseiten ihres Ministers gegenüber der Richterkörperschaft* beschwerte (bringt das Murren der Cops etwa die Richterschaft auf Ideen?), stimmt man erneut den Refrain des armen Bürgers an, der nicht mehr das Krankenhaus anrufen kann, weit hinten auf dem Land, um sich behandeln zu lassen.



Ich antworte einfach, dass es Zeit ist zu lernen miteinander zu leben, was die Gesellschaft uns genommen hat, indem sie uns hinter Maschinen isolierte, mit Bildschirmen, die uns blind machen, und Kopfhörern, die uns taub machen angesichts der Gräuel dieser Welt, die alle Lebewesen, menschliche wie nicht-menschliche, ausbeutet, vergiftet und tötet. Ich gebe daraufhin ein persönliches Beispiel über den Umstand, dass ich ohne Handy aufgewachsen bin und dass es sicherlich mehr gegenseitige Hilfe und Unterstützung zwischen den Menschen gab, in einer Zeit, in der man keine App benötigte, um miteinander zu reden, sich zu treffen, sich zu küssen oder zu vögeln…

Ich komme gleich zum Urteil, das die Vorsitzende verkündete, das ich kaum gehört habe. Vier Jahre Knast, davon zwei auf Bewährung unter Auflagen plus mehrere zehntausend Euro Strafe (Ich kann mich nicht mehr an die exakte Summe erinnern).

Als ich das Gericht verließ, wurde mir die Freude zuteil eine große Gruppe meiner Freunde und Gefährten, die zu meiner Unterstützung gekommen waren, zu sehen, die für einen Moment die CRS [Bereitschaftsbullen] zerstreuten um mich mit „Freiheit! Freiheit!"-Rufen zu begrüßen. Das hat mir ziemlich viel Wärme und Kraft gegeben.

Meine Augen waren gleichzeitig voller Trauer, Freude und viel, viel Wut. Einige Minuten nach der Urteilsverkündung wusste ich bereits, dass ich Berufung einlegen würde, was ich drei Tage später gemacht habe, als ich mich im Bunker wiederfand.

Ich würde gerne einige Punkte klarstellen über das, was in der Presse so erzählt wurde. Ich habe nicht nur gegen die 5G-Technologie gehandelt. Es sind alle Wellen (2G, 3G, 4G), gegen die ich kämpfe. Der Techno-Totalitarismus erlegt seine makabren Pläne in aller Geschwindigkeit auf und verstärkt und verbessert seine bereits existierende Infrastruktur. Natürlich wird 5G die Installation einer Vielfalt von Mini-Antennen überall erfordern, um den Fluss der Informationsdaten zu beschleunigen und so beispielsweise zu erlauben jedes Alltagsobjekt miteinander zu verbinden. Jede Autonomie der Individuen wegzunehmen, sie zu Sklaven der Maschine zu machen, während man sie für Werbe- oder andere Zwecke ausspioniert (Selbstisolation, Ausbeutung zuhause mithilfe von Home-Office, Aufgabe des Hautkontakts unter uns, Omnipräsenz der kleinen und großen Bildschirme in unserem Leben), das ist die nahe Zukunft, die sich abzeichnet, die Dystopie, die gerade ihren Gang nimmt.

Übrigens, an jene, die immer noch an die sogenannten „grünen" Energien glauben, an die Pseudo-Energiewende, die in Wahrheit nur eine Akkumulation der Ressourcen ist, an den Abbau von einem ganzen Haufen Metallen überall auf der Welt, deren benötigte Menge um ihre Elektrokarren, ihre Kilometer an Kabeln (unter- oder überirdisch) zu produzieren, konstant steigt und die Krebs, Zerstörung und Tod verbreitet: das Problem ist nicht nur der Ausstoß von Treibhausgasen. Das macht nur einen Bruchteil aus. Das „elektrische Ganze" ist genauso zerstörerisch und tödlich. Der Abbau all dieser Metalle lässt sich nur durch den Gebrauch ultra-schädlicher und verschmutzende Säuren bewerkstelligen, die die Böden und die Wasserläufe verderben und vergiften und dabei unheilbare Krankheiten verursachen, wenn sie nicht direkt zu einem schnellen und sicheren Tod führen. Das ist die Realität des digitalen Ganzen, von dem sie versuchen es als ökologisch darzustellen, als Alternative zur Luftverschmutzung.

So viele Gründe, weshalb ich zu jenen gehöre, die sich beim ersten Widerhall der staatlichen und sanitären Ordnung geweigert haben sich zuhause einzusperren und hinausgegangen sind um direkt einen der Pfeiler der Herrschaft anzugreifen.

Erhobenen Hauptes, mit feurigem Herzen!
Es lebe die Anarchie!

Boris

* ihrer Meinung zufolge sind die Gefangenen die Privilegierten des Ministers, da sie (vor den Richtern) als erste eine Impfung erhalten würden, was natürlich vollkommen falsch ist.

Indymedia Nantes, am 16. Juni 2021

Um seine Gefangenennummer zu erfahren und ihm zu schreiben:

besakattak@riseup.net

Boris im Krankenhaus

Aktions- und Solidaritätsaufruf

Seit Samstag morgen, den 7. August, liegt unser Freund und Gefährte Boris in der Station für schwere Brandverletzungen des Krankenhauses von Metz im künstlichen Koma, nachdem es in seiner Zelle gebrannt hat. Da seine Atemwege durch den Rauch und den Ruß stark vergiftet wurden, ist immer noch nicht klar, ob er überleben wird. Sobald es sein Gesundheitszustand erlaubt, soll eine erste Hauttransplantation vorgenommen werden.





Seitdem ist Antony Speciale, Journalist von Lorraine Actu eifrig darum bemüht, die Version des Geschehenen zu übernehmen, die Fadila Doukhi, die Regionaldelegierte der Schließergewerkschaft Force Ouvrière verbreitet hat. Der Priorität gegenüber den Aasgeiern der Presse verpflichtet, wird das Gefängnis sich erst spät am Tag die Mühe machen die Familie zu benachrichtigen, weit nach der Veröffentlichung in der Rubrik Vermischtes. Wenig überraschend werden die Schließer für ihre schnelle Reaktion angesichts dieses Ereignisses, das direkt von einem Jahr Einsperrung produziert wurde, beglückwünscht.

Es ist für uns heute schwer nachzuvollziehen, was geschehen ist. Boris kann sich momentan natürlich nicht selbst dazu äußern, und ganz offensichtlich können wir von den Schließern und der Verwaltung nur Berichte erwarten, die sie von jeder Verantwortung freisprechen. Wie auch immer die Umstände dieses Vorfalls ausgesehen haben mögen, ist die einzige Gewissheit, dass die Knastverwaltung, die Justiz, ihre Lakaien und ihre Welt verantwortlich sind. Es ist klar, dass in der Gefängniswelt diese „Unfälle" von der Staatsgewalt hervorgebracht werden.
Diese Situation ist die Folge der institutionalisierten Folter. Da, wo die Körper eingesperrt sind und ihre Bewegungen genauestens verfolgt werden, sind Feuer in der Zelle manchmal das letzte Mittel seine Unterworfenheit oder seinen Schmerz hinauszuschreien. Wir zeigen mit dem Finger auf die Wiederholung dieser Vorfälle, die sich regelmäßig in Dramen verwandeln, je nachdem, wie schnell die Schließer eingreifen.

Von Villepinte im Juni 2020 über La Santé im Oktober desselben Jahres bis zu Lille-Sequedin im letzten Juli, der Zellenbrand von Boris ist kein Einzelfall. Seit seiner Verhaftung am 22. September 2020 für die Brandstiftung an zwei Funkmasten im Jura am 10. April 2020 inhaftiert, wurde Boris am 19. Mai 2021 zu einer Strafe von 4 Jahren Knast, davon zwei auf Bewährung, und zu einer Geldstrafe von mehreren hunderttausend Euro verurteilt. Das Gericht hat den Prozess hinter verschlossenen Türen verhandelt, trotz der Abwesenheit und des Antrags auf Vertagung des Prozesses seiner Anwältin. Als Publikum waren alleine zwei Familienmitglieder erlaubt. Unter dem Vorwand von Hygienemaßnahmen wurden Freund.innen und Gefährt.innen am Eingang des Gerichts aufgehalten, während ein Journalist des Est Républicain eine Einladung erhielt um einen Scheißartikel auszubrüten und den Anschein einer Scheinöffentlichkeit der Verhandlung zu wahren.

In einem im Juni aus dem Knast heraus verfassten Brief kommt Boris auf seine Tat und seine Motivationen zurück, die gegen die Kontrollwerkzeuge gerichet waren, wie auch gegen die verheerenden Auswirkungen des Abbaus der benötigten Materialien für die Herstellung dieser Technologien für alles Leben. Er bezeichnet die Überwachungs-, Distanzierungs- und Ausbeutungsgesellschaft als dystopisch, die uns der Kapitalismus und der Staat auferlegt. Es erscheint uns notwendig die Reichweite der Gedanken und der Handlung von Boris, die ihn in den Knast gebracht haben, so weit und so tief wie möglich zu verbreiten. Mit der gleichen Solidarität, die er in sich getragen hat, als er dieses menschliche und ökologische Desaster angriff. Weil wir uns weigern, angesichts des Gesundheitszustandes und der Inhaftierung unseres Freundes und Gefährten in einem Ohnmachtsgefühl zu verharren, rufen wir dazu auf unserer Solidarität Ausdruck zu verleihen, in dem wir die Venen der Herrschaft und der Knastwelt angreifen.

Die Situation von Boris erinnert uns daran, dass der anarchistische Kampf eine Spannung zwischen der Wut zu leben und diesem System des Todes ist, dass sich fügen lügen heißt [Mühsam, Der Gefangene] und dass wir den Weg des Aufstands wählen anstatt den der Resignation. Ein Angriff auf eine.n von uns ist ein Angriff auf uns alle! Lasst uns aufrührerisch und solidarisch sein!

Indymédia Lille am 25. August 2021

Verhindern wir das 5G-Netzwerk
und die Digitalisierung unseres Lebens!

Bekräftigen wir die menschliche Vorstellungskraft im Angesicht von künstlicher Dummheit!

Mythos Fortdchritt

Unser Zeitalter basiert auf dem Mythos des Fortschritts. Ein Mythos, welcher das Erlangen jeder von der technologischen Entwicklung angebotenen Möglichkeit erzwingt, ohne die Konsequenzen zu verstehen, die daraus vielleicht entstehen würden. Die industrielle Gesellschaft will die gegenwärtige Katastrophe und die irreparablen Konsequenzen der technologischen Entwicklung alleine durch Digitalisierung, Automatisierung und Künstliche Intelligenz, Smart Cities und Smarten Dingen lösen. Weitere irreversible Schäden können nur durch die industrielle Gesellschaft entstehen, also muss unser Ausgangspunkt sein diese radikal zu hinterfragen.

Freiheit im Würgegriff

Wir müssen nur um uns herum schauen um zu verstehen, dass die Zerstörung unserer Lebensbedingungen im selben Tempo wie das Erscheinen neuer technologischer Geräte auf dem Markt voran schreitet. Wir sahen dies bei der globalen Verbreitung von Covid-19, als die tiefen Widersprüche dieses Gesellschaftsmodells mehr als deutlich wurden. Während der Einsperrung fand für viele Leute Arbeit, Schule und soziale Beziehungen nur noch „auf Distanz" und digital statt. All dies passierte mit befremdlicher Geschwindigkeit. Unsere Kontakte und Bewegungen wurden durch Apps, Smartphones und Drohnen verfolgt. Unter dem Deckmantel von Gesundheit und Sicherheit wurde der Würgegriff in welchem die individuelle Freiheit steckt noch enger. Das 5G-Netzwerk Während die Menschen in ihren Häusern eingesperrt waren, wurde in vielen Städten die vorbereitenden Arbeiten für den Ausbau des 5G-Netzwerks intensiviert. Aber was ist das genau?

Das 5G-Netzwerk ist nicht nur ein Weg um das Internet schneller zu nutzen. Es ist viel wichtiger. Das 5G-Netzwerk ist die essentielle Infrastruktur um das Projekt eines „Smarten Planeten" zu realisieren: Eine Welt der total verbundenen Geräte welche Daten und Informationen über ihre Umwelt und Menschen sammeln und weitergeben, eine Welt der Maschinen, welche fähig sind alle menschlichen Träume zu lösen und auf vorbestimmten Wegen zu fesseln. Das Netzwerk wird die Wahrnehmung der Welt und die Art und Weise wie wir leben irreversibel verändern. Es wird in jeden Aspekt unseres Lebens eingreifen: Von der Arbeit zur Schule, vom Leben in Städten zur Verwaltung der menschlichen Gesundheit, von der Art und Weise wie Ausbeutung und Krieg gegen die Menschen und die Umwelt in entfernten Ländern praktiziert wird.

Krieg

In der ganzen Geschichte hatten komplexe Technologien immer einen militärischen Ursprung. Das 5G-Netzwerk ist keine Ausnahme. Seit dem 2. Weltkrieg hat der militärisch-industrielle Komplex das Projekt verfolgt das Schlachtfeld kybernetisch zu gestalten. Internetnetzwerke, GPS, smarte Objekte, Fernbedienung von Operationen, Drohnen, Künstlicher Intelligenz anvertraute Analysen und Entscheidungen, Soldaten-Maschinen-Hybride, Überschallwaffen, Kampfroboter: Das ist der Hintergrund aus welchem die verschiedenen digitalen Apparate für Konsument:innen stammen.

Aber die Verbindung zwischen 5G und Krieg ist tiefer als nur eine Serie technologischer Innovationen für den militärischen Gebrauch. Ohne militärische Macht und den neo-kolonialen Würgegriff, welcher Milliarden Menschen auf diesem Planeten erdrückt, könnten weder die Rohstoffe für die digitale Gesellschaft nicht extrahiert werden, noch könnte die semi-sklavische Arbeit auf welcher der Extraktivismus basiert erzwungen werden. Hinter dem Horten von Rohstoffen seltenen Erden, steht ein Krieg verschiedener Mächte. Hinter der Produktion, dem ins Umlauf Bringen und Kontrollieren Tausender Satelliten steht ein Krieg verschiedener Mächte. Hinter der Installation und dem Instandhalten von Glasfaserkabeln, welche die Ozeane durchkreuzen, steht ein Krieg zwischen Mächten. Der exponentielle Wachstum des Energiebedarfs – den „New Green Deal" miteingeschlossen – welcher für die sich Bau befindlichen „Smart Cities" benötigt wird, bereitet die kommenden Kriege um Hegemonie über Ressourcen und Infrastruktur vor.

Schule und Unterricht

Schule aus der Distanz und Distanzierung innerhalb des Klassenzimmers sind zweit Seiten der selben Medaille: Beide basieren auf der Isolation des Individuums und der Eliminierung von Beziehungen und geteilten Momenten. Dieses Modell wurde während dem Ausnahmezustand durchgesetzt um Akzeptanz zu gewinnen, aber es ist das Resultat eines langen Prozesses, welcher mit der Ankunft von Tech-Giganten in Schulen begann – ein fruchtbarer Boden um Geld zu machen. Das verfolgte Modell ist das einer zunehmend digitalen, zunehmend „smarten" und immer weniger menschlichen Gesellschaft. Distanzunterricht und Distanzierung im Klassenraum garantieren keine adäquate persönliche, emotionale und soziale Entwicklung, abgesehen vom Lernen an sich. Identität konstruiert sich durch Beziehungen welche verbale und non-verbale Kommunikation miteinschließen (wie Lächeln oder Körperkontakt) und dem Teilen von emotionalen Zuständen. Die Formen des Lernens, welche durch Technologien stattfinden, sind fragil und oberflächlich und kein Gegenstand kritischen Hinterfragens. Solche Modalitäten unterbrechen die Entwicklung von Personen und es gibt ein Risiko, dass sie bereits bekannte Probleme, welche in Zusammenhang mit dem massiven Gebrauch von Technologien stehen, erschweren: Isolation, Schwierigkeiten sich im echten Leben zurecht zu finden, Unfähigkeit Empathie zu fühlen, Vermischung von echtem Leben und virtueller Realität, Fehlen von eigenem Wissen über den eigenen Körper und eigene Emotionen, Hyperaktivität, Angst und Stress.

Extraktivismus

Rohstoffe und Elemente in Ergänzung mit anderen chemischen Elementen, sind die Grundlage für die technologischen Bestandteile der digitalen Welt und notwendig für Mikroelektronik. Die Eile Substanzen

aus den Tiefen der Erde zu monopolisieren und zu plündern basiert auf der neo-kolonialen Unterdrückung und der rassistischen Ausbeutung von Menschen auf der anderen Seite des Planeten, welche verdammt sind an Krebs zu sterben oder in einer Mine durch die Vergiftungen bei der Rohstoffweiterverarbeitung irreversibel geschädigt zu werden. Diese Länder werden die Müllhalden des Westens, wenn es darum geht alte Geräte wegzuwerfen. Das ist zum Beispiel der Fall in Ghana und Nigeria, wo jeden Monat hunderte Container mit Elektroschrott ankommen. Dieser unausweichliche materielle Aspekt der digitalen Welt wird durch die positive Propaganda und die ökologische Fassade, welche so viele Leute entzückt, verdunkelt.

Um die Widersprüche des „grünen" Kapitalismus zu entlarven, reicht es aus zu bedenken, dass für jedes Kilo extrahierte Seltene Erde rund 2000 KG giftiger und/ oder radioaktiver Müll produziert werden und dass das Elektroauto 9 bis 11 Kilo solcher seltenen Erden beherbergt; oder dass eine Mine bis zu 800 Liter Wasser pro Sekunde vergiften kann, was oft Wasserknappheit in den lokalen Orten verursacht. Kontrolle Mit der Einführung des 5G-Netzwerkes wird die soziale Kontrolle exponentiell zunehmen. Kontrolle um die Leben von Menschen besser verwalten und lenken zu können, sowohl in urbanen Räumen als auch zu Hause. Dank dem Internet der Dinge wird es eine Vielzahl technologischer Geräte geben welche für unser Zuhause gedacht sind (von „kommunizierenden" Strommessgeräten bis zu Amazons Alexa), welche über unsere Vorlieben, Geschmäcke, Käufe und beinahe jeden Aspekt unseres Lebens Daten sammeln werden. Ihr Ziel ist es unser Verhalten, unsere Ideen, unseren Konsum zu beeinflussen und uns zu bloßen Konsumenten von Daten, passive und abhängige Zuschauer einer Tech-Welt zu machen, die uns jeglichen Raum für selbstständige Entscheidungen verweigert. Das ist nicht Science Fiction, sondern unser Leben in den Smart Cities der Zukunft, wo Millionen von Kameras, Sensoren, Satelliten und verbundene Objekte konstant beobachten und kommunizieren werden, wo Künstliche Intelligenz eine Reihe von Verhaltensweisen als „abnormal" beurteilen wird, wo immer weniger Raum für authentische soziale Beziehungen sein wird, die keine Geräte miteinbeziehen, wo Menschen die sich nicht anpassen wollen oder können mehr und mehr ausgeschlossen werden.

Arbeit

Das 5G-Netzwerk ist eine von der Industrie heiß erwartete Infrastruktur. Tatsächlich werden die Vorteile, welche sie von dieser erlangen werden, enorm sein. Dank dem 5G-Netz wird das HomeOffice definitiv eingeführt. Die flexible Arbeit im HomeOffice orientiert sich an den zu erarbeitenden Zielen und nicht den gearbeiteten Stunden und führt somit dazu, dass Arbeit in die persönliche Zeit und den persönlichen Raum eindringt. Dadurch dass arbeitende Menschen isoliert werden, macht das HomeOffice die Beziehungen zwischen Arbeiter*innen und ihre Organisierung noch schwieriger, wenn nicht unmöglich. Darüber hinaus gibt es es den Anstoß für das, was „Industrie 4.0" genannt wird: Diese zielt auf die Ausweitung der Automatisierung und die Einführung von Maschinen, welche fähig sind absolut autonom zu agieren, sich zu reparieren und sich selbst zu verbessern, wodurch der kompletten Verwaltung der Produktion und Produktivität Software anvertraut wird, welche die Profitabilität der arbeitenden Leute kalkuliert und noch schnellere Rhythmen auferlegt. Das passiert bereits in Amazons Lagerhallen ,wo auf der Basis solcher Kalkulationen entschieden wird, wer gefeuert wird und wer nicht. In dieser neuen Restrukturierung der Arbeitswelt werden Arbeiter*innen nur mehr Ausführende von Mechanismen sein, auf welche sie keinen Einfluss haben und welche ihre Arbeit noch mehr entfremden.

Gesundheit

Mit dem 5G-Netzwerk und dem daraus resultierenden Anstieg von total verbundenen Geräten, Antennen und Satelliten, werden wir jeden Tag noch mehr in eine elektromagnetischen Welt ausgesetzt sein. Das wird Auswirkungen auf unsere Gesundheit und alle anderen lebende Wesen haben. Die zerstörerischen Effekte von elektromagnetischen Wellen in der Praxis auf unsere neuronalen und organischen Systeme etc. haben führen uns dazu zu denken (ohne Techniker*innen oder Expert*innen befragen zu müssen), dass der exponentielle Anstieg des Emissionsniveaus die Situation schlimmer machen wird. Digitalisierung im Bereich der Gesundheit (Online-Sprechstunden, personalisierte Medizin, Operationen durch Roboter) werden heutzutage als extrem vorteilhaft für uns alle angeworben. Was nie erwähnt wird sind all die gefährlichen kollateralen Effekte, ein unausweichlicher Teil eines technologischen Projektes, das auf die totale Kontrolle unserer Leben zielt – von der Gebärmutter bis zum Tod. Tatsächlich werden wird andauernd überwacht werden und unser Leben wird sogar bei der Abwesenheit von Krankheit „behandelt" werden. Die Quarantäne-Einsperrung war ein Ausblick auf die kommende Zeit. Während der in Italien zwei Monate dauernden Quarantäne litten viele, viele Leute unter der Unterdrückung durch die sich ausweitenden Kontrolle, unter dem Freiheitsverlust und dem Mangel an Kontakt mit der realen Welt und unter der Digitalisierung von sozialen Beziehungen. Es ist ein immer noch präsenter Ausblick auf die kommende Zeit, denn diese Tage haben unser Verhalten und unsere Art zu denken und zu leben verändert, sie haben eine neue Normalität definiert. Wenn wir uns diesem Projekt der Macht entgegenstellen wollen, von dem das 5G-Netzwerk ein essentieller Teil ist, ist es wichtig unsere Augen offen zu halten, die stattfindenden Veränderungen zu kennen und zu verstehen und sich mit anderen Leuten zu treffen und auszutauschen, sich zu versammeln und Informationen zu verbreiten und zu lernen uns autonom zu organisieren. Das 5G-Netzwerk ist eine konkrete Infrastruktur, welche auf viele Arten ins Visier genommen werden kann. Es gibt Leute, welche sich der Installierung neuer Antennen entgegen gestellt haben, indem sie die Baustellen besetzt haben, genauso wie es in ganz Europa Menschen gibt, die sich entschlossen haben, diese Antennen niederzubrennen. Wenn das 5G-Netzwerk in jeden Aspekt unseres Lebens eindringen wird, heißt das, dass die Arten und Orte wie und wo wir dieses Projekt sabotieren können endlos sein werden. Es liegt an uns kreativ zu sein um den Ausblick auf die neue Normalität zu blockieren, welchen andere anvisieren.

*Text eines Plakates welches im November 2020 in Italien publiziert wurde als ein Resultat einer Zusammenarbeit von Gefährt*innen verschiedener Städte.*

»Mir lebn ejbig – wir leben trotzdem.«

Eine Trauerrede zur Beisetzung von Esther Bejarano

… siehe, wir haben herausgefunden, dass diese Erde groß genug ist; dass sie jedem hinlänglichen Raum bietet, die Hütte seines Glücks darauf zu bauen; dass diese Erde uns alle anständig ernähren kann, wenn wir alle arbeiten und nicht einer auf Kosten des anderen leben will; und dass wir nicht nötig haben, die größere und ärmere Klasse an den Himmel zu verweisen. (Heinrich Heine, aus: Die romantische Schule, 1833/1836)

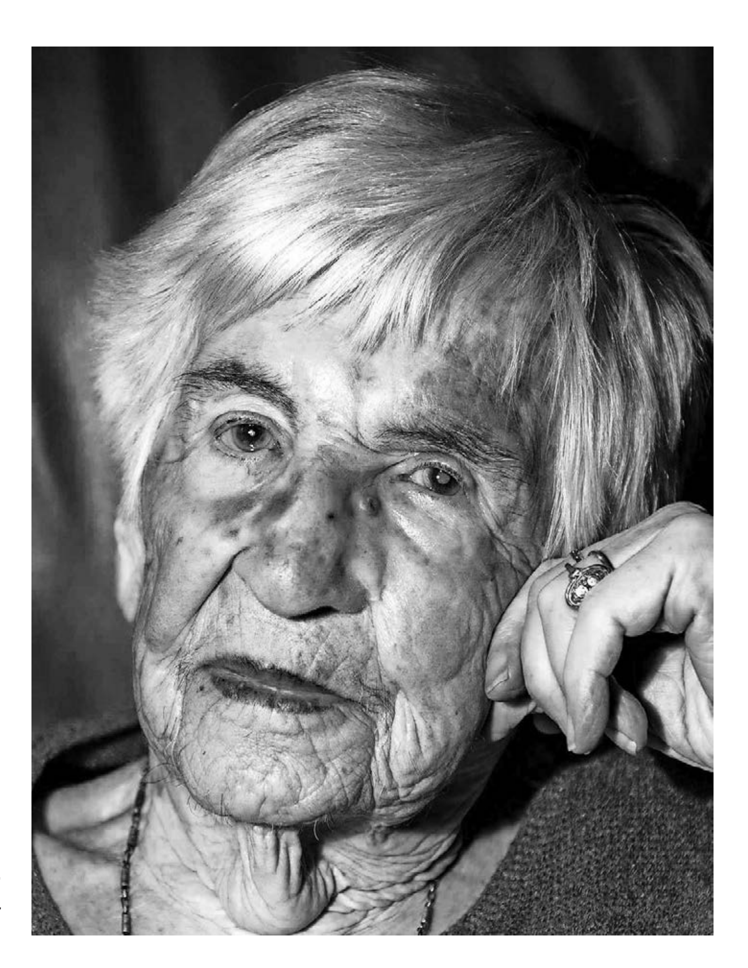
Liebe Edna, lieber Joram, liebe Familie,

liebe Freundinnen und Freunde vom Auschwitz-Komitee und von der VVN-BdA, liebe mit uns Abschied Nehmende – mit den zitierten Worten von Heinrich Heine eröffnete Esther vor wenigen Wochen, am 3. Mai, ihr Erinnern an das Ende des Zweiten Weltkriegs, an ihre Befreiung nach den Leidensjahren in Auschwitz und Ravensbrück, zugleich an unser aller Befreiung von der faschistischen Herrschaft in Deutschland zwischen 1933 und 1945, den dunkelsten Jahren nicht nur deutscher, sondern bisheriger Menschheitsgeschichte.

Abschied von Esther, eurer Mutter, Groß- und Urgroßmutter, liebevolle, aus Leid geborene Stimme für euch, für uns alle. Von Wort zu Wort ihr Ja zum Leben: aufgeschlossen trotz allem und für alles – suchend und fragend, wachsam besorgt, prüfend und zweifelnd. Zornig über zunehmendes Unrecht, Verschweigen, Verfälschen und Lügen, über die nicht gezogenen Konsequenzen aus soviel Geschichte. Warnend, dass die Todesgleise von Auschwitz nicht enden, wenn wir untätig bleiben.

Auch wenn sie nicht sprach, nicht sprechen wollte oder nicht sprechen konnte, im Grenzbereich des Nichtsagbaren, Unaussprechlichen – wie vor acht Jahren auf dem Jüdischen Friedhof in der Großen Hamburger Straße Berlins, der für sie und mehr als 55.000 jüdische Mitbürger zum Sammelplatz wurde vor dem Abmarsch zum Anhalter Bahnhof und weiter, eingepfercht auf Güterwagen, nach Auschwitz. Es brauchte lange, bis sie Christa Spannbauer auf Fragen für deren und Thomas Gonschiors Film »Mut zum Leben« wieder antworten konnte. Zuvor immer wieder ein Blick auf die angrenzende Schule, in der noch das Klavier ihres ermordeten Onkels steht – der Zugang zu dem vertrauten Instrument war ihr nicht ermöglicht worden.

Esthers Augen, der offene Blick ihrer liebevoll wachsamen Augen – Perspektive, leidvoll gewonnen, widerständig und in Zuversicht weitergegeben, wie mit ihren Liedern, ihrer wunderbaren Stimme: »Mir lebn ejbig – wir leben trotzdem.«



Gemeinsam kämpfen

Es war Esthers Wunsch, dass ich zum Abschied von ihr spreche – einem Abschied, der wie bei allen Menschen, die wir lieben, nicht enden wird. »Liebe – Tod des Todes« (Claus Bremer). Abschied nach mehr als dreißig Jahren einer Freundschaft, die zur Wahlverwandtschaft wurde. Aus Esthers Brief vom 18. April 2015: »… ich wollte immer einen beschützenden Bruder haben, und so habe ich mir Dich ausgesucht. Wie viele gemeinsame Kämpfe gab es, wie viele gemeinsame Veranstaltungen. Gemeinsam streiten, gemeinsam wirken für Gerechtigkeit, gegen jedwede Ausgrenzung von Menschen, gegen die schlimme Asylpolitik in Deutschland und Europa, gegen Ausländerhass, für Völkerfreiheit, für Völkerverständigung.«

Im Herbst 1989 lernten meine Familie und ich Esther in Ramelsloh/ Seevetal kennen, bei Günther Schwarberg, der in jahrelanger Arbeit den Spuren der ermordeten Kinder vom Bullenhuser Damm nachgegangen war und mit seiner Frau Barbara Hüsing die heutige Gedenkstätte durchgesetzt und betreut hatte. Esther, singend und sich auf ihrem Akkordeon begleitend: »Sag nie, du gehst den letzten Weg.«

Von Esther an mich wie uns alle gerichtet, ihr wie testamentarisch Verfügtes: »Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht. Seid solidarisch! Helft einander! Achtet auf die Schwächsten! Bleibt mutig. Ich vertraue auf die Jugend, ich vertraue auf euch! Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!«

Geschwisterlichkeit im weitesten Sinn – Mitmenschlichkeit leben und einfordern, gegen die Überzahl der Widersacher, ohne Rücksicht auf sich. »Weiche nicht«, Jesaja, 4.10, ob in babylonischer Gefangenschaft, wie vor 2.500 Jahren, oder vor heute drohenden Gefahren faschistischer Anläufe, weiterer Kriege und damit verbundenem Schrecken, Elend, Verzweiflung und Tod. Nicht zurückweichen – Esther hat es vorgelebt, unnachgiebig, trotz Wasserwerfern, Stiefeltritten und Denunziation.

»Sagen, was ist« – Auftritte, um Nachkommende aufzuklären über angeblich Vergangenes und zum Handeln zu ermutigen. Auftritte über Auftritte, um darauf hinzuweisen, dass sich bei zunehmendem gesellschaftlichem Druck erneut Unsagbares ereignen kann, auch ohne dass Rauch aus Verbrennungsöfen aufsteigt.

»Sagen, was ist«, im Sinn von Rosa Luxemburg als »revolutionärste Tat«, forderte Esther auch ein, wenn es, ganz gleich aus welchem Anlass, um ihre Person ging. »Nichts verfälschen, nichts beschönigen, nichts unterschlagen« – das galt für sie auch, als in einer ersten Ausgabe einer Biographie über sie ihre auf Band gesprochenen Berichte verfälscht worden waren: Tief verletzt erarbeitete sie mit Antonella Romeo in monatelanger Arbeit eine neue Fassung ihrer »Erinnerungen«, erschienen 2013 im Laika-Verlag.

»Sagen, was ist« – in diesem Sinn auch mein Versuch, mich in dieser Stunde dem anzunähern, wer Esther und was Esther für uns war. So wenig wir sie auf ihr politisches Anliegen reduzieren wollen, so wenig halten wir es für angebracht, ihr umfassendes Engagement für alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens zu verleugnen.

Gegen die Barbarei

Am 11. April 1988 war Esther zusammen mit Hanne Hiob, der Tochter von Bertolt Brecht, in der KZ-Gedenkstätte unter der Hochstraße innerhalb des Stahlwerks Salzgitter aufgetreten – Gewerkschaftskollegen hatten mir spontan danach geschrieben, auch über das, was Esther ihnen über sich und die Geschichte ihrer Familie erzählt hatte.

Der Besuch der Gedenkstätte im Stahlwerk sei für sie ein Anlass gewesen, öffentlich zu hinterfragen, wie es 1933 zur kampflosen Niederlage der Arbeiterbewegung in Deutschland kommen konnte, die dem Faschismus die Machtübernahme ermöglichte – Anlass zugleich für sie, ins Heute zu fragen, wie wir angesichts der europaweit fortschreitenden Rechtsentwicklung die Widersprüche untereinander die Konfusion und Differenzen zwischen und innerhalb gesellschaftskritischer Gruppierungen und Parteien überwinden. Anlass nicht zuletzt, wieder und wieder zu fordern, Geschichte differenziert zu betrachten, aus Fehlern und Fehleinschätzungen zu lernen, um eine erneute Barbarei wie in Auschwitz und den anderen Vernichtungslagern – in welcher Form und gegen wen auch immer gerichtet – auszuschließen.

»Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht« – aus einem Brief von Esther vom 8. November 2003 zum zweiten »Bettlermarsch« in Hamburg: »Diese Menschen sind obdachlos geworden, weil sie im Kapitalismus dem Konkurrenzkampf nicht standhalten konnten, weil sie arbeitslos wurden und dann mangels Geld ihre Wohnung gekündigt bekamen und so immer tiefer in den Abgrund gesunken sind. Es ist das System, das unmenschlich, ja menschenverachtend ist. Der Trend geht nach rechts. Wenn dieser Rechtsruck nicht verhindert wird, kann wieder Faschismus mit all seinen schrecklichen Folgen entstehen.«

»Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht« – Esthers Forderung gegen die unmenschlichen Rückführungsaktionen der Roma nach Serbien und ins Kosovo aufzutreten: »Sie sind wie wir in Auschwitz und anderen Lagern als ›unwertes Leben‹ vernichtet worden. Und heute abschieben?«

»Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht« – zur Flüchtlingsfrage, als der Hamburger Senat die Aufnahme der Lampedusa-Flüchtlingsgruppe verweigerte: »Wir können doch nicht heute noch immer Menschen wie Tiere behandeln.« Und zur Begründung der Ablehnung dieser – gemessen an heutigen Flüchtlingszahlen – kleinen Gruppe durch die Hansestadt: »Der Senat muss nur wollen.« Dazu am 21. Mai 2020, anlässlich der beginnenden Coronakrise, in einem offenen Brief: »Hier, im wohlhabenden, geordneten Stadtstaat Hamburg, werden Probleme drastisch deutlich: Es fehlt an sicheren Schlafplätzen für Bedürftige, an ärztlicher Versorgung für Geflüchtete ohne Obdach. Wir fordern: medizinische Versorgung für alle – für jeden Menschen, ob mit oder ohne Papiere, ohne Ansehen der Person oder des Versichertenstatus. Leerstehende Hotels öffnen! In den Lagern für Geflüchtete an den europäischen Außengrenzen herrschen unmenschliche Zustände. Gerade für die Schwächsten dort und für die Kinder muss dringend gesorgt werden – sofort!«

Esther, am 19. November 2017, erinnernd an die Pogrome von 1992, in einem Brief an die Familien Arslan und Yilmaz in Mölln: »Nazismus und Rassismus wurden in diesem Land auch nach 1945 weder politisch noch gesellschaftlich so konsequent bekämpft, wie er hätte bekämpft werden müssen und können. Er konnte sich auch weiterhin in staatlichen Strukturen festhalten, vor allem im Verfassungsschutz und der Justiz, und ja, sogar noch mehr, er konnte sich wieder ausbreiten.

Um es klar auszusprechen, ohne das Wegschauen und das Decken nach 1945 hätte es das Oktoberfestattentat, die Anschläge von Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Solingen und Mölln und den NSU so nicht geben können. Es hätten aus den Erfahrungen und Ereignissen des Nationalsozialismus die richtigen Konsequenzen gegen den Hass

gezogen werden müssen. Es gab jedoch eine Toleranz gegen Täterinnen und Täter, und Nazis wurden und werden in diesem Land direkt und indirekt, durch politische Kampagnen und das Schweigen und Wegschauen, ermutigt, weiter Hass und Leid zu verbreiten. Das ist der rote Faden von damals zu heute.«

Den Frieden feiern

»Der rote Faden« – vergebliches Hoffen, dass er in absehbarer Zeit abreißt – dazu Esther in ihrer vorletzten Rede am 3. Mai dieses Jahres auf dem Gänsemarkt, die sie mit dem Heine-Zitat eingeleitet hatte: »Heute vor 76 Jahren bin ich in dem kleinen mecklenburgischen Städtchen Lübz befreit worden, befreit von den amerikanischen und den sowjetischen Truppen.

Ihr kennt meine Geschichte: Auf dem Marktplatz haben die Soldaten ein Hitlerbild verbrannt, alle haben gefeiert, lagen sich in den Armen – und ich habe dazu Akkordeon gespielt. Mein größter Wunsch für den heutigen Tag war, noch einmal zu erleben, wie Amerikaner und Russen sich wie damals in Lübz umarmen und küssen und gemeinsam das Ende des Krieges feiern! Den Frieden feiern! Jetzt muss ich bis zum nächsten Jahr darauf warten.«

Sätze, die zur Hinterlassenschaft geworden sind wie so vieles, was sie uns vorgelebt hat, unausgesprochener Auftrag, uns jeglichen Kriegsvorbereitungen, jedem Ansatz faschistischer Entwicklung zu widersetzen, »nie mehr zu schweigen, wenn Unrecht geschieht«.

»Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht« – diese Aufforderung bezog Esther auch auf die Unterdrückung, Vertreibung und Ausgrenzung der Palästinenser. Seit dem Tod ihres Schwagers Hans Lebrecht hatte sie kaum noch verlässliche Nachrichten über die politische Entwicklung in Israel und Palästina erhalten. Umso mehr freute sie sich, als sie vor fünf Jahren den israelischen Soziologen und Historiker Moshe Zuckermann auch persönlich kennenlernte. Anlass waren gemeinsame Veranstaltungen in Berlin und Hamburg: »›Losgelöst von allen Wurzeln ...‹ Eine Wanderung zwischen den jüdischen Welten«, auf denen sie sich über ihre Geschichte und die ihrer Familien austauschten und übereinstimmend Stellung nahmen zu Ideologie und Wirklichkeit im Israel-Palästina-Konflikt. Aus dem Begleittext der DVD, auf der ihre Gespräche dokumentiert sind: »Esther Bejarano und Moshe Zuckermann, Sohn von Auschwitz-Überlebenden, Historiker und Kunsttheoretiker aus Tel Aviv, vertreten zwei Generationen jüdischer Linker, reflektierten ihre Erfahrungen mit der Welt der jüdischen Diaspora und dem modernen jüdischen Staat, der seit nunmehr 50 Jahren ein brutales Besatzungsregime unterhält. Sie sprachen über ihre Sicht auf das Land der Mörder von Millionen Juden, wo Neofaschisten bis heute weitgehend ungehindert agieren können – und in dem eine mehr als fragwürdige ›Israel-Solidarität‹ praktiziert wird, die sich immer aggressiver gegen kritische Juden richtet.«

Im Folgejahr, am 10. Juni 2017, sahen Esther und ich uns zu folgendem Brief an Moshe und die Teilnehmenden der Konferenz »50 Jahre israelische Besatzung«, die von Jutta Ditfurth und anderen Antideutschen diffamiert und gegen die mit dem Transparent »›Palästina‹, halt's Maul!« demonstriert wurde, veranlasst (Palästina auf dem Transparent in Anführungszeichen!): »Lieber Moshe, ›Zur Zeit der Verleumder‹ überschrieb Erich Fried vor einem halben Jahrhundert ein Gedicht – nicht ahnend, dass zu den Verleumdern heute Leute gehören könnten, die nicht in der Lage zu sein scheinen, zwischen der Kritik an der israelischen Regierung und der Verteidigung von menschlichen Rechten auf Leben zu unterscheiden, sich darüber hinaus anmaßen, als Deutsche darüber zu entscheiden, wer als Jude zu akzeptieren ist. Dich, lieber Moshe, zitierend: ›Wer meint, den Antisemitismus bekämpfen zu sollen, vermeide es vor allem, Israel, Judentum und Zionismus, mithin Antisemitismus, Antizionismus und Israel-Kritik wahllos in seinen deutschen Eintopf zu werfen, um es, je nach Lage, opportunistisch zu verkochen und demagogisch einzusetzen.‹ Dir, den mit Dir Referierenden und mit Euch Diskutierenden solidarische Grüße!«

Moshe Zuckermann hat mich gestern gebeten, euch seinen Abschiedsgruß weiterzureichen: »Ich habe Esther geliebt. War zutiefst berührt von ihrer unerschütterlichen Lebensbejahung, bewunderte die große Leidenschaft ihrer schöpferischen Energie. Aber sie war mir auch Symbol – die Verkörperung der Möglichkeit, persönliches Lebensleid in freiheitliche Hingabe zu übersetzen, tiefe Humanität in politische Praxis umzusetzen.«

Die alte Welt zerbrechen

»Nichts verfälschen, nichts beschönigen, nichts unterschlagen« –Esther war Kommunistin wie Nissim, ihr Mann, neben den wir ihre sterbliche Hülle gleich betten werden, beide Kommunisten nicht als Parteigänger, sondern im Sinn von Heinrich Heine: »Sie ist schon seit langem gerichtet, verurteilt, diese alte Gesellschaft. Möge die Gerechtigkeit ihren Lauf nehmen! Möge sie zerbrochen werden, diese alte Welt, wo die Unschuld zugrunde ging, wo die Selbstsucht gedieh, wo der Mensch vom Menschen ausgebeutet wurde!«

Viel bleibt nachzutragen, wir werden uns im Hinblick auf die vor uns liegenden Aufgaben darüber austauschen.

Trauer über den Tod meiner großen Schwester – zugleich tief empfundene Dankbarkeit für alles, was sie mir und uns war und bleibt. »Presente« – wie es auf Kuba heißt, wo sie 2017 auf ihrer letzten großen Reise Solidaritätskonzerte gegen den seit 60 Jahren dauernden Boykott des Landes durch die USA gab: »Presente« – Esther, du bist und bleibst anwesend, bleibst bei uns.

In Liebe – dein kleiner Bruder.

Rolf Becker

War starts here

Kampagne gegen die kriegerische Normalität

Bereits vor zwei Jahren gab es einen Versuch wegbrechende antimilitaristische Ansätze in den Kontext von Kämpfen gegen die globale Ausbeutung von Mensch und Natur zu stellen. Mit diesem Repost soll an die Aktualität des damaligen Aufrufs erinnert werden. Die diesjährige IAA in München kann ein möglicher Ansatzpunkt sein um Aktionen in diesen Zusammenhanmg zu stellen.

Markieren, blockieren und sabotieren

Im Jahr 2011, vor acht Jahren, wurde von verschiedenen autonomen Gruppen die Kampagne „War starts here – let's stop it here" initiiert. Im Aufruf hieß es damals:

„Wir rufen auf, aktiv einzugreifen in die kriegerische Normalität und die zahllosen zivilmilitärischen Verflechtungen. Der Fokus unserer Kampagne liegt auf der erweiterten Infrastruktur und der ideologischen Legitimierung von militärischer Gewalt. Wir wollen die verschiedenen Facetten dieser Herrschaftssicherung sichtbar machen, stören und angreifen. Das Vorbereiten, Üben und Koordinieren von Krieg, das Produzieren, Transportieren, Forschen, Werben und Rekrutieren für den Krieg findet direkt vor unseren Augen statt.

Doch es geht uns um mehr als direkt militärisch erkennbare Rüstungsindustrien, Bundeswehreinrichtungen und -geräte, Truppenübungs- und Umschlagplätze. Patriarchale und neokoloniale Ideologien und Denkmuster müssen in den eigenen Köpfen als Teil von Militarisierung und Kriegsführung erkennbar gemacht werden. Wir wollen auch zivile Orte und Institutionen – Schulen, Arbeitsagenturen, Universitäten, Berufsmessen – als Orte markieren, in die militärische Formierung und Rekrutierung tagtäglich eindringt. [...]

Das militärische Führen und Kontrollieren von Konflikten wird in immer mehr Situationen offensiv als alternativlos propagiert. Krieg wird weiter normalisiert, ob humanitär etikettiert, mit Doktrin der „responsibility to protect" (Verantwortung zu schützen) oder offen ökonomisch begründet zur Durchsetzung von freien Rohstoff- und Handelsströmen. [...]

Die Sicherung von staatlicher Herrschaft und die Durchsetzung ökonomischer Interessen machen den Kriegszustand allgegenwärtig. Ob völkerrechtlicher Angriff oder innerstaatliches Verbrechen, ob Kombattant oder Krimineller, ob Krieg oder Frieden: die überkommenen Begriffe verlieren ihre Trennschärfe und damit ihre Relevanz' (Schäuble, Jan 2007). Unterschiede zwischen Innen und Außen, militärische und zivil, Polizei und Militär, Krieg und Frieden verlieren ihre Konturen."

An dieser Beschreibung hat sich bis heute wenig geändert. Deutsche Soldat*innen sind an gleichen Kriegsschauplätzen präsent wie noch vor zehn Jahren, einige neue sind dazu gekommen. Der sogenannte „Antiterror"-Einsatz in Mali z.B. dient dabei vor allem der militärischen Migrationskontrolle.

Die EU-Militärmission „Sophia" zur angeblichen Bekämpfung von „Schleppern" ist dagegen eingestellt worden, was neben der Stilllegung von NGO-Rettungsschiffen und der Ausrüstung sogenannter libyischer Küstenwachen dazu führt, dass immer mehr Flüchtende im Mittelmeer ertrinken oder ihrem Schicksal in einem libyschen Sklavenlager überlassen werden. Der Exportstopp für Waffenlieferungen nach Saudi Arabien dauerte gerade einmal ein paar Monate und ist inzwischen schon wieder Geschichte. Deutschland ist seit Jahren immer unter den Top Five der globalen Rüstungsexportnationen. Inzwischen steht auch eine neue Runde globaler atomarer Aufrüstung bevor.



Die antimilitaristischen Mobilisierungen der letzten Jahre gegen Rüstungsexporte, Kriegseinsätze, Rekrutierungen und Militarisierung der Gesellschaft sind leider kaum mehr wahrnehmbar. Um hier wieder „in die Offensive" zu kommen, schlagen wir vor, die Kampagne neu zu beleben und dabei den Zusammenhang von Ausbeutung der globalen Ressourcen für die kapitalistische Produktion, Krieg und Flucht in den Mittelpunkt zu stellen. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die Verfestigung staatlicher Macht produzieren diesen Kreislauf und eine politische Lösung der globalen Probleme sind unter diesen Verhältnissen unmöglich. Viele, vor allem junge Menschen wissen das und scheinen nicht mehr bereit zu sein, in Ruhe abzuwarten und sich von den Regierenden weiter belügen zu lassen. Die globale Ausbeutung von Menschen und Natur ist nichts anderes als ein Krieg, und der beginnt hier, im globalen Norden, in Europa, in Deutschland. Der Krieg um den Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten beginnt hier, der Krieg gegen Migration und Flucht beginnt hier. Hier können wir diesen Krieg auch bekämpfen.

Ein Slogan der ersten „War starts here"-Kampagne war: „Markieren, Blockieren, Sabotieren!" Der ist im Rahmen der antimilitaristischen Mobilisierungen aufgegriffen und vielfältig umgesetzt worden. Inzwischen kann dieser Slogan auch ein wesentlicher Handlungsrahmen der Klimabewegung werden. Daran wollen wir anknüpfen.

Zum Thema Krieg existiert bereits ein Plakat, dass unter dem Motto – Krieg beginnt hier – einige Rüstungsstandorte in München markiert und darauf wartet, durch entsprechende Verantwortliche des globalen Klimawandels, erweitert zu werden. Dazu zählen, neben dem von den SWM betriebenen Kohlekraftwerk im Münchner Norden*, diverse Luftfahrt-Konzerne wie Airbus Defence and Space (früher EADS) und MTU,

die im zivilen wie auch im militärischen an der weltweiten Zerstörung der Erde beteiligt sind. Die Energiekonzerne EO.N und RWE haben hier ihre Fillialen. Auch der Technologiekonzern Siemens, der erst durch die Machtergreifung der NSDAP zum weltgrößten Unternehmen im Bereich der Elektrotechnik wurde, hat seinen Hauptsitz in München.

Als ein Profiteur der Automobilindustrie hat die BMW Group ebenfalls ihren Hauptsitz in München. Die Autos werden hier in Massen produziert und weltweit verfrachtet, um den Reichtum weniger Profiteure zu vermehren. Die direkten Folgen, die durch CO2-Emissionen verursacht werden sind Dürren und Umweltkatastrophen im globalen Süden und somit der Tod Hundertausender.

Krieg und Klimazerstörung beginnen hier – und sind hier aufzuhalten.

* Das trotz eines erfolgreichen Bürgerentscheids bis Ende 2030 am Netz bleiben wird

Pink-Washing als Standortfaktor der EU

Bei der Kampagne gegen das ungarische Gesetz, das Werbung für Schwule und Transsexuelle einschränkt, geht es längst um mehr als Rechte für sexuelle Minderheiten

Es ist noch nicht so lange her, da galten Fußballevents als Hotspot für Nationalismus. In Deutschland konnte man das an der Anzahl der entsprechenden schwarz-rot-goldenen Fähnchen und anderer Utensilien in Nationalfarben sehen. Doch das hat sich seit einigen Jahren geändert.

Liberale und Linke haben spätestens seit der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland Frieden mit dem angeblichen ironischen Bekenntnis zu Deutschland gemacht. Deshalb war es nicht verwunderlich, dass das Spiel „Deutschland gegen Ungarn" ein Schlagabtausch zwischen einer angeblich so toleranten, diversen „Deutsch-EU" und dem rückständigen Rest, mit Orbáns Ungarn als abschreckendes Beispiel, wurde.

Viele Rechte vermissen hingegen bei der Nationalmannschaft deutsches Blut und deutsche Gesinnung und suchen nach Ersatz. Ihnen spricht der Chefredakteur der rechten Wochenzeitung Junge Freiheit, Dieter Stein, aus dem Herzen, der beim Spiel Deutschland gegen Ungarn vor wenigen Tagen zur Solidarität mit Ungarn aufgerufen hatte und dabei nicht vergessen hat zu erwähnen, was Deutschland angeblich Ungarn zu verdanken hat.

Dabei nennt er den Aufstand gegen den Stalinismus 1956, an dem tatsächlich Faschisten wie verschiedene linke Gruppen beteiligt waren, heute würden wir von „Querfront" sprechen. Die von der rechten Paneuropa-Union inszenierte Grenzöffnung 1989, die als Anfang vom Ende des nominalsozialistischen Blocks interpretiert wird, zähl Stein auch auf. Da fehlt nur noch der Hinweis, dass das Ungarn unter Orbán als Grenzwächter der EU seit 2015 eine wichtige Rolle spielt.

Bei aller Kritik an ungarischen Gesetzen sind sich die meisten Politiker der EU-Staaten mit Orbán einig, dass Migranten möglichst draußen bleiben sollen.

Ein Gesetz, das auch CDU-Politikern und der Bild-Zeitung gefallen könnte

Beim aktuellen Anlass für die Aufwallungen ging es um ein reaktionäres Gesetz, das auch Gefallen bei Unionspolitikern finden könnte. Da wird schon mal Pädophilie und Homosexualität vermischt. Zentraler Kern der Kritik sind die Gesetzesteile, die Jugendliche vermeintlich gegen Werbung und Propaganda von Homosexuellen schützen soll.

Es ist völlig berechtigt, die Kämpfe für die Rechte der sexuellen Minderheiten zu unterstützen. Damit steht man in der Tradition auch der progressiven Elemente der Arbeiterbewegung. So ist wenig bekannt, dass sich die frühe SPD unter August Bebel auch für die Entkriminalisierung von Homosexuellen einsetzte und die frühen Bolschewiki ebenfalls die Rechte sexueller Minderheiten in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution stärkten, bis diese Reformen im Stalinismus wieder zurückgedreht wurden.

Als Bild gegen Sex-Ideologen an deutschen Schulen mobilisierte

Doch heuchlerisch erscheint es, wenn auch die Bild-Zeitung sich plötzlich dem Zug gegen Orbán anschließt. Da soll wohl vergessen gemacht werden, dass sich die Zeitung noch 2015 massiv an der Kampagne gegen eine angebliche Frühsexualisierung von Kindern in Deutschland beteiligte. „Keine Sexideologen an Schulen" lautete die Überschrift über den Kommentar, der sich gegen die Einführung moderner Lehrpläne an deutschen Schulen richtete.

„Zu Recht gehen Eltern gegen diese Frühsexualisierung auf die Straße und protestieren an Schulen gegen Schulbücher, die eine schräge Sex-Ideologie verbreiten", schrieb der Bild-Kommentator am 25. Juli 2015, also vor fast genau 6 Jahren. Er konnte sich auf damals führende CDU-Politiker aus Baden-Württemberg wie Guido Wolf berufen und das Lamento „In den Schulen wird zu viel Sex gelehrt".

Damit stellte sich die Zeitung wie auch viele Unionspolitiker an die Seite einer rechtsoffenen Bewegung, die gegen eine vermeintliche Frühsexualisierung von Kindern auf die Straße in Deutschland auf die

Straße gegangen ist. Viele der damaligen Demonstranten dürften heute das ungarische Gesetz begrüßen.

Das ist auf jeden Fall glaubwürdiger als der Kurs der Bild, da das Medium vor sechs Jahren für genau das mobilisierte, was heute in Ungarn Gesetz ist. Und es ist auch glaubwürdiger als eine CDU-Politikerin von der Leyen und viele andere konservative Politiker verschiedener EU-Staaten, die von einer „Schande für Europa" schwadronieren, obwohl sie und ihre Parteimitglieder über Jahre nichts anderes gefordert haben und auch noch fordern.

Während sich offenbar alle über die ungarische „Schande von Europa" aufregen, wird kaum erwähnt, dass der Vatikan kürzlich Einspruch gegen ein Anti-Homophobie-Gesetz eingelegt hat, weil es nach Ansicht der konservativen Kleriker ihre Meinungsfreiheit einschränken könnte.

Die Kleriker begründen ihre Ansicht damit, dass der nach dem Initiator Alessandro Zan (Partito Democratico) benannte Entwurf weit mehr als nur Sanktionen gegen homophobe Beleidigungen oder Gewalt vorsehe. So sei unter anderem die verbindliche Verankerung eines nationalen Aktionstags „gegen Homophobie, Lesbophobie, Biphobie und Transphobie" vorgesehen, woran sich nicht zuletzt Italiens Schulen beteiligen sollen, wie die Katholische Nachrichten Agentur berichtet.

Neujustierung des Geschlechterdiskurses

Nun ist es schon frappierend, dass diese Intervention aus dem Vatikan kaum erwähnt wird, während sich scheinbar ganz Europa über ein ungarisches Gesetz aufregt, von dessen Existenz bis vor wenigen Tagen kaum jemand wusste und das auch heute nur ein Bruchteil der Dauerempörten gelesen haben dürfte.

Wenn dann scheinbar vom Boulevard über von der Leyen bis zu linken Nichtregierungsorganisationen alle ihre Regenbogen-Fahnen wehen lassen, könnte man sich fragen, ob es hier weniger um Schutz von Minderheiten und mehr um die Neujustierung des Diskurses über Geschlecht und Geschlechtsregime geht, dessen Ursache in den Veränderungen im kapitalistischen Akkumulationsregime liegen.

Die im fordistischen Kapitalismus dominanten Männlichkeitsbilder waren sehr stark durch die dort vorherrschenden Anforderungen der Schwerindustrie geprägt. Die Bilder vom starken Arbeitermann fanden so auch Eingang in Bilder und Texte der Arbeiterbewegung. Mit dem Niedergang der fordistischen Industrie geriet auch das fordistische Männerbild in die Krise. Doch dieser materialistische begründete Abschied vom „alten weißen Mann" wird oft vor allem moralisch diskutiert.

Genauso ist es, wenn man über die Rechte der verschiedenen sexuellen Minderheiten spricht, der der moderne Kapitalismus zur Entfaltung bringt. Der digitale Kapitalismus verlangt andere Fähigkeiten. Vor allem die sogenannten Soft Skills werden eher Frauen, aber auch verschiedenen sexuellen Minderheiten zugeschrieben. Zudem ist das vorherrschende Dogma nicht mehr, dass eine Gesellschaft viele Kinder braucht. Im Gegenteil wird darüber diskutiert, die Geburten zu verringern.

Das ist der ökonomische Hintergrund dafür, dass reproduktive Rechte, aber auch die Rechte von verschiedenen sexuellen Minderheiten, für die die Betroffenen seit Jahrzehnten vergeblich gekämpft haben, aktuell so sehr im Zentrum der hegemonialen Debatten stehen. Längst haben große kapitalistische Konzerne, Staaten und auch Staatenbündnisse wie die EU erkannt, dass die Verteidigung dieser sexuellen Minderheiten ein Standortfaktor sein können, mit der die real weiterbestehenden Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse umso besser ausgeblendet werden können.

Betreibt die „Deutsch-EU" im Fall Ungarns Pink-Washing?

Der Vorwurf des Pink-Washing wird auch von Interessenvertretern sexueller Minderheiten erhoben, beispielsweise gegen die Deutsche Bahn. Natürlich ist auch dieser Vorwurf interessengeleitet und muss im Einzelfall geprüft und kritisch hinterfragt werden.

So wird beispielsweise Israel von Antizionisten oft Pink-Washing unterstellt und dabei vergessen, dass sexuelle Minderheiten dort Freiheiten haben, von denen sie in vielen arabischen Gesellschaften nicht mal zu träumen wagen. Daher sollte auch im Falle der von leitenden deutschen Interessen bestimmten EU mit dem Vorwurf des Pink-Washing vorsichtig umgegangen werden. Doch Bild und Politiker aller Couleur, die sich jetzt über Ungarn aufregen, kann man durchaus Pink-Washing vorwerfen. Ihnen geht es darum, dass die „Deutsch-EU" mit Rechten von sexuellen Minderheiten im globalen Standortwettbewerb auftrumpfen kann.

Interessenverbände von sexuellen Minderheiten geht es um sehr konkrete Freiheiten und sie sollten in Linken dabei Verbündete sehen. Diese Organisationen könnten sich der Umarmung durch die modernen kapitalistischen Staatsapparate, die jetzt ständig mit den Regenbogenflaggen wedeln, am besten entziehen, wenn sie den Kampf um sexuelle Freiheiten mit dem Kampf von Lohnabhängigen und Geflüchteten verbinden.

Für die allein wegen unerlaubten Grenzübertritt im letzten Jahr in Ungarn zu Haftstrafen verurteilten Migranten setzte sich keine EU-Kommission und keine Bild-Zeitung ein, sondern nur kleine antirassistische Gruppen. Und für die Gesetze gegen aktive Gewerkschafter und gegen Wohnungs- und Erwerbslose beneiden die politischen Eliten der „Deutsch-EU" heimlich die Orbán-Regierung.

Die deutsche Autoindustrie und andere kapitalistische Investoren haben das Billiglohnland Ungarn längst als Industriestandort schätzen gelernt. Da mögen einige naive Liberale in der Süddeutschen Zeitung darüber sinnieren, dass die deutsche Automobilindustrie von Orbán missbraucht werde. Tatsächlich aber reagiert das Kapital, so wie es schon Karl Marx erkannte. Wenn der Profit steigt, geht es über Leichen.

Darüber sollten die ganzen Regenbogenflaggen und -poster aus den Diversitiy-Abteilungen der Konzerne nicht hinwegtäuschen.

Wenn jetzt die Instanzen der von deutschen Interessen geleiteten EU sich so darüber aufregen, dass Jugendliche in Ungarn jetzt nicht

ausreichend und umfassend über die Rechte verschiedener sexueller Minderheiten informiert werden, könnte eine transnationale Linke gemeinsam mit den Gewerkschaften doch mal Texte verbreiten, in denen sie über ihre Rechte als junge Lohnabhängige informiert werden.

Dazu sollte auf Beratungsstellen verwiesen, an die sich wenden können, um sich gegen Dumpinglöhne auf der verlängerten Werkbank der EU zu wehren. So könnten diese Nichtregierungsorganisationen verhindern, dass sie zur Staffage eines Pinkwashing der EU werden. Dann könnte man sehen, wie schnell der liberale Lack bei Bild und von der Leyen bröckelt.

Peter Nowak

Post Covid Prime Riot Manifest

Zwanzig notwendige Anmerkungen zu den gegenwärtigen Konfliktualitäten und Perspektiven.

Teil 1

Eins: Alle Regierungen sind schlecht. Rechte, linke, ultrarechte,… alle. Sie handeln nicht in unserem Interesse, den Menschen von unten, wie die Zapatisten sagen würden. Covid 19 hat wie in einem Brennglas den grundsätzlichen Antagonismus zwischen denen, die die Welt neu erschaffen müssen, damit es eine Welt überhaupt geben kann und denen die in unterschiedlichen Formen, an der bestehenden Welt, der Welt des Untergangs festhalten, an ihrer Konsistenz partizipieren, zum Ausdruck gebracht.

Zwei: Die Linken sind in dem Prozess, der notwendig ist, um den Aufstand zu organisieren, keine Verbündeten, von einigen ehrenwerten Ausnahmen abgesehen. Sie haben uns in der Corona Ära alleine und im Stich gelassen. Sie haben sich den Narrativen der Unvermeidlichkeit des Ausnahmezustandes nicht entgegen gestellt, viele haben sogar noch härtere Einschnitte in unsere kollektiven, grundsätzlichen Rechte gefordert. Die weiße, reiche Linke des Westens hat der 'Solidarität' das Wort geredet, in Wahrheit jedoch einen faktischen Schulterschluss mit der Macht vollzogen und dazu aufgerufen, alle grundsätzlichen Klassenkämpfe, alle Manöver des sozialen Krieges von unten einzustellen, ruhen zu lassen. Dazu aufgerufen, der Macht und ihren Anweisungen zu vertrauen, hat ihre Propaganda weiter verbreitet, hat es völlig versäumt, eigene grundsätzliche Untersuchungen zur Situation anzustellen. Auch hier gilt: von wenigen ehrenwerten Ausnahmen abgesehen, wie zum Bespiel die Untersuchungen und Überlegungen einiger italienischer Linken zum Ausgangspunkt der Corona Pandemie in Norditalien. (1)

Drei: Aufstände sind auch unter den Bedingungen einer Pandemie möglich und notwendig. Der landesweite Aufstand in den Vereinigten Staaten von Amerika nach der Ermordung von George Floyd, bei dem Werte des Gegners in Milliardenhöhe zerstört wurden, waren die umfangreichsten Erhebungen seit den sogenannten "Rassenunruhen" der 60iger Jahre. Diese massenhaften Zusammenkünfte von wütenden Menschen haben nicht zu einer schnelleren Ausbreitung des Corona Virus geführt, wie sogar die Medien unserer Gegner zugeben mussten. Sie haben es allerdings geschafft, die Fokussierung auf den Krieg gegen ein Virus, ein Krieg, der ein Krieg der Wahnsinnigen ist, weil man einem Virus nicht den Krieg erklären, geschweige denn einen solchen gewinnen kann, hin zu den eigentlichen Krankheiten der Gesellschaft zu lenken, dem allgegenwärtigen Rassismus, der besonders von den Sicherheitskräften ein praktizierter shoot to kill Rassismus ist, der zugleich Hinrichtungen in einem quasi extralegalen Raum schafft, die Liquidierung der Armen, wie sie seit Jahrzehnten z.B. in den Favelas Brasiliens tagtägliche Praxis ist, in die Governance der Metropolen des Westens implantiert. Daran hat die Präsidentschaft von Obama ebensowenig etwas geändert, wie die Präsidentschaft von Biden daran etwas ändern wird. Heute beugen die Bullen ein Knie vor den Kameras der Medien, morgen fahren sie und ihre Herren mit dem Morden einfach weiter fort. Daran ändern auch die schönen Gedichte und Showeinlagen zur Amtseinführung der "progressiven" US Präsidenten nichts. Kennedy hat die Anzahl der "Militärberater" in Südvietnam von 700 auf 16.000 erhöht, Obama den Drohnenkrieg intensiviert. Die einzige effektive Maßnahme zur Eindämmung der rassistischen Polizeigewalt ist es, ihre Reviere niederzubrennen. Die Generalisierung dieser Praxis ist den Aufständischen der George Floyd Revolte nicht gelungen, die entscheidende taktische Niederlage war die verlorene Schlacht um das Fifth Precinct in Minneapolis, kurz nachdem das dritte Polizeirevier vollständig niedergebrannt worden war, wie in Memes Without End richtigerweise analysiert. (2)

Die einzigen effektiven Maßnahmen zur Beendigung ihrer Kriege sind keine Friedensmärsche, sondern die Sabotage und Zersetzung ihrer Kriegsmaschinerie, die Blockade der für den Krieg nach Innen und Aussen notwendigen Infrastruktur. Nicht als symbolischer, zeitlich begrenzter demonstrativer Akt, sondern als grundsätzliche, strategische Intervention.

Vier: Wenn wir von unseren Aufständen reden, ist es notwendig, dies zu präzisieren. Unsere Aufstände haben schon lange nichts mehr mit der historisch gescheiterten Linken zu tun. Manchmal mögen sie sich noch selber als Stichwortgeber, Berater, Experten und Organizer aufspielen, aber ihre Zeit ist abgelaufen. Oder wie ein berühmter Vordenker der Linken einst sagte: „Die materialistische Lehre von

der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergißt, daß die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muß." Wir stehen nicht mehr als Schachfiguren für ihre geopolitischen Spielchen zur Verfügung, uns ist es egal ob Asad ein Anti-Zionist, Maduro ein Anti-Imperialist ist. Für uns gibt es keine freundlichere Macht in der Zuspitzung der Konfrontation um die Hegemonie zwischen der demokratischen Partei der USA und der kommunistischen Partei der VR China, uns geht das ziemlich am Arsch vorbei. Wir haben von den Taktiken der Revolte in Hongkong viel gelernt, wir schauen bewundernd nach Myanmar, wir wurden inspiriert von der Wucht der Revolte der Gilets Jaunes, die Ministerien gestürmt und Luxusgeschäfte auf den Champs Élysées geplündert haben. Die Frontliners der Revolte der Jugendlichen in Chile finden sich in der gegenwärtigen Revolte in Kolumbien wieder, stolz präsentiert jede kolumbianische Stadt ihre Primera Línea, gebildet aus proletarischen Jugendlichen, die nichts mehr zu verlieren, aber eine neue Welt zu gewinnen haben. Die wissen, dass ihre Zukunft nur dann in ihren Händen liegt, wenn sie autonom über ihre Angelegenheiten entscheiden und alle Ansinnen der Repräsentanz zurückweisen. Diese aufständischen Bewegungen, denen keine grundsätzlichen Forderungen eigen sind, auch wenn am Ausgangspunkt der Revolten häufig konkrete Verhältnisse und Empörung die Wut explodieren lassen, verweigern sich in ihren Widersprüchlichkeiten und Zusammensetzungen den tradierten Sichtweisen auf die Begrenzungen und Perspektiven solch spontaner Revolten. Die Barbaren setzen zum Sturm auf den Himmel an. (3)

Fünf: Alle Bewegungen schreiben ihre Geschichte selbst. Wir haben damit schon lange angefangen, nur dominieren im Diskurs die Stimmen der alten, weißen Welt, die Stimmen derjenigen, die mit unseren Aufständen ihr Geld verdienen, darauf ihre Karrieren begründen, als Journalisten, Soziologen, Autoren, Aktivsten, Parteigründer, Politologen ... Wir sagen, es braucht eine Erzählung der Peripherie und unsere Peripherie erstreckt sich von den Vororten Brüssels über die Vororte Khartoums, von den Kreisverkehren des vergessenen Frankreichs bis ins Herzen von Cali. Wir schreiben wieder und wieder unsere Geschichte auf, fast niemand hört uns zu oder unsere Geschichten werden gestohlen und vermarktet. Dabei sind wir es, von denen es Lektionen zu lernen gilt. Über Siege, Niederlagen, über Opfer und Trauer, aber vor allem über die Art und Weise zu kämpfen. Wir wissen, dass die Jugendlichen, die im Sommer letzten Jahres in der Innenstadt von Stuttgart randaliert haben, mit den Bildern der rassistischen Polizeigewalt gegen George Floyd, aber auch mit dem darauf folgenden Aufstand mehr anfangen konnten als die deutschen Linken. Weil es ziemlich viel mit ihrer Lebensrealität zu tun hat. Sie wurden nur schmählich im Stich gelassen von eben jenen, als die Welle der Repression gegen sie einsetzte. Wir denken, sie werden sich das gut gemerkt haben, die Grenzen des Geredes von 'Solidarität'. Vielleicht fehlt ihnen noch ein bisschen die Erfahrung, wie man seine eigene Geschichte aufschreibt, aber zumindestens scheinen sie nicht verlernt zu haben, wie man randaliert, wie wir dieser Tage den deutschen Medien entnehmen konnten. Wir werden noch viel Geschichte aufzuschreiben haben, denn wir werden es sein, die die Geschichte dieser sogenannten Welt und der Welt, die darauf folgt, schreiben werden.

1. Eine deutsche Übersetzung von "Ammalarsi di paura. L'«effetto nocebo» dello #stareincasa e della malainformazione sul coronavirus" findet sich in den 'Pandemie Kriegsstagebüchern' von Sebastian Lotzer: Neurosenlehre https://enough-is-enough14.org/2020/05/05/pandemie-kriegstagebuecher-neurosenlehre/

2. Der Beitrag von Adrian Wohlleben liegt mittlerweile auch auf deutsch vor, erschienen auf Sunzi Binga https://sunzibingfa.noblogs.org/post/2021/05/31/memes-ohne-ende/

3. Eine deutsche Übersetzung von "Vorwärts Barbaren" findet sich ebenfalls auf Sunzi Bingfa

Teil 2

Sechs: Es gilt den Horizont der gegenwärtigen Konfliktualität zu fassen. Um nicht weniger kann es gehen, da nicht nur unsere Geduld endlich ist, sondern erstmalig auch die Zeit, die uns geblieben ist, um den endgültigen Ansturm zu organisieren. Das die Welt, in der wir leben, dem Untergang geweiht ist, wissen alle. Die Frage ist nur was sich daraus ergibt. Wir haben gesehen, wie die Permanenz des Ausnahmezustandes in der Governance der Pandemie anfänglich nur in den gesellschaftlichen Randbereichen auf Widerstand gestossen ist, die (in den westlichen Medien weitgehend verschwiegenen) spontanen Revolten als Reaktion auf die Ausrufung des Ausnahmezustandes brachen in den Knästen, den proletarischen Vororten und Slums (vor allem in Afrika, aber auch z.B. in Europa in den französischen Banlieues) und z.B. auf dem indischen Subkontinent unter den Wanderarbeitern aus, die verzweifelt versuchten, in ihre Heimatdörfer zu gelangen, weil sie nur so eine Überlebensperspektive für sich sahen.

Der soziale Gehalt des Ausnahmezustandes, der innewohnende existenzielle Angriff wurde zuerst von breiten Teilen der Klasse negiert, bzw. gelang es diesen Klassenwiderspruch durch die medial gesteuerte Angst zu manipulieren. Die in vielen Ländern von unten organisierten Maßnahmen zeigten (auch), dass es möglich war, die gesundheitliche Gefahr durch das Coronavirus realistisch einzuschätzen und Schutzmaßnahmen zu entwickeln, die den wirklichen Bedürfnissen der Menschen gerecht werden. Dies war nicht nur in den ärmeren Ländern der Fall, auch in vielen Krankenhäusern in Italien, Frankreich, Spanien und den USA waren vor allem die Pfleger*innen in vielen Bereichen in der Anfangsphase der Pandemie auf sich selbst zurückgeworfen, mussten unter improvisierten Bedingungen versuchen, sich selbst zu schützen und trotzdem eine Versorgung ihrer Patient*innen zu gewährleisten. Diese Prozesse der Selbstorganisierung, die (auch ansatzweise und zu wenig) den gegenseitigen Austausch beinhalteten, kommen nicht ohne Grund in den vorherrschenden Erzählungen über die Pandemie nicht vor. Dass

auch die Linken (wiederum von wenigen Ausnahmen abgesehen) sich ausschließlich auf die staatliche Pandemiepolitik beziehen, auch in ihrer später verhalten geäußerten Kritiken zu einzelnen Aspekten der Maßnahmenpolitik, macht sie auch an diesem Punkt zu einem Teil des Machtblockes, der uns feindlich gegenüber steht.

Alles, was noch auf uns am Horizont wartet, all die Schrecken und Katastrophen, schreien geradezu danach, die Erfahrungen der Selbstorganisierung die wir in dieser Pandemie gemacht haben, zu sammeln und auszuwerten, sie sind unser Rüstzeug für das was noch auf uns zukommt. Wenn dies nicht geleistet wird, sind wir dem Staat und seiner Allmacht ausgeliefert. Wir wissen das aus allen Revolten, Aufständen und Umstürzen. Es geht nicht nur um die "Frontlinie", jeder Erfolg, der dort erzielt wird, ist nichts wert, wenn wir keine aufständische Infrastruktur aufbauen, und selbstverständlich betrifft das auch den medizinischen Bereich. Das meine ich auch, wenn ich von dem Horizont der Konfliktualität spreche, die Revolte ist kein Spielplatz, sondern der Ort, der Grundlagen schafft, um einen aufständischen Prozeß wagen zu können. Entweder wir schaffen uns eine Analyse der realen Situation oder wir werden untergehen.

Sieben: Wir werden uns von vielen alten Ballast trennen müssen. Vor allem ideologischen. Die Art und Weise wie die Totalität des Faschismus begriffen und beschrieben wird, stammt aus historischen Prozessen, die teilweise schon ein Jahrhundert alt sind und der Form der Totalität, die wir heute vorfinden, nicht mal ansatzweise gerecht werden. Wer diese Totalität, die auf die Subjektivitäten selbst abzielt, nicht begreift, leugnet oder relativiert, stellt sich gegen die notwendigen Schritte im aufständischen Prozeß. Wie Agamben richtigerweise anmerkte (1) : "Dass es sich bei den in den selbst ernannten kommunistischen Ländern errichteten Regimen um eine bestimmte Form des Kapitalismus handelte, die sich besonders für wirtschaftlich rückständige Länder eignete und daher als Staatskapitalismus zu bezeichnen ist, war denjenigen, die die Geschichte zu lesen verstehen, durchaus bekannt; völlig unerwartet war jedoch, dass diese Form des Kapitalismus, die ihre Aufgabe erfüllt zu haben schien und daher obsolet schien, stattdessen nun dazu bestimmt war, in einer technologisch aktualisierten Konfiguration das dominierende Prinzip in der gegenwärtigen Phase des globalisierten Kapitalismus zu werden." Und weiter: "Sicher ist jedoch, dass das neue Regime den unmenschlichsten Aspekt des Kapitalismus mit dem grausamsten Aspekt des Staatskommunismus verbinden wird, indem es die extreme Entfremdung der Beziehungen zwischen den Menschen mit einer noch nie dagewesenen sozialen Kontrolle kombiniert."

Die geschichtliche Zukunft ist ungeschrieben. Immer. Es wird jedoch in der Zuspitzung der diversen Katastrophen zu einem dauerhaften (inter)staatlichen Notstandsregime kommen müssen, um die verschiedensten für das Weiterfunktionieren des Systems überlebensnotwendigen Prozesse steuern zu können. In welcher Art und Weise dieses Notstandsregime "erzählt" wird, ist die einzige Frage, die noch offen ist. Seit längerer Zeit schon geistert die Erzählung vom "new green deal" durch die Welt, dieser wird jedoch ausschließlich aus der Perspektive und den Interessen der Privilegierten gesteuert und realisiert werden. Niemand muss sich Illusionen hingeben, wer in einer Welt der abschmelzenden Polarkappen als erstes geopfert werden wird, um "im Namen der Menschheit" "den Planeten zu retten". Sich von diesen barbarischen Akten einen Begriff zu erarbeiten, sie analytisch zu antizipieren, ist unabdingbar. Nichts wäre fahrlässiger, als diesen Prozeß zu unterschätzen.

Acht: Wir müssen alles neu aufbauen im aufständischen Prozess. Das hat das Unsichtbare Komitee 2007 festgestellt. Ich finde, es ist in dieser Hinsicht schon unglaublich viel geschehen. Was fehlt, ist eine veränderte Sichtweise auf die zahllosen Aufstände und ihren Erfahrungen. Der Aufstand in Nahost und Afrika, der im Westen immer unzutreffenden als "arabischer Frühling" bezeichnet wird ("arabisch" spart die Teilnahme diverser Ethnien ebenso aus wie die Tatsache, dass die Aufstände sich bis ins Herz von Afrika ausbreiteten), hat gezeigt, wie fragil eine ganze Staatenkette innerhalb weniger Monate werden kann. Der Aufstand zielte nie auf die Übernahme des Staates, wo dies geschah, wie z.B. in Ägypten durch die Muslimbrüder, war dies nur vorübergehender Natur, oder führten dieses Versuche in langjährige Bürgerkriege wie in Syrien oder Jemen. Die wirkliche aufständische Transformation fand jedoch in den Gesellschaften statt, so wird es auch von den Protagonist*innen begriffen (2), nur die westliche linke Rezension der dortigen Aufstände ist nicht in der Lage, den qualitativen Sprung zu realisieren, den diese Erhebung für die Region bedeutet hat. Gefangen in den Gedankenwelten des Sturms auf das Winterpalais kann die westliche Linke nicht Teil des Aufstandes werden, weil sie überhaupt nicht begreifen kann, was der Wesensgehalt der gegenwärtigen Aufstände ist. Oder sie nur daran interessiert ist, diese ideologisch zu kolonialisieren und somit zu neutralisieren.

Neun: Wenn wir also davon ausgehen, dass die Zeit der Aufstände schon länger begonnen hat, der Prozeß des Umsturzes schon viel weiter gediehen ist, als es uns vorherrschende Erzählungen glauben machen wollen, stellen sich sämtliche Fragen in anderer Form. Oder zugespitzt: Die Erzählungen, dass es anders wäre, sind Erzählungen, die sich gegen die aufständische Dynamik stellen, weil sie diese verleugnen.

Zehn: Was es in dieser Phase des aufständischen Prozesses dringend braucht, ist die Intensivierung des Austausches unter den aufständischen Fraktionen. Die Frage der Informationen, die Möglichkeiten, diese zu übermitteln, oder zu unterdrücken, zu manipulieren, ist derzeit vielleicht die wichtigste strategische Frage. An ihr entscheidet sich ob der aufständische Prozess stagniert oder nicht. Was die Kontrolle von Informationen, die Macht, diese zirkulieren zu lassen, oder eben ihre Zirkulation zu unterbinden, für eine Bedeutung hat, hat sich im Pandemie Ausnahmezustand überdeutlich gezeigt. Für das herrschende System war dieser Pandemie Ausnahmezustand eben auch ein Manöver im kybernetischen Bürgerkrieg, nun gilt es sich ebenfalls die Mittel anzueignen, Macht über die Zirkulation von Informationen zu erlangen. An diesem Frontabschnitt entscheidet sich alles. Wenn die aufständischen Fraktionen nicht über copy and past von Taktiken und Memes hinausgelangen, gerät der aufständische Prozeß in eine Stagnation, Verzweiflung und Mutlosigkeit werden sich verbreiten, es wird unnötige Niederlagen, oder als Niederlagen erlebte Aufstände geben, die Menschen davon abhalten werden, sich den Aufständischen anzuschließen. Dies gilt es zu verhindern. Es fehlt in diesen Tagen nicht an Revolten und Aufständen, ein Blick in die bürgerlichen

Tageszeitungen reicht, um sich davon zu überzeugen. Was fehlt, ist eine gemeinsame Vorstellung davon, wie "der Himmel zu erstürmen sei". Der in unseren wildesten Nächten schon so greifbar nahe aufscheint. "Le Monde ou rien" heiß es vor einigen Jahren in Frankreich, ich glaube, es geht noch darüber hinaus.

1. "Capitalismo comunista" von Giorgio Agemben erschien im Dezember 2020, deutsch übersetzt auf Sunzi Bingfa: "Der kommunistische Kapitalismus" https://sunzibingfa.noblogs.org/post/2020/12/28/der-kommunistische-kapitalismus/

2. "Rethinking the concept of revolution through the Syrian experience" von Charlotte Al-Khalili, auf deutsch: "Das Konzept der Revolution durch die syrische Erfahrung überdenken", erschienen in Sunzi Bingfa #2

Teil 3

Elf: Wenn wir also davon ausgehen, das der Kampf, der uns bevorsteht, grundsätzlich in dem Sinne ist, dass es um das Überleben geht, oder genauer gesagt, der Kampf um das (menschliche) Leben auf diesem Planeten überhaupt, ist es unabdingbar, sich genauer mit den Frontstellungen in diesem Kampf zu beschäftigen. Das heißt, sich einen Begriff davon zu erarbeiten, wie der notwendige Antagonismus beschaffen ist, und welche Repräsentanz er annimmt. Zuerst heisst es Abschied zu nehmen von all den Halbheiten und falschen Freunden. All den Kampagnen, Events, Klimazielen, all dem follow the science Quatsch, Abschied zu nehmen von all dem was uns daran hindern soll, den einzigen Prozeß in Gang zu setzen, der diesen dystopischen Wahnsinn ein Ende setzen kann. All diesen Figuren, Organisatoren und Grüppchen, die vorgeben, Alliierte zu sein, die aber nur ihre Agenda der Partizipation im Sinn haben. Aufstand oder Barbarei. So heißt es nun. Darunter geht es nicht. Alles jenseits davon ist ein selbstzerstörerischer Trip der sich mit den feigen Worten von Realismus und Machbarkeit tarnt. Der Kern der Macht muss zerstört werden, das ist unsere einzige Überlebensstrategie.

Zwölf: "Gegen dieses Dispositiv der Subjektivierung wird es jedoch möglich und notwendig sein, weiterhin antagonistische Subjektivitäten aufzubauen, die in der Lage sind, die gewaltige planetarische Krise, die sich abzeichnet, zu bewohnen und zu bewältigen. In den letzten Jahrzehnten haben radikale ökologische Bewegungen die Unschlüssigkeit der Politik des guten, alltäglichen Handelns angeprangert und das groß angelegte Handeln gefordert, durch das sich das Kapital das Leben aneignet und den Wert aus der lebenden Materie herauszieht. Heute, da die kontinuierliche und unvermeidliche Gewalt der grünen Übergangsphasen zur kapitalistischen Logik offensichtlich wird, ist das postpolitische Ideal der Umweltpolitik als ein Feld, das potenziell jenseits von Konflikten liegt, pazifizierend, neutral, endgültig gefallen" schreibt Alice Dal Gobbo in "La transizione ecologica tra comando del capitale, erosione del soggetto e nuovi antagonismi". (1) Wie sie so schön sagt: zu bewohnen und bewältigen. Man könnte auch sagen, dass es deshalb nur ein aufständisches Leben als letzte und einzige Möglichkeit gibt, dass all diese Master- und Doktorarbeiten, als dieser soziologische Bullshit, die ganze "linke Presse", die Event- und Projektmanager, die ganzen "linken und emanzipatorischen Grüppchen" als das bezeichnet werden müssen, was sie objektiv sind: Gegner. Die Gefährt*innen des Unsichtbaren Komitees haben das schon 2007 unmissverständlich geschrieben, aber immer noch wird mit diesem Gegner paktiert, selbst wenn er sich in der gesellschaftlichen Zuspitzung, die die Maßnahmenpolitik infolge von Corona war, unmissverständlich auf die Seite der staatlichen Macht geschlagen hat. Man darf sich wirklich keinerlei Träumereien hingeben. Die Corona Maßnahmen waren die Blaupause für die Agenda des grünen Faschismus, der an die Tür klopft. In Deutschland war die Zustimmung für eine möglichst restriktive Politik des Ausnahmezustandes unter den Anhängern der grünen Partei am größten, der grüne Landesfürst und ex- Maoist Kretschmann überholte alle rechten Populisten mit seiner Forderung man müsse "beim nächsten Mal" massivst in die Grundrechte eingreifen, ohne falsche Rücksicht auf verfassungsrechtliche Bedenken. Der Bundesvorsitzende der Grünen brachte die Governance des Ausnahmezustandes als "das Modell" für "die Gestaltung des Klimawandels" aufs Tablett, unverhohlen werden autokratische Staatsformen als erstrebenswert bezeichnet, wenn dies "höheren Zielen diene". Nicht umsonst auch war die Begeisterung der #ZeroCovid Blase für die chinesische "Bewältigung der Pandemie" grenzenlos, es gilt wirklich nur genau hinzuschauen, alle und alles entlarvt sich selber, man muß nur den Mut aufbringen, die Härte der zukünftigen Konfliktualität, die aus diesen Bekenntnissen sich ergibt, anzuerkennen.

Dreizehn: Unsere Lage ist hoffnungslos. Daraus ergeben sich alle Möglichkeiten.

Vierzehn: Wir sind schon viel weiter. als uns zu glauben gemacht wird. Das gegen den George Floyd Aufstand durch die Staatsmacht keine scharfen Schusswaffen eingesetzt wurden, obwohl Polizeireviere gestürmt und niedergebrannt wurden, obwohl der Aufstand materielle Verluste in Höhe von 2 Milliarden US Dollar auf der Seite unserer Gegner generierte, verrät viel über die Angst unseres Gegners, das Terrain des sozialen Bürgerkriegs spontan und reaktiv zu betreten. Wenn wir die Welle der Aufstände, die in den letzten Jahren über die Welt fegten, betrachten, können wir mehrere Beobachtungen machen. Die Aufstände werden hartnäckiger, trotz hoher Opferzahlen unter den Aufständischen brechen die Revolte nicht zusammen. Die Aufstände ähneln sich immer mehr in den Erscheinungsformen und den eingesetzten taktischen Mitteln. Ein mittlerweile fast durchgängiges Merkmal ist, dass keine Forderungen erhoben werden, außer allgemeiner Art wie Würde oder Gerechtigkeit. Der Gegner musste z.B. innerhalb der George Floyd Revolte erst eine reformistische Gegenbewegung etablieren, dazu brauchte er Zeit, im Kern war der Aufstand spontan revolutionär. Niemand wollte die Polizei abrüsten oder ihre finanziellen Mittel beschneiden. Man wollte sie einfach zur Hölle jagen. Und ohne Bullen kein Staat.

Fünfzehn: Der generalisierte soziale Bürgerkrieg wird kommen. Er ist unvermeidlich. Für unseren Gegner. (Für uns sowieso.) Unser Gegner will ihn bloß vorbereitet und zu seinen Bedingungen begin-

nen. Ihn uns aufzwingen. Und nicht als Reaktion auf ein Irgendetwas. Dafür sind die Einsätze in diesem Spiel diesmal zu hoch. Ein todgeweihter Kapitalismus, der sich in einer Hybris der Machbarkeit verschanzt hat, der alle Reserven mobilisiert, der vor nichts zurückschrecken wird. Auch hier war und ist die Maßnahmenpolitik angesichts von Corona aufschlußreich für alle, die den Mut aufbringen, genau hinzuschauen. Ein Virus mit einer Letalität, die je nach Berechnung, zwischen dem Faktor 1,5 – 4 mal so groß ist wie bei einer der bisher bekannten Grippeviren. Italienische Gefährten fragten ganz am Anfang, was geschehen würde, wenn ein Erreger mit der Letalität von Ebola (die anfänglich bei 80% beim jüngsten Ausbruch in Afrika lag) hier in Europa aufgetreten wäre. Hätte man Atombomben auf die Städte geworfen, um die Ausbreitung zu stoppen? Man muss den Mut aufbringen, diese Frage mit ja zu beantworten. Die Klimakatastrophe wird ganze Landstriche unbewohnbar machen, Abermillionen von Menschen werden ihre Existenzgrundlage verlieren, sie werden verzweifelt versuchen sich in Sicherheit zu bringen und die Abschottungspolitik der wohlhabenden Staaten und Regionen wird unerbittlich sein. Ein System, dass es nicht einmal für nötig befunden hat, zumindestens alle Kinder aus dem Drecksloch Moria zu evakuieren, wird in der Zuspitzung, die unvermeidlich kommen wird, alles mobilisieren, um den Wohlstand der metropolitanen Eliten abzusichern. Koste es was es wolle. Die Verwerfungen, die Störungen der globalen Produktions- und Lieferketten, die zahlreichen Revolten des Surplus Proletariats in der Metropole selbst, die infolge der Zukünftigkeiten unvermeidlich auftreten werden, erschaffen die Tendenz zum generalisierten sozialen Bürgerkrieg. Die einzige Frage ist, wer das Terrain dieses Bürgerkriegs definieren wird. Sie oder wir. „Tiefes Wissen heißt, der Störung vor der Störung gewahr sein." Sun Tzu.

1) "La transizione ecologica tra comando del capitale, erosione del soggetto e nuovi antagonismi" erschienen auf Effimira, erscheint auf deutsch: "Die ökologische Transformation zwischen dem Kommando des Kapitals, der Erosion des Subjekts und neuen Antagonismen" am 26.7.2021 in Sunzi Bingfa #26

Teil 4

Sechzehn: Man darf sich keinen Illusionen hingeben. Der Vorreiter im Endgame (1) der untergehenden Zivilisation, das staatskapitalistische China, hat im Zuge des Pandemie Ausnahmezustand eine App verpflichtend gemacht, ohne die ein Leben praktisch, jedenfalls in den Städten, ohne sie unmöglich macht. Einkaufen, öffentliche Verkehrsmittel benutzen, die Gastronomie besuchen,... Interessanterweise wurde die App schon 3 Wochen nach der Abriegelung von Wuhan auf den Markt gebracht, d.h. wir können davon ausgehen, dass sie praktisch nur noch aus der Schublade gezogen werden musste. Die App beinhaltet Name, Photo, Passnummer, sie reguliert aufgrund eines Algorithmus den Status der Person: Grün, Gelb, Rot. Grün bedeutet volle Bewegungsfreiheit, Gelb Quarantäne, Rot an Corona erkrankt. Wobei diese Einstufungen keineswegs an eindeutigen Nachweisen wie PCR Tests gebunden sind, sondern für den Nutzer nicht nachvollziehbar vom System selbst generiert werden. Es wurden zahlreiche Fälle bekannt, in denen Menschen als "krank" eingestuft wurden, ohne das dies für sie nachvollziehbar, geschweige denn anfechtbar war. In Peking überwachen 300.000 öffentliche Kameras die Stadt, im industrialisierten Shanghai sind es 3 Millionen, die jetzt zusätzlich mit Sensoren zur Temperaturmessung der Überwachten ausgestattet werden, über ein System zur Gesichtserkennung verfügen eh schon große Teile der Systeme. Im Übrigen sind die Systeme zur Gesichtserkennung schon weit optimiert, dass sie auch Menschen identifizieren können, die einen medizinischen Mund Nasen Schutz tragen. Das Pekinger Kamera Überwachungssystem wurde ganz offiziell auf den Namen "Himmelsnetz" getauft. In der Region Xinjiang ist die Sicherheitsarchitektur noch ein Stück weiter. An der unterdrückten Minderheit der Uiguren wird die Totalität der zukünftigen Governance der Welt exerziert. Drohen hängen am Himmel, verpflichtende Spyware auf den Smartphones, an den Tankstellen Gesichtserkennungssysteme, die den Zugang zum Erwerb von Treibstoff regeln. Die Bullen dürfen alle und jeden jederzeit anhalten und die smartphones kontrollieren, wer verschlüsselte Kommunikationssysteme wie whatsapp installiert hat, landet evtl. in einem 'Umerziehungslager'.

Man darf sich keinen Illusionen hingeben, die diversen "Gesundheitspässe" (2), die gerade in vielen westlichen Ländern wie Frankreich und Italien installiert werden, die verpflichtenden Apps und Impfnachweise ohne die eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in New York nicht mehr möglich ist, die Diskurse über die Ächtung und Repression gegen Menschen, die aus den verschiedensten Gründen nicht gegen Corona geimpft sind, zeigen auf, dass der Kluft zwischen den Zuständen in China und denen in den sogenannten westlichen Demokratien nur temporärer Art, ergo den konkreten Umständen geschuldet sind, in denen sich die Formierung der Totalität gerade befindet. Der Prozess der Abschaffung von Bargeld, der gerade vorangetrieben wird, schafft weitere umfassende Kontrollmöglichkeiten. Damit wird es möglich sein, den Zugang zum Erwerb von praktisch allem Lebensnotwendigen zu kontrollieren und zu regulieren. Der Erwerb von bestimmten Waren oder Dienstleistungen kann an Wohlverhalten oder an 'Verfehlungen' geknüpft werden, sicher wird es im Westen dafür Pilotprojekte geben. So wie z.B. der Abgleich von DNA Material anfänglich nur für gesellschaftliche geächtete Straftaten wie Vergewaltigung oder Mord möglich war, wurde diese Verfahren innerhalb weniger Jahre für Bagatelldelikte wie Sachbeschädigungen eingesetzt, natürlich bevorzugt im Rahmen der 'Bekämpfung politischer Kriminalität', z.B. bei eingeworfenen Fensterscheiben von Banken. In Zukunft wird vielleicht als erstes der Erwerb von pornografischen Material für "Sexualstraftäter" gesperrt werden, um eine gesellschaftliche Zustimmung zu generieren, bevor man das ganze System nach und nach scharf stellt.

Der wirklich entscheidende Punkt ist also nicht, dass es all diese Maßnahmen gibt, bzw. geben wird, sondern der Weg zur gesellschaftlichen Akzeptanz dieser Totalität. Auch an diesem Punkt ist die

Corona Pandemie ein willkommenes Manövergebiet für das Empire. Vermeintliche Sicherheit, in diesem Fall vor einer Krankheit, wird eingetauscht gegen eine Zustimmung zu allumfassenden Überwachungsmaßnahmen, ja darüber hinaus wird das zustimmende Subjekt selber zum Teil des allumfassenden Überwachungssystem, das nicht nur seine Mitmenschen überwacht, sondern vorauseilend auch sich selber. Die Terminologie und die Trennschärfe des 'Krieges gegen das Virus' sind dem 'Krieg gegen den Terror" entlehnt, der nach Nine Eleven entfesselt wurde, nicht umsonst hält eine sprachliche Entgleisung wie 'Gefährder" für an Covid 19 erkrankte Menschen unwidersprochen Einzug in den gesellschaftlichen Diskurs. An diesem Punkt entscheidet sich fast alles: gelingt es relevante Teile der Gesellschaft aus diesem todbringenden Diskurs herauszulösen, bzw. sich in diesem Konflikt an ihre Seite zu stellen oder nicht. Ein Großteil der Linken hat sich längst dafür entschieden, wo sie stehen und stehen werden, wie schon weiter oben konstatiert, sind diese nun unsere Gegner und nicht unsere Verbündeten. Dies ist keine moralische Wertung, sondern eine notwendige materialistische Analyse, im sozialen Bürgerkrieg rächen sich Unklarheiten über strategische Allianzen blutig.

Siebzehn: Sein. Nun, da nach und nach jegliche Autonomie, jegliche Verfügungsgewalt über den eigenen Körper und das Subjekt, das er beherbergt, nach und nach verschwinden, der Mensch sich selbst eintauscht für ein Versprechen des nackten Überlebens, in der jetzigen und allen zukünftigen Pandemien und angesichts des Klimawandels, bleibt das Sein als letzter Ort des Antagonismus. Wenn alles darauf ausgerichtet ist, Prozesse zu verhindern oder zu generieren, bleibt nur der Akt des Seins. Da, wo dies mehr ist als eine letzte moralische Haltung des sich nicht unterwerfenden Individuums, entsteht ein gesellschaftlicher Antagonismus, der nicht Teil des gegenwärtigen Zukünftigen werden will und kann. Es braucht wirklich den radikalen Bruch mit praktisch allen bestehenden Vorstellungen über revolutionäre Prozesse, um sich auf die neuen realen Bedingungen einlassen zu können. Alles andere ist Energie- und Zeitverschwendung, ja trägt darüber hinaus zur Stabilisierung und Perfektionierung des Empires im Todestrieb Modus bei. Leben entsteht in der sich entfaltenden Totalität an Nicht Orten, da wo dieses Leben sich kollektiviert, tritt es als Antagonismus von Non Bewegungen auf, deren konkreten Forderungen, so sie überhaupt gestellt werden ebenso sekundär wie nahezu beliebig sind und in erster Linie nur als Sammlungsruf eine Funktion haben. In diesen neuen Dynamiken, die sich den klassischen revolutionären Vorstellungen entziehen, gelten andere soziale Raum – und Zeitgesetze, eben noch eine Versammlung von ein paar prekären Pendlern an einem öden Kreisverkehr in irgendeinem Vorort, schon eine wütende Menge im Herzen Paris, die nationale Heiligtümer schändet und in den Luxusquartieren Nobelboutiquen plündert. So wie diese Non Bewegungen aus dem Nichts auftauchen, verschwinden sie fast ebenso plötzlich, verweigern sich jeder Repräsentanz (Die wenigen, die versucht haben, aus der Gilets Jaunes Revolte Kapital zu schlagen und politische Karrieren oder Parteien zu initiieren, wurden gewaltsam vertreiben und bis in ihr Privatleben bedroht.), um dann wieder über Nacht wie ein Gespenst wieder aufzuerstehen. (In Frankreich als Mobilisierung gegen das neue Bullenschutzgesetz und den Pass Sanitaire.) Es geht wieder um, das Gespenst, und diesmal nicht nur in Europa. Jeder nächtliche Riot von Jugendlichen in einem Park hat mehr revolutionäre Sprengkraft, als Aberdutzende von linken Demos und Events, weil er sich der politischen Verwertbarkeit entzieht. Das Leben verteidigt sich in dieser Phase, die alles entscheiden wird, selbst oder anders gesagt, entweder wir verteidigen das Leben selber, indem wir sind, oder wir werden nicht mehr Teil von ihm sein, sondern nur noch eine kybernetische Hypothese.

Achtzehn: Natürlich haben wir alle Angst. Schon immer vor dem Tod, nun also auch vor dem Leben selbst. Sicherheit verspricht nur noch die Unterwerfung, das ist die Macht, das letzte Versprechen, über dass das Todestrieb Empire noch verfügt. Aber: Wir sollten lernen, zuzugeben, dass wir Angst haben, oder besser gesagt, dass wir uns auch fürchten. Der Tod erschreckt uns, die Krankheit erschreckt uns. Es ist nicht schlimm, Angst zu haben, der Tod gehört zum Leben, so wie die Angst vor seinem Ende zur Liebe gehört. Doch wir lernen, damit zu leben, denn die Liebe ist stärker. (3) Oder anders gesagt, nur indem wir alles riskieren, indem wir ein Leben erschaffen, dass das Leben erst zu einem solchen macht, können wir diese Angst besiegen. Wenn wir weiterhin so tun, als ob die Angst nicht unser Handeln bestimmt, wenn wir uns hinter angeblichen Fakten, Notwendigkeiten und ideologischen Lügen und Konstrukten verstecken, haben wir schon verloren, bevor wir überhaupt angefangen haben zu kämpfen. Die Angst ist zugleich unser Gegner wie unser Verbündeter, wir müssen ihr zuhören, sie Gestalt annehmen lassen, um uns mit ihr auseinandersetzen zu können, denn sie führt uns zu unseren verborgenen Wahrheiten, die tief in unseren Herzen schlummern. Sie ist der Weg zu unseren nicht eingestandenen Sehnsüchten, der Gewissheit, dass man überhaupt gelebt haben muss, um sterben zu können. Wenn wir diesen Weg nicht gehen, werden wir ein Leben in Trauer ernten, ohne zu wissen, wessen Gehalt diese Traurigkeit eigentlich ist, die wir Tag für Tag mit uns schleppen wie einen schrecklichen Ballast. Wir werden auf alle Zeit nicht wir selber sein. Was für eine Wahl.

Neunzehn: Die Apokalypse kommt. So der so. Das Anthropozän endet, ein Komet wird die Erde treffen, oder wir sind nicht alleine im Weltall (wofür einiges spricht) und eine andere Lebensform wird uns auslöschen, unterwerfen oder kolonisieren (wir hätten alles verdient)… Letztendlich ist die Frage der Apokalypse eine philosophische Frage. Aber sind denn nicht alle wirklich wichtigen Fragen, die Liebe, der Tod, die Freiheit,… sowieso philosophische Fragen?! Geht es denn eigentlich nicht immer nur darum, welche Haltung wir zu etwas einnehmen und welche Handlungen wir daraus ableiten. Und wie bestimmen wir all dieses Grundsätzliche im Verhältnis zu den ganz konkreten Fragestellungen, die sich im gegenwärtigen aufständischen Prozeß stellen.

> *"Was in den Metropolen künftig an Revolten oder Anpassungsprozessen entstehen wird und wo die Bruchlinien liegen werden ist noch weitestgehend unausgemacht. Die Kämpfe und Aneignungsformen im proletarischen Spektrum, in den Subschichten der jugendlichen ImmigrantInnen, der sozial entrechteten Frauen, der Opfer der Deregulation im Osten, erscheinen uns bisher undurchschaubar, weil wir mit Bildern konfrontiert werden, in denen wir das Wesen der Emanzipation der Klasse nicht erkennen, und weil unser analytisches Instrumentarium nicht ausreicht, um hinter den Erscheinungsformen die Bedeutung der Kämpfe zu entziffern. Es*

bleibt daher nichts anderes übrig, als sich dem historischen Prozeß zu stellen, ohne auf die hierarchisch- patriarchalischen, antik- kommunistischen Politikmuster und Organisationsmodelle zurückzugreifen und ohne vorschnell neue Ideologien zu produzieren, die der völlig offenen Situation schon wieder ein Korsett anpassen und vorhandene Widersprüche zugunsten einer monokausalen Weltsicht glätten würden."

schrieb eine Revolutionäre Zelle (RZ) (4) im Jahre 1992 zum Ende ihrer Organisationsform und man mag nicht glauben, dass diese Worte schon fast 30 Jahre alt sind.

Ohne Zweifel, die Welt hat sich weitergedreht und der aufständische Prozeß wartet nicht auf die versprengten Reste einer antagonistischen linken Erzählung. Aber wie immer, wenn etwas geht, bleibt auch etwas über, was zu bewahren und weiter zu geben sich lohnt. So wie all die ideologischen und theoretischen Versatzstücke angesichts der Welt, die wir vorfinden, als zu leicht befunden und über Bord geworfen gehören, so reich ist der Schatz an konkreten praktischen Erfahrungen, den es zu bergen gilt. Unser Gegner lernt aus jeder Schlacht, aus jeder Niederlage, aus jedem Sieg. Vor allem aber aus jeder seiner Niederlagen, aus unseren Erfolgen. Die prachtvollen Alleen von Paris sind in Wirklichkeit nur das Ergebnis einer Stadtplanung, die alle kommenden Aufstände zu antizipieren suchte. Tausende von militärischen, politischen, soziologischen und ökonomischen thinktanks arbeiten in jeder Sekunde fieberhaft an der Perfektionierung der Aufrechterhaltung der todbringenden Ordnung, wir haben ein paar vergilbte Bücher und Aufsätze, ein paar aufgeschriebene Erinnerungen an die Goldene Horde, die sich einst anschickte, die Verhältnisse grundsätzlich zum Tanzen zu bringen.

Die Frage ist nun, wie es gelingen kann, diesen unseren Schatz der praktischen Erfahrungen einzubringen in die gegenwärtigen aufständischen Prozesse, ob es überhaupt möglich ist, zwischen den Generationen der Aufständischen Orte des Austausches zu schaffen, die für alle zugänglich, aber vom Gegner nicht zu infiltrieren und zu manipulieren sind. Womit wir wieder zurückkehren an den Anfang dieser Überlegungen.

Zwanzig: Der Kapitalismus in seinem Endstadium, das in sich das Ende der von Menschen bewohnten Welt als Möglichkeit trägt, ist die Derzeitigkeit, die erstmalig keine visionäre Zukünftigkeit in sich trägt. Dies gilt es als erstes zu akzeptieren. Es geht nur um eine einzige Frage, alles jenseits davon muss als kriegerische List denunziert werden, um das System zu stabilisieren. Alles was jenseits davon behauptet wird, fußt auf einer Lüge, kommt sie noch so links, emanzipatorisch und solidarisch daher. Also, wie bekommen wir den Koloss zu stürzen. Wie kann aus den sich immer rasanter ausbreitenden Riots, Revolten und Aufständen etwas werden, was die Welt grundsätzlich in Flammen setzt, damit wir angesichts der Asche, mit etwas Glück, überhaupt wieder davon träumen zu wagen dürfen, eine neue Welt zu erschaffen.

Ohne Zweifel hat der Pandemie Ausnahmezustand, zum Erstaunen vieler Linker, die Zyklen der weltweiten Revolten beschleunigt, während diese noch darauf warten, einfach mit ihren sinnlosen Demonstrationen, Events, Unterschriftensammlungen und Partizipationsgehabe weiter wie gehabt machen zu können. Die in vielerlei Hinsicht nicht nur repressiven, sondern auch sinnlosen und unfähigen Maßnahmen der Regierungen haben die sozialen Nöte vervielfältigt, global gesehen sind immer weniger Menschen bereit, ihr Leben einzutauschen gegen ein Existieren von wessen Gnaden auch immer. Was sich ebenfalls verändert, sind die Pole der Auseinandersetzungen. Es gibt keine besseren und schlechteren Regierungen (oder Vorstellungen davon) mehr, es gibt keine Lösungsansätze, keine Forderungskataloge. Es gibt in der Zuspitzung nur noch oben und unten, sie oder wir. Entweder auf der Seite des Aufstandes oder auf der Seite "der Regierung". Jeglicher vorrevolutionären Situation wohnt eine eigentümliche Unübersichtlichkeit inne, dies ist in der gegenwärtigen Phase, die dominiert ist von den staatlichen Maßnahmen unter Corona, nicht anders. Dies ist keine Zeit für die Zweifler und Bremser der reinen Lehre, den Faschismus auf der Straße wiederzufinden wird zunehmend etwas sein, was wir in den Revolten vorfinden werden, den Revolten deshalb fernzubleiben kann nur unser endgültiges Ende bedeuten. Es gilt vieles an Widersprüchen auszuhalten und die Konfrontationen werden bestimmt nicht etwas sein, was wir gerne führen werden. Aber es bleibt eine unbedingte Notwendigkeit.

Denn dieser Kampf wird, wie alle Kämpfe vor ihm, auf der Straße entschieden werden. „When we revolt it's not for a particular culture. We revolt simply because, for many reasons, we can no longer breathe", dieser Satz von Frantz Fanon stand auf einem Plakat, das vor einem Bullenrevier von Minneapolis hing. Ja, wir bekommen einfach keine Luft mehr. Entweder brennt ein Polizeirevier nach dem anderen nieder, bis die Sache zu unseren Gunsten zu kippen beginnt oder wir lehnen uns zurück, so wir in privilegierter Stellung leben, und geniessen das Ende der Welt bei ein paar kühlen Drinks. Dazwischen gibt es nichts mehr. Sorry.

1. 'Endgames' ist eine Kolumne von Sebastian Lotzer, die in vier Teilen auf 'non copyriot' erschien. Hier die englischsprachige Übersetzung des vierten Teils auf "enough 14", die auch die Verlinkungen zu den vier deutschsprachigen Beiträgen enthält. https://enoughisenough14.org/2021/04/05/endgames-part-4/

2. Siehe dazu den Beitrag 'Pass sanitaire: le problème, c'est le flicage!'von Cerveaux Non Disponibles, auf deutsch in der Sunzi Bingfa #26: https://sunzibingfa.noblogs.org/post/2021/07/26/der-gesundheits-pass-das-problem-ist-die-ueberwachung/

3. Siehe 'Greenpass, nuovi confini e le frontiere della paura. Contributo per un ragionamento collettivo.' auf Carmelia https://www.carmilla-online.com/2021/07/29/greenpass-nuovi-confini-e-le-frontiere-della-paura-contributo-per-un-ragionamento-che-auspico-collettivo/, auf deutsch in der Sunzi Bingfa #27

4. Revolutionäre Zellen, eine nicht in der Illegalität operierende Stadtguerilla in der BRD, deren Zusammenhänge sich Anfang, Mitte der 1990er Jahre auflösten. Hier der Text: 'Das Ende unserer Politik' http://www.freilassung.de/div/texte/rz/zorn/Zorn05.htm

anonym

Bullen, Nazis, Mörder

Im Herbst 2020 flogen mehrere rechte Chatgruppen am Polizeipräsidium Mülheim auf. In den folgenden Wochen gab es regelmäßige Presseberichte und Reaktionen aus Öffentlichkeit und Politik. Obwohl wenig konkrete und dauerhafte Konsequenzen bekannt sind, ist es inzwischen deutlich ruhiger um den Komplex geworden. Ein Grund für uns, das Ganze nochmal etwas genauer zu betrachten und zusammenzutragen was bislang bekannt ist:

Bei einem Zufallsfund auf dem Handy eines Polizisten, der wegen anderer Dienstvergehen im Fokus stand, wurden im September 2020 fünf WhatsAPP Gruppen entdeckt, in denen diverse rechte und menschenfeindliche Inhalte geteilt wurden. Mindestens eine Dienstgruppe schickte sich seit Jahren gegenseitig Hakenkreuze, Hitlerbilder, Bildcollagen von Geflüchteten in Gaskammern und fiktiven Erschießungen von nicht-weißen Menschen oder Poserfotos mit mit Hitlergruß auf dem Streifenwagen zu. Dazu, in weit über hundert Beiträgen noch diverses weiteres strafrechtlich relevantes nationalsozialistisches und rassistisches Material. In der Folge ermittelte die Polizei gegen mehr als 30 Kolleg*innen, die teilweise schon seit 2012 Mitglieder der jeweiligen Chatgruppen waren und alle aktuell oder früher am Polizeipräsidium Mülheim gearbeotet haben. Keiner der Beteiligten hielt es für angebracht die rechten Inhalte zu melden und auch die Vorgesetzten wollen nichts bemerkt haben „können". Im Gegenteil, war doch auch der Dienstgruppenleiter selbst Mitglied einer Nazi- Chatgruppe.

Bei dieser Dimension musste selbst NRW Innenminister Reul im Landtag einräumen, dass man nicht mehr von Einzelfällen sprechen kann. Die beteiligten Beamt*innen wurden erstmal suspendiert, diverse Hausdurchsuchungen durchgeführt und eine Sonderinspektion angeordnet um die rechten Umtriebe in Mülheim zu untersuchen. Ca. die Hälfte der Suspendierungen wurde allerdings zwischenzeitlich wieder aufgehoben. Über den aktuellen Stand der Ermittlungen und die Auswertung der beschlagnahmten Datenträger ist wenig öffentlich bekannt. Ob es überhaupt dauerhafte dienstrechtliche oder gar strafrechtliche Konsequenzen geben wird ist derzeit nicht absehbar. Im Laufe des letzten Jahres kamen weitere Beschuldigte dazu, unter anderem flog die polizeiliche Nazi-Kegelgruppe KUNTA KINTE auf, die ebenso seit Jahren rechtes Gedankengut austauschte.

Die verantwortlichen vor Ort zeigen Kaum verstärktes Problembewusstsein, geschweige denn ernsthaftes Aufklärungsinteresse, allen voran der für Essen und Mülheim zuständige Polizeipräsident Frank Richter. Im Gegenteil, tönte er noch im Juni 2020 kurz nach dem Tod von George Floyd in einem WAZ Interview unter der Überschrift „Der Rassismusvorwurf ist unerträglich", (Zitat) „In der deutschen Polizei existiert so etwas wie systemischer Rassismus nicht. Es gibt in der Polizei rassistische Entgleisungen, aber das sind Einzelfälle." Befragt dazu, dass es verpönt sei, dass Polizist*innen gegen die eigenen Kolleg*innen aussagen antwortet antwortet er plump: „Es gibt keinen Korpsgeist. Korpsgeist ist ein Wort aus ganz anderen, vordemokratischen Zeiten. Was es gibt und auch geben muss, ist Teamgeist." (Zitat Ende)

So bestärkt Richter immer wieder die geschlossenen Strukturen innerhalb der Polizei und trägt aktiv zu einem Gefühl der Unantastbarkeit unter seinen Beamt*innen bei. Im Falle der Mülheimer Chatruppen können wir daraus nur schließen, dass entweder alle Teilnehmer*innen der entsprechenden Chatgruppen die Inhalte uneingeschränkt teilten, oder es als Teamgeist verstanden die klar strafrechtlich relevanten Beiträge nicht zur Anzeige zu bringen. Das wäre dann allerdings kein kollegialer Teamgeist sondern Strafvereitelung im Amt. Und es handelt sich bei den Inhalten auch nicht um Lapalien oder ein paar derbe Witze. Selbst dem noch so uninformierten Polizisten sollte bekannt sein, dass das Hakenkreuz in Deutschland zu den verbotenen Symbolen gehört, wer Adolf Hitler war und dass es menschenverachtend ist,, gaskammerbild....

Die von Reul eingesetzte Sonderinspektion präsentierte im März 2021 ihre Erkenntnisse und stellte fest:

Das Handeln der Chatteilnehmer*innen ging (Zitat)„deutlich über das Posten rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher, rassistischer und antisemitischer Inhalte hinaus. Es erfasste nahezu alle Aspekte des Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, nämlich Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamophobie, Sexismus, Homophobie etc. (Zitat Ende)

Absurderweise erkennt die Sonderinspektion hier dennoch ausdrücklich keine rechtsextremistischen sondern lediglich missbräuchlich verwendete, wenn auch dienstliche Chatgruppen. Das verleitet Polizeipräsident Richter dazu festzustellen, dass es in seiner Direktion keine rechten Netzwerke gebe.

Die schiere Zahl und räumliche Häufung der Nazis im Mülheimer Polizeipräsidium hat auch uns etwas überrascht. Grundsätzlich war die Existenz von rechten und rassistischen Strukturen bei der Polizei Essen / Mülheim für uns als antirassistische Beobachter*innen allerdings folgerichtig. Seit Jahren häufen sich überproportional viele Berichte von Betroffenen, über rassistische und gewalttätige Einsätze, durch Beamte der Polizeidirektion Essen und sorgen bundesweit für Aufmerksamkeit. Warnsignale und Hinweise auf ein Rassismusproblem gab es also zuhauf, man hätte sie nur wahrnehmen wollen müssen.

Doch auch beim Thema Polizeigewalt verfolgt Polizeipräsident Richter seinen Ansatz des Leugnens, Vertuschens und Mundtot machens. So reagiert er im eben erwähnten Interview auf die Frage warum Betroffene von Polizeigewalt inzwischen offensiver die Öffentlichkeit suchen: (Zitat) „Die Antwort ist einfach: Betroffene polizeilicher Maßnahmen wollen hier sehr häufig durch den Missbrauch des Vorwurfs von Polizeigewalt und Rassismus vom eigenen Fehlverhalten ablenken. So macht sich der Täter zum Opfer." (Zitat Ende) Mit dieser Aussage liefert Richter allerdings selbst ein typisches Beispiel der Täter-Opfer-Umkehr.

Mit dieser Haltung hat die Essener Polizei in den letzten Jahren eine Vorreiterrolle übernommen. Grundsätzlich werden Betroffene von Polizeigewalt mit Anzeigen wegen vermeintlicher Widerstandshandlun-

gen überzogen. Dazu stellte die Polizei in den letzten Jahren mehrfach Anzeigen wegen angeblicher Verleumdung oder Falschdarstellung gegen Menschen, die es gewagt hatten, das polizeiliche Fehlverhalten öffentlich zu thematisieren.

Das Zusammenspiel einer „Mauer des Schweigens" unter am Einsatz beteilgten Polizist*innen und der juristischen Repression gegen die von Polizeigewalt Betroffenen, war in den letzten Monaten mehrfach Gegenstand von Gerichtsverfahren zu strittigen Polizeieinsätzen. Während die Gerichte üblicherweise unkritisch den Darstellungen der Polizei folgen, konnten Beschuldigte teilweise zweifelsfrei beweisen, dass die Polizist*innen logen und sich gegenseitig deckten. In zwei Fällen in Essen und Mülheim wurde dies nun sogar den Richter*innen zu viel, die das Aussageverhalten rügten und eine Polizistin wegen Falschaussage zu einer Bewährungsstrafe verurteilten. Sie hatte vor Gericht gelogen und fälschlicherweise bezeugt, dass ihr Kollege einen bereits gefesselten Mann mit Migrationsgeschichte NICHT geschlagen hätte. In diesem seltenen Fall bedurfte es allerdings der gegenteiligen Aussage einer anderen Beamtin. Der eigene Aufklärungswille der Gerichte bleibt erfahrungsgemäß gering. Der schlagende Kollege, der auch Mitglied der rechten Alphateam Chatgruppe war wurde nun kürzlich zu 9 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Ob die beiden aus ihrem Beamt*innenstatus und dem Polizeidienst entfernt werden ist noch nicht bekannt, Automatisch passiert dies erst bei Haftstrafen von mehr als einem Jahr.

Es ist höchste Zeit, die rechten Strukturen in der Polizei aufzudecken und aktiv zu bekämpfen. Dass Innenminister Reul und Polizeipräsident Richter dafür die richtigen Personen sind, bezweifeln wir allerdings stark.

Herbert Reul trägt mit seiner immer wieder forcierten Law and Order Politik, den Begriff der robusten Polizei und speziell in Essen mit seiner „Politik der tausend Nadelstiche" gegen vermeintliche sogenannte „Clans" selbst zu dem Problem bei. Sie kriminalisiert bestimmte migrantische Gruppen und sorgt für eine Stigmatisierung. Diese verstärkt



rassistische Ressentiments in den Reihen der Polizei. Das sie auch in einer Broschüre unter dem Titel „Arabische Familienclans – Historie. Analyse. Ansätze zur Bekämpfung" als Handlungsanweisung für die Essener Polizei verschriftlicht wurden, spricht Bände. Autorin dieser vermeintlich wissenschaftlichen Arbeit ist die an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Mülheim ansässige Professorin für Kriminologie Dorothee Dienstbühl.

Frank Richter tat sich bisher, wie beschrieben, hauptsächlich durch Ignoranz und Verleugnung des Problems an sich hervor. Reflexhaft stellt er sich unkritisch vor seine Beamt*innen und jammert rum, dass die öffentliche Berichterstattung über Nazis in seiner Behörde den Kolleg*innen den Streifendienst unnötig erschweren und irgendwie schlechte Stimmung machen würde, weil die Nachbarn schon redeten. Dass der Posten der Extremismusbeauftragten bei der Essener Polizei ausgerechnet durch seine Frau Silvia Richter bekleidet wird, stellt zudem eine ungesunde Nähe dar und trägt nicht gerade zum Vertrauen in diese Position bei.

Wir werden uns natürlich auch in Zukunft nicht verbieten lassen, Nazi Umtriebe und rassistische Polizeigewalt öffentlich zu thematisieren. Wir müssen uns gegenseitig im Kampf gegen diese Zustände unterstützen und wie heute gemeinsam auf die Straße gehen.

Strukturellen Rassismus benennen und bekämpfen !
Rechte Netzwerke aufdecken und zerschlagen !
Nazis bekämpfen, immer und überall !!!

Mitarbeiterin des AZ Mülheim nach massiver Polizeigewalt verurteilt

Der zweite Verhandlungstag der Berufungsverhandlung, gegen eine unserer Mitarbeiterinnen, nach einem brutalen Polizeieinsatz am AZ im Juni 2019, nahm am 16.08.21 leider kein gutes Ende für die Angeklagte. Das Landgericht Duisburg verurteilte sie zu 90 Tagessätzen wegen eines angeblichen tätlichen Angriffs auf einen Polizeipraktikanten. Dieser hatte in der Berufungsverhandlung behauptet, er sei von unserer Kollegin geschubst worden. Das habe er zwar kaum gespürt und gesehen hatte es außer ihm auch niemand. Im Gegenteil sagte ein anderer Zeuge aus, dass unsere Mitarbeiterin von ihm zu Boden gerissen wurde. Dem schenkte die Richterin aber keine Beachtung, weil er ja eventuell im entscheidenden Moment gerade woanders hin geguckt haben könnte. Das klingt alles absurd und das Urteil ist natürlich ein Skandal! Leider ist es aber auch das Ergebnis einer gezielten gemeinsamen Strategie von Polizei und Staatsanwaltschaft, die sich bereits durch die gesamte Dauer der Verfahren zieht.

Also nochmal kurz zum Anfang: Im Juni 2019 kam es zu dem Polizeieinsatz am AZ, bei dem zwei unserer Mitarbeiter*innen verletzt und in Gewahrsam genommen wurden. Nachdem beide die Polizeigewalt öffentlich thematisierten, kreierte die Polizei eine Geschichte, die die Vorwürfe unserer Mitarbeiter*innen umdrehte und ihnen Widerstandshandlungen gegen eine angeblich legitime Polizeimaßnahme unterstellte. Beide erhielten in der Folge Strafbefehle über mehrere tausend Euro. Denen wurde natürlich widersprochen und das Ganze

ging zur Hauptverhandlung ans Amtsgericht Mülheim. Dort präsentierten die aussagenden Polizist*innen ihre Version der Geschehnisse so: Die beiden seien Zeug*innen einer vermeintlichen Straftat gewesen (obwohl sie bereits angegeben hatten nichts dergleichen beobachtet zu haben) und hätten deshalb ihre Personalien angeben müssen. Als sie die Herausgabe verweigerten, habe man sie sich unter Zwang holen müssen. Dummerweise hatten die Beamt*innen im Rechtskundeunterricht nicht so gut aufgepasst und wussten offenbar auch ein Jahr nach dem Vorfall noch nicht, dass man Zeug*innen – im Gegensatz zu Beschuldigten – nach Strafprozessordnung gar nicht gegen ihren Willen unter Zwang auf ihre Personalien durchsuchen darf. Dieser durch die Verteidigung eingebrachte Einwand überraschte nun auch die Staatsanwaltschaft. Sie musste hinnehmen, dass die ganze Maßnahme somit rechtswidrig war und forderte schließlich selbst den Freispruch für unsere nun verurteilte Kollegin. Im Fall des anderen Mitarbeiters, der durch die rechtswidrige „Kontrolle" so schwer verletzt wurde, dass er direkt per Rettungswagen ins Krankenhaus transportiert und dort u.a. genäht werden musste, klammerte sie sich an den Verurteilungswillen der nun durch angeblich erfolgte Beleidigungen zu rechtfertigen wäre. Die Richterin sprach schließlich die Kollegin frei und setzte das Verfahren gegen unseren Mitarbeiter erstmal aus.

Doch auch damit war die Geschichte leider noch lange nicht vorbei, denn vermutlich dämmerten auch Polizei und Staatsanwaltschaft, dass das Anerkennen einer rechtswidrigen Maßnahme durchaus Folgen für die eingesetzten Beamt*innen haben könnte. Schließlich hatten sie unsere Mitarbeiter*innen nicht unerheblich verletzt, ihnen unter Zwang und gegen ihren erklärten Willen Blut abnehmen lassen, sie diverse Stunden ihrer Freiheit beraubt, sie erkennungsdienstlich behandeln lassen und auch sonst noch diversen sexistischen und rechten Schikanen unterzogen. Beide hatten folglich im Anschluss an den Freispruch die am Einsatz beteiligten Polizist*innen wegen Körperverletzung im Amt angezeigt.

Also ging die Staatsanwaltschaft in Berufung, die sie nun mit einem Paragrafen aus dem Ordnungswidrigkeitengesetz begründete, nach dem die beiden zur Herausgabe ihrer Personalien verpflichtet gewesen sein sollten. Dieser lahmen Begründung, die vor dem Amtsgericht auch nicht einmal zur Sprache gekommen war, schien das Landgericht Duisburg im Berufungsverfahren allerdings erstmal nicht folgen zu wollen. Dennoch sagten alle dazu befragten Polizeizeug*innen unisono aus, man habe unsere Mitarbeiter*innen bezüglich der Ordnungswidrigkeit belehrt und veränderten somit teilweise ihre bereits am Amtsgericht gemachten Aussagen. Dabei gaben einige freimütig zu Protokoll, dass sie sich im Vorfeld ihrer Aussagen mit den betreffenden Kolleg*innen abgesprochen hatten. Es wäre also spätestens an dieser Stelle nicht allzu schwer gewesen, an der grundsätzlichen Glaubwürdigkeit der Polizei-Zeug*innen zu zweifeln. Dem aber nicht genug, trat nun zusätzlich der Polizeipraktikant auf den Plan und frisierte die Geschichte nochmal in eine ganz neue Richtung. Man habe unsere Mitarbeiterin gar nicht auf ihre Personalien kontrollieren wollen (das wäre ja rechtswidrig gewesen), sondern sie nur, als sie sich auf den bereits blutend und gefesselt am Boden liegenden Kollegen zubewegen wollte, in ein Gespräch verwickeln wollen, damit sie die polizeiliche Maßnahme gegen diesen (welchen Zweck auch immer die genau erfüllen sollte, denn auf seine Personalien durchsuchen durfte man ihn ja nicht) nicht stören könnte. Dies sei übliche Polizeitaktik. Dabei sei nun der Praktikant leicht geschubst worden, was dieser wie er angab zwar kaum wahrgenommen habe, aber dennoch handele es sich hier um einen tätlichen Angriff.

Das Polizei und Staatsanwaltschaft mit dieser frei erfundenen Geschichte erst zwei Jahre nach dem Vorfall rauskamen, als sie ihre juristischen Felle langsam endgültig davonschwimmen sahen, zeigt wie eng diese beiden vorgeblich unabhängigen Behörden in solchen Fällen zusammenarbeiten. Mit an Arroganz grenzender Selbstsicherheit werden Tatsachen vor Gericht verdreht, Aussagen abgesprochen, die Kolleg*innen gedeckt und die Polizei-Zeug*innen von der Staatsanwaltschaft auf die „korrekten" Aussagen eingestellt. Dass sie damit nun beim Duisburger Landgericht auch noch durchgekommen sind, macht die Sache leider nicht besser. Tatsächlich wird sie nun in einem Berufungsverfahren für einen vermeintlichen Straftatbestand verurteilt, der in dem zugrunde liegenden Amtsgerichtsverfahren nicht einmal ein Punkt in der Anklage war. Dort hießen die Anklagepunkte Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Beleidigung. Von einem tätlichen Angriff war keine Rede. In der Praxis wird die Verurteilte damit leider auch noch einer eigenen Berufungsinstanz beraubt. Da nun schon am Landgericht geurteilt wurde bleibt ihr nur noch das Rechtsmittel der Revision.

Tatsächlich fällt es uns schwer, bei so vielen offensichtlichen Widersprüchen und Ungereimtheiten in diesem Verfahren, das nun trotzdem zur Verurteilung unserer Kollegin führt, die offensichtlich in Ausübung ihrer Tätigkeit bei einem Kneipenabend im AZ den „Fehler" begangen hat, „freiwillig" mit der Polizei zu sprechen, nicht zynisch zu werden. Nur ist diese juristische Farce in bislang drei Akten (wir werden sehen wie viele weitere noch hinzukommen) leider überhaupt kein Einzelfall. Fast grundsätzlich werden Menschen, die Polizeigewalt erfahren und diese im Anschluss öffentlich thematisieren, mit Gegenanzeigen wegen angeblichen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte konfrontiert. Das soll der Einschüchterung der Betroffenen dienen und die gewalttätigen Beamt*innen aus der Schusslinie nehmen. Wir wollen uns aber nicht weiter einschüchtern lassen und unterstützen deshalb auch weiterhin unsere beiden im Juni 2019 von Polizeigewalt betroffenen Mitarbeiter*innen bei allen juristischen und öffentlichen Schritten. Solange die Verfahren laufen wird es weiter Solidaritätskundgebungen vor und eine kritische Prozessbeobachtung in den Gerichten geben. Und natürlich werden wir die Absurditäten dieser Verfahren auch weiterhin öffentlich machen.

Gegen Polizeigewalt und Repression!

AZ Mülheim, August 2021

Anmerkung: *Dass es sich bei dem Übergriff, um Bullen der Dienststelle handelt, die kurz nach dem Amtsgerichtsverfahren im September 2020, bundesweite Schlagzeilen durch das Auffliegen diverser Nazi-Chatgruppen machte, gibt der ganzen Sache eine besondere Note. Noch ist unklar, ob die im Juni 2019 am AZ eingesetzten Schläger*innen Teil des Alphateams oder einer der anderen widerlichen rechten Gruppen waren, auch wenn ihr Verhalten den Betroffenen gegenüber an diesem Abend einiges vorstellbar erscheinen lässt.*

Rache für Qosay Sadam Khalaf

Dokumentation: „Unser Gefühl schreit nach Rache. Rache für Qosay Sadam Khalaf. Aber welche Vergeltung ist angemessen für den Mord an einem jungen Menschen? Wie viele Bullenfahrzeuge und Wachen müssen brennen?

Es kann nicht gelingen. Wir handeln trotzdem.

In der Nacht zum 6. Juni 2021 haben wir, drei Monate nach dem Polizeimord an Qosay K., Feuer auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei in Bremen gelegt. Ein Reisebus und drei weitere Fahrzeuge der Bullen verbrannten zu Asche und Schrott. Es traf die Ausrüstung jener Schweine, die zur Durchsetzung von Repression in die Stadt geschickt werden. In so vielen Momenten stehen wir den Bereitschaftsbullen mit Hass und Ohnmacht entgegen.

Die Sabotage ist ein würdevoller Angriff gegen den übermächtigen Feind.

Die Bullen ernten unseren Hass, weil sie die Verhältnisse aufrecht erhalten. Jede Struktur der Ungleichheit wird durch die Gewalt der Polizei verteidigt. Die rassistische Praxis der Aufenthaltsgenehmigungen und Abschiebungen. Die Gleichzeitigkeit von Luxuswohnungen und Obdachlosigkeit. Die Ordnung der Wirtschaft nach Konkurrenz und Profit. Je härter die gesellschaftlichen Widersprüche, desto brutaler werden sie von den Bullen geschützt. Die Polizei ist der treueste Freund der Wohlhabenden in einer durch Armut und Ausbeutung geprägten Welt.

Die Bullen ernten unseren Hass, weil sie die Verhältnisse verkörpern. Sie tragen die Uniform freiwillig. Sie entwickeln Freude an Machtmissbrauch und Erniedrigung. Sie finden in der legalen Gewaltorgie ihre Verwirklichung. Sie befehlen. Sie gehorchen. Sie morden.

Der Aufschrei von Medien und Regierenden war zu erwarten. Die Stille nach den Morden an Qosay K. und Mohamed Idrissi dröhnt im Nachklang um so deutlicher. Wenn Mäurer in den Medien von einem Angriff auf „unsere“ Sicherheit schwadroniert, fragen wir uns, wessen Sicherheit damit gemeint sein kann? Was ist das für eine Sicherheit, wenn nicht klar ist ob Menschen eine Drogenkontrolle oder Wohnungsbegehung überleben? Nein, das ist nicht „unsere“ Sicherheit. Damit kann nur die Sicherheit der Herrschenden gemeint sein.

Die Wut gegen die Bullen wächst mit jeder Kontrolle, jeder Schikane, jedem Schlag und jedem Mord. Aus Wut kann Widerstand wachsen. Mögen die Steine ihr Ziel treffen und die Feuer unsere Nächte erhellen.

Qosay Sadam Khalaf – das war Mord!“

anonym

RAZ/RL/radikal Komplex – Solidarität?

Enttäuscht blicken wir auf den 08.06.21 zurück: um 13 Uhr startete der Prozess gegen Cem, angeklagt im Kontext des RAZ/RL/radikal Komplex. Ab 12 Uhr gab es vor dem Gericht eine Kundgebung – diese wurde im Zeitraum von 12-16 Uhr von maximal 30-40 Teilnehmer*innen besucht.

Cem soll als Mitglied der Revolutionären Aktionszellen (RAZ) / revolutionäre Linke (RL) an der Durchführung von Aktionen gegen das Haus der Wirtschaft, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und das Amtsgericht Wedding beteiligt gewesen sein.

Damals wurde mithilfe des §129 („Bildung einer kriminellen Vereinigung“) neun Beschuldigten vorgeworfen, die RAZ und die RL gebildet und an Ausgaben der Zeitschrift „radikal“ mitgearbeitet zu haben. Dass in diesem Zusammenhang ermittelt wurde, ist seit dem 22. Mai 2013 bekannt gewesen. An diesem Tag fanden insg. 21 Hausdurchsuchungen in Berlin, Stuttgart und Magdeburg statt.

Die im September 2018 verschickte Anklageschrift an Cem richtete sich nur noch gegen ihn, Ermittlungsverfahren gegen andere Personen wurden eingestellt. Bereits eine Trennung der Ermittlungsverfahren 2016 ließ vermuten, dass eine Anklage wegen §129 nicht haltbar sein würde und so lautet nun der Vorwurf Brandstiftung in drei Fällen. Mithilfe des §129 wurde aber über einen langen Zeitraum so gut wie jegliche erreichbare Kommunikation der Verdächtigen ausgespäht, ihr Verhalten beobachtet, gefilmt und es wurde versucht, verdeckt DNA–Material zu erhalten. Damit unterscheidet sich dieser 129er wenig von vielen anderen. Der Paragraph wird dazu genutzt, mit einem extrem hohen Überwachungsaufwand Personen auszuspähen und in Strukturen zu schnüffeln, um möglichst viel über sie herauszufinden. Diese Schnüffeleien betreffen oft allumfassend das Leben der Betroffenen, deren Freund*innen und deren Umfelder. Daher stellt jedes 129er Verfahren einen Angriff auf uns alle da.

Welche Folgen diese Form der Repression haben kann, zeigt der Tod von der damals Mitbeschuldigten Alex: sie nahm sich, auch in Folge des ausgelösten massiven psychischen Druck, das Leben.

Unseres Eindrucks nach herrscht darüber kollektives Schweigen. Dieser Eindruck setzt sich in unserer Beobachtung des Nichtverhaltens unserer Strukturen, z.B. im Ausdruck der geringen Kundgebungsteilnehmer*innenzahl am 08.06.21, fort.

Deswegen stellen wir an dieser Stelle bewusst die Frage: Was braucht es für eine linke Szene, um sich solidarisch zu zeigen? Diese Frage ist tatsächlich ernst gemeint. Im Dezember 2020 veröffentlichten wir eine Kritik über den Umgang mit Repression innerhalb unserer Strukturen – an der Kritik hat sich bis heute nichts geändert.

Auch derweil sprießen wieder neue 129er aus dem Boden, wie zum Beispiel der um Berlin/Athen oder der aus Leipzig. Wenn unsere Antwort auf ihre Repression derartig schweigsam ist, sollten wir uns in unseren Strukturen die obige Frage stellen und an ihrer Antwort arbeiten. Braucht es mehr öffentliche Wahrnehmung? Emanzipatorische Strukturen und Freundschaften? Braucht es starke Umfelder für Betroffene, welche den Druck eines solches Verfahrens mittragen können? Was müssen wir tun, um das zu erreichen? …

In Anbetracht des von uns wenig wahrgenommenen Interesses für dieses Verfahren und deren Folgen, wäre es unserer Meinung nach wichtig, sich eben diese und auch viele weitere Fragen zu stellen. Nicht nur, weil wir uns auch in Zukunft mit ähnlichen Verfahren auseinandersetzen müssen. Sondern vor allem auch, weil sich der Tod von Alex nicht wiederholen darf. Dafür tragen wir alle die Verantwortung.

Redet also darüber, sprecht offen über Ängste, Sorgen, Gedanken und Emotionen innerhalb eurer vertrauten Kreise. Der offensive Angriff gegen ihre Repression beginnt mit einem offenen, ehrlichen Dialog zwischen uns und sollte in Verständnis, Unterstützung, Kritik, Austausch, Diskussionen und Solidarität münden.

Solidarität mit Cem! Solidariät mit allen 129er!
Erinnern heißt kämpfen – für Alex und alle durch Repression Ermordeteten!

Infos zum Verfahren und zum Hintergrund:
http://soligruppe.no129.info
Infos zum Prozess und Prozessberichte:
https://panopticon.blackblogs.org/prozess-raz-rl-radikal/

Criminals for Freedom

Gefährliche Freundschaften

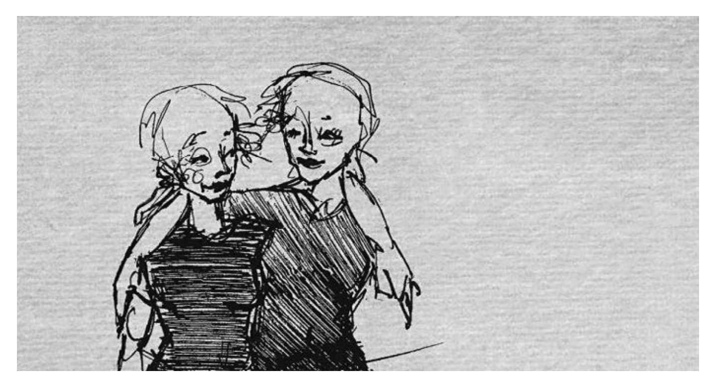
Erste Erkenntnisse aus über einem Jahrzehnt BKA-Verfahren

Am 27.02.2020 werden zwei Freundinnen am Flughafen und auf der Arbeit vom BKA abgefangen, um ihnen an Ort und Stelle DNA abzunehmen. Der richterliche Beschluss beschuldigt sie der Brandstiftung an Autos der Deutschen Bahn vor etwa zehn Jahren. Danach werden den zwei Betroffenen zehntausende Seiten Akten zugesandt. Diese umfassen Ermittlungsverfahren aus über 15 Jahren, davon sind einige eingestellt. Die hier geschilderten Inhalte beruhen ausschließlich auf den uns vorliegenden Akten. Gegen die Beschuldigten und ihr Umfeld wird jahrelang ermittelt. Sie werden in immer neuen Bezugsrahmen zu Verdächtigen, Beschuldigten, und zu "geistigen Brandstifterinnen".

Das BKA versuchte ein §129-Verfahren zu eröffnen ("Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung"), was nach Kenntnisstand der Akteneinsicht im April 2020 von der Staatsanwaltschaft abgelehnt wurde. Trotz zehntausender Seiten gibt es große Lücken.

§129 – kennen wir schon

Momentan laufen bundesweit verschiedene Strukturermittlungsverfahren. Der Staat benutzt unter anderem den §129 um Strukturen, Freundeskreise und private Leben einzuschüchtern und zu überwachen. Diese Verfahren in Frankfurt, Leipzig, Hamburg, Berlin und die Verurteilungen gegen die 3 von der Parkbank sind nur ein Teil der Repression, die widerständige Strukturen unterdrücken soll. Bullen, Gerichte und Politiker*innen treiben diese Verfahren voran. Wir halten nichts von der Justiz und lehnen den Staat und das Konzept der Strafe ab. Staat und Strafe sind Teil von Herrschaft und damit von vielen sozialen Problemen, wie zum Beispiel Armut. Dies steht einem freien und glücklichen Leben entgegen. Wir wehren uns nicht gegen ihre Vorwürfe, sondern gegen die Repression. Die Akten erfreuten uns in vielen Momenten, weil in ihnen Akte des Widerstands dokumentiert wurden, in denen Aktionen gegen die herrschenden Verhältnisse sichtbar sind.



Wir als Soliumfeld wollen das Verfahren gegen die beiden Betroffenen begleiten.

Spekulationen und Getratsche helfen den Repressionsbehörden! Keine Kooperation mit Behörden! Keine Aussagen! Keine Gerüchte!

Das Haar in der Tüte

Im Rahmen von Aktionen gegen den Polizeikongress wurde das SWP (Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit – Stiftung Wissenschaft und Politik) in Berlin am 02.02.2010 mittels einer "Detonation" angegriffen. In der Interim 705, ist unter dem Titel "Neuro-Enhancer für die Schreibtischtäterinnen des SWP – Soziale Kontrolle sabotieren und den Polizeikongress angreifen" eine Erklärung zu dieser Aktion abgedruckt: Gegen „ihre blutige und kriegerische Forschung

unter dem Denk- [sic!] mantel der zivil-militärischen Zusammenarbeit und der friedensbringenden Bombadierpolitik" (linksunten.indymedia.org).

Im gleichen Jahr fand in Berlin eine Hausdurchsuchung statt – Vorwurf: "Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion" am SWP "u.a. Straftaten", zeitgleich lief gegen die beschuldigte Person auch ein 129er Verfahren.

Bei dieser Durchsuchung wurde neben anderen Sachen eine Tüte beschlagnahmt, in der sich unterschiedliche Dinge wie Handschuhe, Kassenbons, Tierhaare, eine Erklärung zu Brandanschlägen auf DB-Autos, Tierprospekte und menschliche Haare befunden haben sollen. Bei der DNA- Analyse der Haare wurde eine weibliche DNA festgestellt, die nicht der Person zugeordnet wurde, deren Wohnung durchsucht worden war. Die Bullen versuchten weitere Personen zu ermitteln und suchten fortan nach der Trägerin der weiblichen DNA.

Brennende DB–Autos

Am 23. und 24. April 2010 gab es in Berlin-Prenzlauer Berg und Kreuzberg Brandstiftungen an Autos der Deutschen Bahn. Laut Bullen wurde ein Bekenner*innenschreiben hinterlassen und auf Indymedia veröffentlicht: "Unsere militante Intervention unterstützt die Forderung nach Entschädigung für Opfer des NS-Regimes und ihre Angehörigen." Diese beiden Aktionen wurden in einem Ermittlungsverfahren zusammengeführt (DB-Verfahren).

Das BKA ermittelt

Das BKA ermittelte im Rahmen des DB-Verfahrens weiter gegen das Umfeld der Beschuldigten, deren Wohnung durchsucht worden war. Mit sog. "strafprozessualen Maßnahmen" und Ermittlungen wurden 140 "Kontaktpersonen" ermittelt. Diese Massnahmen umfassten laut Akten die Überwachung des Festnetztelefons und des Handys der Beschuldigten (TKÜ- Telekommunikationsüberwachung), Auswertung der Verbindungsdaten der Telefonanschlüsse und Email-Accounts, polizeiliche Erkenntnisse wie gemeinsame Festnahmen, vorgeworfene Straftaten, Meldedaten, Reisebewegungen, Personal- und Grenzkontrollen, Auswertung des Terminkalenders, Observationen, Auswertung der Kontounterlagen, Knastbesuche (die Beschuldigte war in der Vergangenheit im Knast).

Von 140 vermeintlichen "Kontaktpersonen" wurden aufgrund von Häufigkeit und der Intensität der Kontakte 18 weibliche Personen als angeblich "engere Kontaktpersonen" identifiziert. Darunter die beiden Freundinnen. Dies brachte den Bullen keine Erkenntnisse zur Herkunft des Haares. Zwei Jahre später änderte sich was…

War starts here – let's stop it here!

"Kommt zum internationalen antimilitaristischen Camp gegen das Gefechtsübungszentrum der Bundeswehr (GÜZ)! Das GÜZ ist für Bundeswehr, NATO und EU ein zentraler Ort. Hier beginnt der Krieg, der weltweit geführt wird. Wir wollen das Camp zu einem zentralen Ort der Bündelung antimilitaristischer Kämpfe machen. […] Krieg beginnt hier, wir wollen ihn hier markieren, blockieren, sabotieren!" Aufruf zum WarStartsHere-Camp 2012 (autonomesblaettchen.noblogs.org).

Auf dem Gefechtsübungszentrum Altmark (GÜZ) wurden im Jahr 2012 Taschen mit Farbfeuerlöschern gefunden. Das LKA Sachsen-Anhalt nahm Ermittlungen wegen Hausfriedensbruch, bzw. "Versuchter Sabotage an Wehrmitteln" auf. Die gefundenen Sachen wurden auf DNA untersucht. Angeblich gab es einen Spur-Spur-Treffer (3) mit der unbekannten DNA vom Haar in der Tüte (Hausdurchsuchung 2010 in Berlin) .

Nach dieser DNA- Treffermeldung nahm das LKA Sachsen Anhalt die "18 engen weiblichen Kontaktpersonen" des BKA unter die Lupe, auch die beiden Freundinnen. Wegen ihres Engagements gegen das GÜZ und dem angeblichen Kontakt zu einer*m Beschuldigte*n in dem Verfahren der „Versuchten Sabotage" (GÜZ) gerieten die beiden verstärkt ins Visier. Die Staatsanwaltschaft Stendal nahm die beiden Freundinnen als Beschuldigte in das Verfahren (Versuchte Sabotage GÜZ) auf. Außerdem wurden DNA-Abnahmen und Hausdurchsuchungen beantragt. Das Amtsgericht Stendal lehnte beides 2014 ab.

Oury Jalloh, das war Mord!

In Berlin-Neukölln fand zum 10. Todestag von Oury Jalloh, der 2005 in einer Bullenwache in Dessau ermordet wurde, eine Demo mit Glasbruch/Sachschaden statt. Auf Indymedia findet sich ein Bericht dazu: "Für gestern, den 10.01., hatten wir zu einer Demonstration in Neukölln aufgerufen um Ourys Ermordung auch zehn Jahre nach der Tat öffentlich zu skandalisieren und seine Mörder und die rassistischen Verhältnisse zu benennen. […] "

Das LKA Berlin leitete ein Strafverfahren wegen "besonders schwerem Landfriedensbruch und gefährlichem Eingriff in den Straßenverkehr" ein. In der Nähe wurden Dinge wie Pflastersteine oder Farbbeutel eingesammelt und auf DNA-Spuren untersucht.

Eine gefundene und analysierte weibliche DNA wurde in die DNA-Datenbank eingespeist: Es soll zu zwei Spur-Spur-Treffern gekommen sein: mit der DNA des Haares in der Tüte (bei der Hausdurchsuchung 2010) und mit der 2012 auf dem GÜZ gefundenen DNA (Versuchte Sabotage GÜZ).

Was geschah in der Schweiz?

Im Juli 2015 wurde die Person, die die Hausdurchsuchung 2010 in Berlin hatte, in der Schweiz festgenommen und wegen mehrerer Aktionen zu 3,5 Jahren Knast verurteilt. Laut Akten und Medienberichten kooperierte die Person, und gab diese Taten zu. Obwohl sie anscheinend keine Namen nannte, wurde durch ihre Aussagen klar, dass weitere Personen beteiligt waren.

Von den Treffermeldungen…

Nach den DNA Spur-Spur-Treffermeldungen (Haar in der Tüte, GÜZ, Oury-Jalloh-Demo) nahm die Staatsanwaltschaft Berlin auf Anregung des BKA im Juli 2016 das DB-Verfahren wieder auf. Die Strafverfolgung

wurde dem BKA übertragen. Auf der Suche nach angeblichen Mittäter*innen der beschuldigten Person wurde wieder u.a. gegen die 18 "engen weiblichen Kontaktpersonen" ermittelt. Das BKA fragte bei LKA's und Verfassungsschutzämtern nach allgemeinen polizeilichen Erkenntnissen, solchen mit zeitlichem und örtlichem Zusammenhang mit der versuchten Sabotage an Wehrmitteln (GÜZ) und der Oury-Jalloh-Demo in Neukölln. Meldeadressen und Strafregistereinträge wurden eingeholt. Es wurden bei einigen Betroffenen zusätzlich Auskunftsersuchen an zahlreiche Behörden, wie Jobcenter und Rentenversicherung, sowie bei Arbeitgeber*innen gestellt, um persönliche Informationen zu ermitteln (Telefonnummern, E-Mail-Adressen).

Auch die Bankkonten einzelner Personen wurden ausgewertet und Auskunftsersuchen an Internetforen, Deutsche Bahn usw. gestellt, um weitere Angaben zur Person, wie genutzte Rufnummern und Accounts, andere Kontoverbindungen, Kartenverträge, Zahlungsmodalitäten herauszufinden…

Bis ins Jahr 2019 finden sich in den Akten diese Anfragen zu den "18 engeren weiblichen Kontaktpersonen" und zu Personen aus dem Umfeld der Beschuldigten.

Im Zuge der Ermittlungen wurden im Juli 2017 die Freundinnen als weitere Beschuldigte im DB-Verfahren eingetragen.

…zur DNA–Abnahme

Im April 2019 regte das BKA an zu prüfen, ob der Tatvorwurf um den einer kriminellen Vereinigung nach §129 erweitert und das DB-Verfahren mit dem GÜZ- und Oury-Jalloh-Verfahren verbunden werden könne.

Außerdem wollten sie eine DNA-Abnahme und erkennungsdienstliche Behandlung, Hausdurchsuchungen und Überwachungsmaßnahmen gegen die beiden Freundinnen erwirken. Diese Maßnahmen (Überwachung ihrer Handynummern, der IMEI (1), ihrer E-Mailadressen, längerfristige Observation, Einsatz von IMSI-Catchern (2) und Stiller SMS) sollten offiziell drei Monate dauern und angeblich verwertbare Informationen zu ihren Aufenthalts- und Wohnorten ergeben. Bei den Hausdurchsuchungen sollte gezielt nach Gegenständen oder Unterlagen/ Datenträgern gesucht werden, die Informationen über andere Personen ergeben.

Die Staatsanwaltschaft Berlin lehnte alles bis auf die DNA-Abnahmen ab. Die wurden im November 2019 vom Amtsgericht Berlin beschlossen und im Februar 2020 durchgeführt. Die Einspeisung in die DAD (4) soll Treffer mit der DNA vom GÜZ, vom Oury Jalloh- Verfahren und der Haarspur in der Tüte von der Hausdurchsuchung 2010 ergeben haben.

Einschätzung zum Ausmaß der Ermittlungen

Die Einschätzung erfolgt anhand der in den Akten vorliegenden Begründung des BKA zur DNA-Entnahme und -Einspeisung.

Zentral in der Begründung ist die Bekanntschaft zur ersten Beschuldigten im DB-Verfahren. Nach den DNA-Treffern auf dem GÜZ wird gegen das antimilitaristische Engagement der zwei Freundinnen ermittelt. Es wird ein riesiges Konstrukt aus Bekanntschaften (z.B. anhand gemeinsamer Kontrollen) und zu anderen Beschuldigten in anderen Verfahren im Bereich Antimilitarismus aufgebaut. Im weiteren Verlauf werden aus Vorwürfen, und eingestellten oder nie eröffneten Verfahren, Tatsachen. Damit soll die Einschätzung begründet werden, dass eine "Wiederholungsgefahr" und Ausübung von "Straftaten von erheblicher Bedeutung" bestünden, die nach §81g StPO für eine DNA-Speicherung gegeben sein müssen. Über die Akten bekamen wir Kenntnis von weiteren Ermittlungsverfahren, in denen die Beiden als Beschuldigte geführt wurden und werden. Es handelt sich dabei um Verfahren zu antimilitaristischen Aktionen, eines davon mit dem Vorwurf der Brandstiftung erheblichen Ausmaßes. Der Bezug auf militante Aktionen bei einer öffentlichen Veranstaltung lässt die beiden für die Bullen zu "geistigen Brandstiftern" und Beschuldigten werden.

Der Umfang der Ermittlungen geht über das hier Beschriebene weit hinaus! In den Akten tauchen zig Personen und Verfahren auf. BKA und LKAs versuchten in den letzten zehn Jahren herauszufinden und zu konstruieren, wer mit wem was gemacht hat, wer zusammen festgenommen oder kontrolliert wurde, wer zusammen Grenzen überquert hat, auf Camps oder Demos im In- und Ausland war. Wer hat mit wem telefoniert, ist wann oder wohin Zug oder Fernbus gefahren?

Wir gehen von Strukturermittlungen aus, um Kontakte und Netzwerke zu durchleuchten. Wir gehen auch davon aus, dass die Polizeiliche Beobachtung der beiden Freundinnen anhält.

Wir haben keine Kenntnis von weiteren Ermittlungsschritten seit der Einspeisung der DNA in die Datenbank, weder im DB- noch in anderen Verfahren.

Wir benutzen das Wort "Freundinnen", weil es für das BKA immer wieder als ein Indiz für „kriminelle Unternehmungen" aufgeführt wird, wenn wir Freundschaften zueinander pflegen. Mit "Einige sind betroffen, gemeint sind wir alle" rufen wir hiermit zu mehr gefährlichen Freundschaften und Solidarität auf!

(1) Mobile Equipment Identity erklärt auf Wikipedia
(2) IMSI-Catcher erklärt auf Wikipedia
(3) Spur-Spur-Treffer: Übereinstimmung von Spuren/Merkmalen an zwei verschiedenen Tatorten
(4) DNA-Analyse-Datei: ist eine 1998 zur Speicherung von DNA -Profilen eingerichtete Datenbank für Deutschland. Wird vom Bundeskriminalamt (BKA) zentral betrieben und auch von anderen Polizeien benutzt.

gefaehrlichefreundschaften.noblogs.org

Gedanken zum konkreten Umgang mit Repression und Solidarität

Manchmal kommt die Repression mit dem Stiefel in der Fresse und der Knarre am Kopf, sie zerrt einen nackt auf den Boden, und manchmal kommt sie schleichend immer wieder alle Monate oder Jahre. Angesammelte Anzeigen, manchmal auch mit jahrzehntelangen Ermittlungensverfahren verbunden, führen teils noch nicht einmal zu einem Prozess, sondern zu Konstrukten und wieder neuen Ermittlungen. Ab und an kommen dicke Verurteilungen und auch Knast kann eine Folge sein.

Das vornehmliche Ziel von Repression ist eine Schwächung, indem die sich Betroffenen "mit sich selbst", also mit der sie betreffenden Repression beschäftigen müssen. Sie soll möglichst vereinzeln und einschüchtern, sie soll zukünftige Aktivitäten verhindern oder mindestens erschweren, sie soll also erziehen. Ein Warten auf mögliche Repression ist ein oft belastender Zustand, wenn sie sich schon angedeutet hat. Aber auch die Angst von Bezugspersonen, selbst ins Blickfeld der Repressionsbehören zu geraten, ist reell und benötigt gemeinsame Auseinandersetzungen, um solidarisch und handlungsfähig zu bleiben.

Mit Repression ist immer zu rechnen, wenn man sich gegen die bestehenden Verhältnisse wehrt, denn sie sichert die bestehenden Machtverhältnisse. Repression ist das Druckmittel der Herrschaft zum Schutz des Eigentums – ein Grundstein dieser Gesellschaft der Ausbeutung und Fremdbestimmung. Sie ist auch das, was uns tagtäglich umgibt. Sie ist der alltägliche Druck und Zwang, gesetzeskonform zu funktionieren und drängt einem somit auf, die schwer zu findenden Lücken im System zu erobern.

Erfahrungen haben gezeigt, dass man sich selbst belügen würde, wenn man davon ausgeht, staatliche Repression immer präventiv abwenden zu können. Jeder Moment, jede Entscheidung, jeder Bruch, welcher dazu beiträgt sich gegen das Bestehende zu wehren, kann Konsequenzen haben.

Ein Bewusstsein und die Diskussion über Repression und ihre Konsequenzen vorher könnten jedoch ermutigend und stärkend sein. Darum soll es in diesem Text gehen. Nicht alle Formen der Repression und Unterdrückung können hier Thema sein, weil dieser Text mit einem bestimmten Fokus und aus persönlichen Erfahrungen heraus verfasst wurde.

Häppchenrepression

So war es zumindest für uns ermutigend in den letzten Jahren den Umgang mit der "Häppchenrepression" zu diskutieren und ihr auch offensiv zu begegnen. Mit "Häppchenrepression" meinen wir die vielen Strafzettel, Anzeigen und Prozesse, die meist "nur" zu kleineren oder größeren Geldsummen durch staatliche Repression führen, aber in ihrer Summe, also Anhäufung bei einzelnen Personen oft zu Isolierung durch indirektere (weil nicht direkt mit Haft oder Strafe etc) Repression geführt haben. Klammheimlich laufen die Verfahren und Prozesse ohne viel Aufmerksamkeit nebenher und alle bezahlen ihre kleinen Summen für sich selbst.

Vergessen wurden dabei all zu oft die Möglichkeiten, dem Normalzustand im Kapitalismus gemeinsam etwas entgegenzusetzen – sich auf Freund*innen zu verlassen statt auf Geld. Und vor allem auch, aus gemeinsamen Auseinandersetzung zu lernen und neue Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen. Oft verbauen wir uns Wege, den Träumen und einem selbstbestimmten solidarischen Leben konsequent näher zu kommen.

Offene Auseinandersetzungen und Diskussionen über Deals und Einlassungen, sowie Aufrufe zu Prozessen für "Häppchenverfahren" erzeugten Öffentlichkeit und zeigten Widerstand gegen die Staatsgewalt und das kapitalistische System auf. Solidarität konnte praktisch werden, indem sich Menschen vor und in den Gerichten einfanden oder Prozesse praktisch durch direkte Aktionen begleiteten. In einigen von uns verbreitete sich dadurch vermehrt das Gefühl Teil einer "Bewegung" zu sein. Gute Beiträge dazu findet man in der Broschüre OUTLAW (freethemall.noblogs.org).

Hast du an alles gedacht?

Direkt spürbare Repression durch ermittelnde Bullen sind Hausdurchsuchungen, DNA-Entnahmen, U-Haft oder sonstige Aufforderungen. Sie dienen zur Einschüchterung, der angeblichen Beweissicherung, für Strukturermittlungen und Organisierungslähmung. Diese Maßnahmen versetzen eine*n selbst nicht selten in ein lähmendes Warten. Das passiert allein schon, weil du nicht beantwortbaren Fragestellungen ausgesetzt bist: Was kommt da jetzt oder später, kommt nochmal eine Aufforderung zu sonst was, welches Konstrukt trägt zu welcher möglichen Repression bei, weitere Hausdurchsuchungen, Prozesse oder Knast? Immer wieder die gleichen Schleifen im Kopf. . . Diese Fragen sind auch deshalb schwer zu ertragen, weil du auf mögliche unangenehme Überraschungen vorbereitet sein möchtest. Nun also: hast du an alles gedacht? Wer kümmert sich im Fall XY erst einmal um die Katze, wer bezahlt die Miete für die Zwischenzeit, wer sagt wem Bescheid, welche Anwält*in wird verständigt und wer darf welche Infos bekommen? Auch wenn manche Szenarien weit entfernt vorkommen – sprich schon jetzt mit deinen Freund*innen und Bezügen, was passieren soll, wenn du mal plötzlich nicht mehr kannst wie du willst!

Antirepression

Kommt die Repression unangekündigt aus dem vermeintlichen Nichts, dann ist es erst mal wichtig, sich zu sammeln. Anwält*innen anrufen, mit denjenigen Freund*innen reden mit denen du im Alltag sowieso immer offen Kontakt hast, Wege finden, wie Menschen, die mit dir in Verbindung stehen wichtige Informationen erhalten, Papie-

re lesen, sich fragen, was hat das mit mir oder anderen zu tun, mit wem möchte ich das jetzt teilen? Klären wer möchte auf welche Art und Weise was mit dir teilen? Wobei immer klar sein muss, dass staatliche Überwachung nach Repressionsschlägen oft besonders hoch ist und sie interessiert daran sind, was danach und davor so passiert.

Was macht Sinn zu veröffentlichen? Die Repressionsbehörden sind in sich fies, intrigant, willkürlich und nutzen oft vieles für neue Konstrukte. Veröffentlichungen müssen also gut bedacht sein. In Beschlüssen und Erkenntnissen gegen dich können auch vermeintliche Fehler sein. Es macht immer Sinn vorher verschiedene Szenarien durchzuspielen und es sei dir eine tolle Bezugsgruppe gewünscht, ein Freundeskreis wo du solche Themen im Vorfeld schon oder im Notfall besprechen kannst. Am besten verlässliche Menschen um dich herum, die aktiv mitüberlegen. Vielleicht kennt ja eine*r von ihnen eine Person die bereits entsprechendes erlebt hat, oder im ärgsten Fall Knasterfahrungen hat. Es gibt viel Material von Soligruppen und Antirepressionsstrukturen, außerdem Lesematerial von anderen Fällen und ihren Auseinandersetzungen.

Repression funktioniert außerdem oft weniger gut bei Menschen, die die staatlichen Angriffe verstehen und ihnen vor allem mit einer klaren Haltung gegenüber stehen. Das heißt, dass eine klare Positionen gegen die gesamte Scheiße gut tut und deinem Umfeld erleichtert gezieltere Solidarität zu praktizieren. Sei es in den Gesprächen mit Anwält*innen, solidarischen Texten oder Aktionen.

Sicherheit adé

Es gibt keine Sicherheit. Gesetze und Unterdrückungsmethoden verschärfen sich andauernd. Doch soll das kein Argument sein, keine Sicherheitsmaßnahmen zum eigenen Schutz auf zu bauen. Es macht Sinn, Kommunikation im ruhigen konspirativen Rahmen zu planen, Spuren zu verhindern, sei es im elektronischen oder körperlichen Sinne, keine Wanzen wie Telefone bei sich zu tragen, so oft wie möglich die eigenen Daten zu verweigern, sei es für ein Ticket, einen Einkauf oder bei Ebay und Amazon sowieso. Eigene Sicherheitsmaßnahmen können ruhige Nächte verschaffen oder etwas Selbstkontrolle geben. Aus vergangenen Ermittlungen wurde klar, dass die Bullen auch Fehler machen, dass sie nicht immer die beste Technik einsetzen und dass auch Kosten oft eine Rolle spielen.

Und dass sie Schwierigkeiten haben, wenn klassische Ermittlungsmethoden durchkreuzt werden, wie beispielsweise durch den Mangel an hinterlassenen Daten. Dass sie dann jedoch auch nochmal intensivere Methoden ansetzen ist eine Erfahrung. Was wir jetzt schon sagen können: sie schnüffeln tief, unangenehm nah und intim, aber dennoch wissen sie nicht alles.

Schweigen, aber nicht verstummen

So schwer es fällt Begegnungen ohne Antworten auszuhalten und Neugierde unbefriedigt zu lassen, ist Schweigen jedoch der erste Schritt, um Spekulationen zu vermeiden. Denn es ist gefährlich, wenn sich alle möglichen Leute – Neuigkeiten sprechen sich schnell herum – über Taten, angebliche Schuldige oder ähnliches unterhalten. Man bringt andere damit in Gefahr, sei es durch die anscheinende Erhärtung von Bullenbehauptungen oder durch angeblich neue Wahrheiten. Spekulationen darüber wer, wie, was verraten viel von beschränktem oder wirklichem Wissen über Raum, Zeit und Taten. Kein Wissen, dass du mit Bullen teilen solltest.

Bewahrt Ruhe und schafft euch technikfreie Räume, wo ihr sicherer und ohne Hektik über vieles offener sprechen könnt, als in eurer Küche, Kneipe oder vor eurer Haustür, etc. Wer es denn nun gewesen sein könnte oder über sonstige sensible Themen, die direkt auf die angebliche Wahrheit der Bullenkonstrukte eingehen und unter Umständen doch mitgeschnitten werden könnten, sollten besser gar nicht besprochen werden. Konkretes zu Taten gehen nur diejenigen etwas an, die selbst beteiligt waren!

Schweigen bedeutet jedoch nicht verstummen. Mit wem ihr sowieso offen Kontakt habt, könnt ihr alle öffentlichen Schritte und auch persönliche Unterstützung besprechen! Und ob man sich beispielsweise in der Öffentlichkeit zu den Vorwürfen verhalten will oder sich in einem Prozess positiv auf vorgeworfenen Taten beziehen möchte, egal ob man es nun war oder nicht, kann man sich später immer noch überlegen.

Solidarisches Schweigen von den anderen kann sich auch in kleinen Hilfsangeboten ausdrücken, wie beispielsweise eine Umarmung oder vielleicht ein Abendessen. Schön, wenn man das Gefühl vermittelt, dass Solidarität stärker sein kann als die Angst dann selbst in den Fokus zu geraten. Im Endeffekt bedeuten diese schon den ersten Schritt gegen ihre Repression. Du bist nicht allein. Deine Freund*innen halten zu dir. In der Ruhe könnt ihr dann gute Entscheidungen treffen, welche Informationen für weitere Personen wichtig sein könnten, zum Beispiel welche Maßnahmen gegen dich gelaufen sind und andere dementsprechend betreffen könnten. Oder Personen die in den Akten auftauchen, welche enger im Fokus stehen und Bescheid wissen sollten.

Hier liegt ebenfalls eine Chance die aktuelle Repression umzuwerten, Eitelkeiten der manchmal kruden Anerkennungskultur und skandalheischende Neugier zu zügeln und Vertrauen zu verbreiten. Lasst nicht zu, dass die Repression in ihrem Sinne wirksam wird, lasst kein Misstrauen aufkommen.

Fehler

Manchmal werden Einzelpersonen Vorwürfe für ihre vermeintlichen Handlungen gemacht, sie werden ausgeschlossen und isoliert, anstatt sie kritisch-solidarisch in ihrem Vorhaben zu bestärken, diesem Staat ans Bein zu pissen. Ja, es werden Fehler gemacht. Manchmal solche die Wut auslösen, manchmal auch solche die unsere Gefühle verletzen oder sich und andere in Gefahr bringen, also ein Sicherheitsrisiko darstellen. Na klar haben alle ihre Grenzen und Verrat beispielsweise verdient keine Unterstützung, da er eine Unterstützung der Repression gegen Andere bedeutet. Oft gibt es aber auch bei wesentlich kleineren Fragen und Vorgehensweisen Konflikte.

Soliarbeit ist anstrengend und aufwändig, darin ist auch viel emotionale Arbeit und Rücksicht gefordert. Aber auch ein guter Raum neues zu lernen, insbesondere auch darüber, verantwortliche Beziehungen aufzubauen und sich umeinander zu kümmern. Wie Kritik formuliert wird und wann sie angebracht ist, braucht ein gewisses Feingefühl und vor allem eine selbstkritische und grundsätzlich solidarische Ebene, sofern die eigenen Grundsätze natürlich nicht verlassen wurden.

Angst

Wer es bei sich selbst oder im Bekanntenkreis schon mal erlebt hat, weiß von der Angst zu sprechen, die dazu führt, dass Leute sich abwenden und Sorgen haben selbst auf das Radar der Schnüffler*innen zu geraten. Wird diese Angst unterdrückt, ist sie nicht verschwunden, sondern unsichtbar und gefährlich. Eine Suche nach einem gemeinsamen Umgang kann helfen damit umzugehen. Woher kommt die Angst? Das eigene Leben und die eigenen Räume nicht als behütete Schutzräume zu denken ist kein leichter Schritt. Sind die Gefühle und Ängste jedoch einmal in ihrer Nacktheit entkleidet, fällt es viel leichter, sie in die Idee vom Kampf um Befreiung in unseren Alltag mit ein zu binden.

Bei Repression spiegeln sich die Verhältnisse und unsere eigene Verstrickung in die kapitalistischen Zustände wider. Isolierung, Vereinzelung, Konkurrenz, Hierarchien, Ausschluss, etc. sind alltägliche Strukturen unserer Gesellschaft, auf Grund dessen die alltägliche Kontrolle des Staates und der Erhalt des angeblichen sozialen Friedens überhaupt erst möglich sind. Die Kämpfe dagegen sind die Gründe, weshalb der Staat angreift. Genauso wichtig wie der Angriff auf Institutionen der Herrschenden ist der Angriff auf die Art und Weise, wie Beziehungen in unserer Gesellschaft konstruiert und andererseits von uns selbst erschaffen werden.

Wir alle haben manchmal Angst. Damit umzugehen bedeutet sich ihr zu stellen, sich den Gefahren bewusst zu werden, um nicht überrollt zu werden. Wer Dinge tut, die bestraft werden könnten, sollte sich unbedingt über die möglichen Konsequenzen bewusst sein. Das bedeutet nicht, sich diesen Eventualitäten durchgehend auszusetzen, wohl aber ihnen in die Augen zu schauen und eine Entscheidung zu treffen. Auch wenn es heißt sich für Freundschaften, Taten und Handlungen zu entscheiden obwohl Repression die Folge sein könnte.

Knast

Wenn die Angst vor Repression und Knast der Aussicht gegenüber gestellt wird, in passiver Angepasstheit und in dem kapitalistischen System ausgeliefert leben zu müssen, könnten die Einschüchterungsversuche des Staates besser an uns abprallen?

Doch hier ist es wichtig zu erwähnen, dass in dem Moment, wo du im Knast bist, du kaum noch mit dem Außen kommunizieren kannst. Das heißt es ist wirklich hilfreich vorher schon mal über Eventualitäten mit nahen Personen geredet zu haben oder auch gute Anwält*innen zu haben, mit den man gewisses besprechen kann.

Ein paar Fragen wären beispielsweise: Wie gehst du damit um und/oder denkst du damit umzugehen? Wer soll wann und wie informiert werden? In welchem Modus kann sich um die wöchentliche Unterstützung mit der Wäsche und Kleinigkeiten gekümmert werden? Gibt es Webseiten, Zeitungen, Medien, denen du Erfahrungen mitteilen möchtest und wo zukünftige Veröffentlichungen Platz finden könnten? Was brauchst du, um dich im Knast aktiv zu fühlen oder was zu machen? Wer soll die Besuche klären, wer in der direkten Soligruppe Persönlicheres, wer könnte sich mit Aktenlesen und Prozessführung beschäftigen? Wie kann die Kommunikation nach draußen laufen? Nimm dir für die Kommunikation immer Zeit, überstürze nichts!

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es wichtig ist, dass es nahe Bezugspersonen gibt, die die individuelle Person unterstützen. Es ist aber auch wichtig, dass sich Personen solidarisch verhalten können, die nicht zum direkten Umfeld gehören, in Form von Solikreisen, Demos oder anderen Aktionen. Dafür ist eine Veröffentlichung der Vorwürfe oder Beschuldigungen wichtig, weil sonst ist es schwer, sich solidarisch darauf zu beziehen. Oder/und auch die Vermittlung einer kämpferischen offensiven Haltung dem Staat gegenüber und die Ablehnung von Kooperation mit der Justiz helfen den anderen, dich zu supporten und sich selbst offensiv zu deinem Fall zu verhalten. Deine Haltung ist wichtig! Genauso kann dies auch andere bestärken, ihre und somit auch deine Kämpfe "draußen" weiter zu führen.

Knast als ein Instrument der Strafe kann nicht getrennt von antagonistischem Handeln gesehen werden, er kann immer Teil von Auseinandersetzungen sein. Deshalb ist es wichtig, Knast als Bestandteil von Kämpfen überhaupt zu betrachten. Er ist wie die Strafe selbst allgegenwärtig, wenn auch nicht immer für alle, und deshalb würde es fatal sein ihn nicht als eigene Eventualität und auch als Feld der Auseinandersetzung mit zu denken. Auch im Knast kann man kämpfen und auch an den miesesten Orten kann ich meine Würde bewahren, liebe Menschen kennen lernen, vieles lernen und stärkende Erlebnisse der Solidarität spüren.

Solidarität

Der Staat entscheidet leider so viele Dinge unseres alltäglichen Lebens, jedoch sollte er nicht darüber bestimmen wie und wann wir solidarisch sind. Ein Denken jenseits der Gesetze und Ermittlungen im eigenen Verlangen und den eigenen Ideen ist sehr bestärkend und erweitert den Horizont. Was bringt uns das Wissen darüber, wer genau was wie getan oder nicht getan hat? Und das auch noch innerhalb einer Schuldig/Unschuldig-Logik des Staates, in der der Staat und seine Getreuen immer die Unschuldigen sind und diejenigen, die die Norm stören, die Schuldigen. Solidarität begleitet uns überall im Alltag, ist aber insbesondere Ausdruck eines Kampfes, ist ein Teil von allem. Denn neben der eigenen Entscheidung sind es Solidarität und Verantwortung füreinander in den Beziehungen, die eine freie Welt in sich tragen. Solidarität ist eine grundlegende Voraussetzung für ein Leben frei von Herrschaft, Ausbeutung und staatlichen Strukturen. Dass heißt die Aktion, die die Repression nach sich zieht ist genauso wichtig, wie der Umgang miteinander wenn die Repression einschlägt – beides ist ein Angriff gegen den Staat!

Auseinandersetzungen über Grundsätzliches ist wichtig für die eigene Orientierung im Handeln. Warum bin ich gegen den Staat, gegen das System, gegen Unterdrückung und was bedeutet das? Welche Ideen und welche Ethik sollen mein Handeln bestimmen? In welchen Kampf begebe ich mich und warum, was will ich damit überhaupt und welche Mittel wähle ich? Warum kämpfe ich mit Anderen gegen das Bestehende? Was für Entscheidungen fällen wir gemeinsam? Wie weit bin ich bereit zu gehen? Und was bedeutet grundlegende Veränderung? Welche Konsequenzen können wir mittragen? Denn wenn man nun davon ausgeht, einen Bruch mit dem Bestehenden anzupeilen, eine grundlegende Veränderung herbei zu provozieren, wie kann man davon ausgehen, dass dies ohne Gegenwehr der Herrschenden passiert? Wie kann man davon ausgehen, dass es jemals Widerstand ohne Repression geben könnte?

Menschen in Solidarität mit den "Gefährlichen Freundschaften"

OBSERVATIONEN UND ANDERE ÄRGERNISSE

Eine Auswertung zu Observation und Überwachung gegen die drei im sogenanten „Parkbank-Verfahren" verurteilten Anarchist_innen

Im Folgenden wollen wir versuchen, für euch die Observations- und Ermittlungsmaßnahmen rund um das „Parkbank-Verfahren" zusammenzufassen und einige Punkte zu klären, die für Menschen mit einem gesteigerten Interesse an Privatsphäre wichtig sein könnten.

Vorher sei hervorgehoben, dass alles auf Aktenlage der Bullen und unseren Schlussfolgerungen basiert. Der Sicherheitsapparat lässt sich naturgemäß nur ungern in die Karten schauen und legt auch in Strafverfahren nur die Teile seiner Berichte offen, von denen er glaubt, dass sie unbedingt nötig sind. Eine Herausgabe der gesamten Observationsprotokolle, welche von den Anwält_innen angestrebt wurde, wurde erwartungsgemäß verweigert. Somit sind auch unsere Berichte lückenhaft. Zieht eure Schlüsse und Erkenntnisse, aber betrachtet nichts als feststehende Wahrheiten – wir erzählen hier eine Geschichte, die die Bullen in einer Akte zusammengetragen haben!

Der Einfachheit halber bezeichnen wir die Angeklagten hier als Person 1, 2 und 3, der Reihenfolge nach, wie sie die Bühne betreten.

Eine erste Theorie und Vorfeldobservationen

Um mit der Geschichte zu beginnen, müssen wir etwas weiter zurück gehen:

Im Zusammenhang mit dem damals bevorstehenden OSZE Treffen und in Vorbereitung auf den G20 Gipfel, griff am 26.11.2016 eine größere Gruppe von Menschen die Hamburger Messe an.

Die Hamburger Polizeiführung befand sich im Anschluss in heller Aufregung. Aufgrund der räumlichen Nähe wurde ein Zusammenhang mit dem LIZ (Libertäres Zentrum) hergestellt. Person 1 war zu dieser Zeit Vorstand im zum LIZ gehörigen Verein und als solcher im Vereinsregister eingetragen. Aufgrund sogenannter polizeilicher Erkenntnisse, wurde ihm, so die Formulierung in den Akten, „ein Beitrag zu der Aktion, die eines vertrauten Umfeldes und intensiver Vorbereitung bedürfe", zugetraut, eine tatsächliche Beteiligung aber nicht weiter nachgewiesen. Als weitere Hinweise behaupteten die Bullen, vermeintliche internationale Kontakte der Person 1 sowie das Interesse an Antirepressionsarbeit.

Im Zuge der Bullenaktionen im Nachgang des Angriffs auf die Messe, wurden unter anderem auch weitere Personen der Vereinsstruktur auf ihren Arbeitsplätzen und auch Zuhause aufgesucht, teilweise wurde der Versuch unternommen, mittels vermutlich erfundener Verbindungen, Menschen in Gespräche zu verwickeln und Verunsicherung zu schüren.

In Folge wurde Person 1 spätestens ab März 2018 mehr oder minder regelmäßig „präventiv" observiert. In die Akte haben es drei dieser Observationen, aus dem gesamten Zeitraum bis zur Festnahme, geschafft, über die eine weitere Überwachungsmaßnahme gerechtfertigt werden sollte. Wir gehen davon aus, dass es mehr Aufzeichnungen innerhalb der ersten „Maßnahme" gab. Aus anderen Verfahren ist mittlerweile bekannt, dass die Methode präventiver Observationen auch gegen andere Personen angewendet wurde. Auch orientierten sich die Observationsmaßnahmen scheinbar wesentlich an den Behörden besonders relevant erscheinenden Daten.

In den Observationsberichten wird Person 1 ein konspiratives Verhalten zugeschrieben, was unter anderem an der Nutzung von verschiedenen Fahrrädern festgemacht wurde.

Des Weiteren betonen die Bullen wiederholt, dass Person 1 Verbindungen in der Szene hätte und Orte wie das LIZ, den Infoladen Schwarzmarkt und die Rote Flora aufsuchen würde. (Person 1 hätte zum Beispiel nach den bundesweiten Hausdurchsuchungen im Zusammenhang der G20-Elbchaussee-Aktionen eine Vollversammlung in der Flora besucht.)

Spätestens nach einem Überwachungseinsatz in der Nacht vom 16./17. März 2018 vermuteten die Bullen außerdem eine Teilnahme an militanten Aktionen, da sich - aus Sicht der Repressionsbehörden – ein zeitlicher Zusammenhang mit dem Verlassen und Betreten der Wohnung von Person 1 (mit mehreren Leuten) und kaputten Scheiben in der Stadt herstellen ließe. Dies hat allerdings auch im weiteren Ver-

lauf, soweit bekannt, nicht für einen „Anfangsverdacht" gereicht, welcher ein konkretes Ermittlungsverfahren ermöglicht hätte. Dies kann aber auch eine taktische Entscheidung der Bullen gewesen sein, um die Observation nicht aufdecken zu müssen.

Es bleibt unklar, wie genau die Überwachung stattgefunden hat, klar ist aber, dass es Videoüberwachung von Hauseingängen gegeben hat. In diesem Zeitraum kommt auch Person 2 als Mitbewohner und Kontaktperson in den Fokus.

Ausgehend von diesen „Erkenntnissen" wurde eine längerfristige Observation von Person 1 für sechs Monate, vom 9.11.2018 bis zum 8.5.2019 ,angeordnet. Dabei wurden „Straftaten von erheblicher Bedeutung" in Bezug auf anstehende Gipfeltreffen und der Kampagne „united we stand" prognostiziert.

Bei dieser längerfristigen Observation kam (beinahe) das gesamte Überwachungspaket zum Einsatz: Es wurden die Überwachung von Wohnort und Aufenthaltsorten, wie LIZ und dem Infoladen Schwarzmarkt, die technische Überwachung von (Tele)Kommunikationsmitteln und, in Bezug auf Fahrräder ,der Einsatz von GPS genehmigt.

Der Infoladen wurde in diesem Zuge nachweislich längere Zeit von einem gegenüberliegenden Gebäude aus videoüberwacht.

Einen Tag vor Ablauf der Observationsfrist, wurde von derselben Behörde, der SOKO Schwarzer Block, eine Verlängerung der Maßnahme um weitere sechs Monate beantragt. Der Antrag auf Verlängerung wurde unter anderem mit dem anstehenden G20-Gipfel in Biarritz begründet. Auch behaupteten die Bullen, dass sich ihre Annahmen bezüglich der „Eingebundenheit" und „internationaler Kontakte" bestätigt hätten – hierfür reichte eine angebliche Reise in einen weit von Biarritz entfernten Teil Frankreichs aus. Die Bullen bedienten sich hier auch am Narrativ internationaler Beteiligung am Schwarzen Block an der Elbchaussee beim G20-Gipfel. So wurde Person 1 schlussendlich auch am 7. Juli 2019 observiert.

Eine Sommernacht im Juli

Die Observation am 07.07.2019 begann, laut Bullenbericht, in den frühen Abendstunden vor der Wohnung der Personen 1 und 2. Um 19.02 Uhr wurden beide beim Betreten ihrer Wohnung beobachtet. Anlass dafür, dass die Observationen in dieser Zeit stattfanden, war der bevorstehende Jahrestag des G20-Gipfels und der damit seitens der Bullen erwarteten Aktionen.

Wir gehen davon aus, dass es in diesem Rahmen weit mehr Observationen im Stadtgebiet gab und so ziemlich alles von Bullen, LKA usw. auf den Beinen war. Getrieben davon, in ihrer Schmach gegenüber der in den Jahren davor gelaufenen militanten Kampagne gegen das G 20 Treffen, doch noch irgendeinen Hinweis zu erhaschen.

Um 21.26 Uhr verlässt Person 1 die Wohnung mit einem Rad und wird von da an mit Rädern und vermutlich PKWs verfolgt. Um 21.39 Uhr betritt Person 1 eine Tankstelle, tankt Benzin in einen Kanister und bezahlt.

Gleich am nächsten Morgen lassen sich die Bullen vom Tankstellenverantwortlichen die Videoaufzeichnungen der Kameras im Außen- sowie im Ladenbereich geben. Zwar waren von den insgesamt 14 Videokameras einige nicht in Betrieb, jedoch muss mensch stets damit rechnen, dass Aufzeichnungen gemacht und auch gespeichert werden. Durch den weiten Winkel der Kameras bietet zudem das Tragen einer Schirmmütze keinen ausreichenden Schutz.



Nach dem Halt an der Tankstelle wird Person 1 weiter zu einer Kleingartenanlage begleitet, wo die Bullen sie von 21.47 Uhr bis 22.48 Uhr aus den Augen verlieren. Die Bullen warten offensichtlich die Stunde ab und nehmen die Verfolgung wieder auf, als Person 1 über den selben Zugang die Kleingartenanlage wieder verlässt. Die Cops beobachten, wie Person 1 eine Mülltüte in einem Mülleimer entsorgt, die später als Beweismittel in den Akten auftaucht, auf DNA untersucht wird und so weiter. Anschließend begleiten sie Person 1 bis zu ihrer Wohnung, welche diese um 23.04 Uhr betritt.

Laut Observationsbericht verlassen Person 1 und 2 wenig später, um 23.16 Uhr, die Wohnung und werden von dort, auf mehr oder weniger direkten Weg, bis zur einer Grünanlage an der Fruchtallee verfolgt. Dort verlieren die Bullen um 23.50 Uhr, nachdem die Fahrradbeleuchtungen ausgeschaltet wurden, kurzzeitig den Kontakt.

Um 23.57 Uhr stellen die Bullen in einem Park am Eppendorfer Weg zwei Personen fest und entscheiden sich, wahrscheinlich aus der Befürchtung heraus, die Zielpersonen wieder zu verlieren, zum Zugriff. Dort wird dann auch Person 3 mit angetroffen.

Was folgt ist allgemein bekannt: Durchsuchung der Personen, Festnahme, ED-Behandlungen, in derselben Nacht mehrere Hausdurchsuchungen bei den jeweiligen Meldeadressen und Wohnadressen. („Eventuell vorhandene Kraftfahrzeuge" standen übrigens ebenfalls im Durchsuchungsbeschluss.)

Von Person 1 wurde zudem ein „Körperabstrich" für den Einsatz von Mantrailern angefordert, um mit diesem auszumachen, wo sich Person 1 innerhalb der einen Stunde im Kleingartenverein aufhielt. In der Gewahrsamszelle wurde dann auf Anordnung der Staatsanwaltschaft („Gefahr im Verzuge") ein Hautabstrich genommen.

Der Einsatz eines Spürhundes in der Kleingartenanlage wurde jedoch abgeblasen, weil die Bullen unterdessen herausgefunden hatten, dass auf Person 1 eine Parzelle gemeldet war, und sie sich so die aufwändige Suche sparten.

Im Anschluss an die Verhaftungen wurden, erwartungsgemäß, Teile des persönlichen Umfeldes sowie die von der Haft verschonte Person 3 von LKA Kräften observiert. Die Observation wurde vorerst für einen Monat angesetzt (längerfristige Obs.: 09.07.2019-15.08.2019), ebenso die Ermittlung von Handy und Standortdaten der Person 3. Dabei ging es den Bullen vor allem darum, sämtliche Kontakte mitzuschneiden.

Hierbei gab es sowohl Videoaufnahmen aus einem Blickwinkel auf den Eingangsbereich des Wohnhauses der Person 3 als auch weitere Bildaufnahmen, vermutlich von den Cops in zivil selbst angefertigt. Teilweise werden im Laufe der Observationen auch Personen, die Person 3 im Laufe der Zeit traf daraufhin selbst weiter verfolgt. Offiziell sind alle Observationen tagsüber irgendwann zwischen 7:00 und 20:00 für einen Zeitraum von maximal 8 Stunden durchgeführt worden. Zudem wurde ab etwa dem 17.07.2019 bis zum 17.08.2019 die akustische Überwachung von Person 3 außerhalb der Wohnung angeordnet, da diese laut den Cops Gespräche persönlich und nicht über das Telefon führte.

Im Laufe der Ermittlungen gab es bei Person 3 noch eine zweite Hausdurchsuchung, um Schriftproben und DNA zu bekommen.

Fahrräder, Observationen und GPS

Im Rahmen der Observationen nimmt des Thema Fahrräder einen großen Rahmen ein. Ganz einfach deshalb, weil die Beschuldigten sich viel auf solchen bewegen. Wir glauben auch weiterhin, dass für Menschen, die ein großes Bedürfnis nach Privatsphäre haben, das Rad das Mittel der Wahl für die Fortbewegungen in Großstädten sein sollte. Verfolger_innen in PKWs lassen sich einfacher abschütteln, das Tempo kann angepasst werden, zwischendurch kann der öffentliche Nahverkehr genutzt werden und die Beobachtung eventueller Verfolger_innen lässt sich leichter feststellen.

Hier gibt es aber einige Dinge zu beachten: Es lohnt sich immer, genug Zeit für Umwege, Beobachtungen und Rückversicherungen einzuplanen. Wer kennt es nicht: Die Pläne sind knapp, es entsteht Stress und wir lassen Fünfe grade sein. Die Routine ist eine verhängnisvolle Angelegenheit – sie gibt uns Sicherheit, aber eben auch falsche Sicherheit. Wir alle haben unsere Lieblingswege und Gewohnheit. Sie zu hinterfragen und immer wieder zu ändern, macht es eventuellen Verfolger_innen deutlich schwerer.

Unklar bleibt ob die „genehmigte" Verfolgung von Rädern per GPS Geräten stattgefunden hat. Im Observationsbeschluss zu Person 1 wird dies explizit beantragt („GPS Überwachung in diesen Fall Fahrrad") und somit scheint sie zumindest in der Ideenwelt des LKAs möglich zu sein. Des Weiteren lassen sich aber keine Hinweise in den Protokollen feststellen. Wir - und sicherlich auch andere - würden uns über praktische Erkenntnisse zu diesem Thema maßlos freuen. Bis dahin bleibt uns aber nur zu raten, eure Räder regelmäßig zu checken, zu wechseln oder frisch zu besorgen. Lasst eure eigenen Räder so wenig wie möglich offen herumstehen.

Laptops, TKÜ und nachträgliche Ermittlungen

Die im Folgenden beschriebenen Ermittlungsvorgehen der Bullen werden die meisten von euch nicht überraschen. Wir erwähnen sie dennoch, um euch in Erinnerung zu rufen, was die Bullen in Bewegung setzen, an welchen vermeintlichen Fakten sie sich entlanghangeln und worauf sie ihre Konstrukte aufbauen. Schlussendlich sind dies Aspekte, auf die wir achten müssen.

Bei den Hausdurchsuchungen wurden vor allem Laptops, Handys und Festplatten mitgenommen, aber auch CD/DVD, USB-Sticks, Sim-Karten, I-Pod und eine Kamera.

Es hat sich gezeigt, dass Namen an den Zimmertüren in Wohngemeinschaften durchaus Sinn machen. Die Bullen orientierten sich an den Namensschildern an den Türen und durchsuchten nur die Zimmer derer, die in der Nacht festgenommen wurden, sowie die Gemeinschaftsräume.

Es waren nicht alle beschlagnahmten Medien verschlüsselt – aufgefundene Reisebuchungen, Flyertexte, Broschüren und so weiter wurden seitens den Behörden genutzt, um das Narrativ der überzeugten Anarchist_innen zu untermauern.

Die Daten von verschlüsselten Laptops und Festplatten wurden von der Forensik ans BKA weitergereicht. Dieses scheiterte an der Entschlüsselung und auch ein um Hilfe gebetener Techniker von Interpol sah keine Chance, an die verschlüsselte Daten (u.a. per Truecrypt, LUKS) zu kommen.

Bei teilweise verschlüsselten Laptops wurden zumindest sämtliche „Internet-Nutzungsspuren" ausgelesen (von Chats, Webmails, Backups, Tauschbörsen, Webbrowser, inklusive gelöschter Dateien). Von diesen Daten wurden keine als „strafrechtliche relevant" eingestuft, aber die erkennbare Nutzung von Programmen wie TOR-Browser und Verschlüsselungssoftware wurde von den Bullen als „Indiz für konspirative Kommunikation" eingestuft.

Nach Auswertung der beschlagnahmten Medien wurden für die ermittelten E-Mail-Accounts, Telefonnummern, inklusive einer VoIP-Nummer (Voice over Internet Protokoll: Technik um übers Internet zu telefonieren), und sämtliche IMEI-Nummern (International Mobile Equipment Identity: 15-stellige Seriennummer mit der

jedes Endgerät, das Mobilfunknetz nutzt, weltweit eindeutig identifiziert werden kann.) sowohl die Bestandsdaten als auch die Verkehrsdaten (im Sinne von §§ 96 Abs. 1 und 113 b TKG) bei den Providern abgefragt. Bemerkenswert ist, dass sich die Bullen bei einem linken Provider nicht einmal die Mühe machten Verbindungsdaten anzufragen, da sie es als aussichtslos erachteten, von dort Informationen zu bekommen. Alle anderen Sim-Karten und E-Mail-Anbieter _innen gaben bereitwillig Auskunft.

Das Auslesen der Mobiltelefone erfolgte über spezielle Programme der forensischen Abteilung. Zumindest der physikalische Speicher konnte damit ausgelesen werden.

Für die Auswertung von Sim-Karten können bei Straftaten von erheblicher Bedeutung Simcard-Identity und PUK beim zuständigen Netzbetreiber angefordert werden. Dabei stellte es kein Hindernis dar, dass manche Sim-Karten auf andere oder fiktive Namen angemeldet waren. Indem in den persönlichen Kontaktverzeichnissen der Handys die Telefonnummern i.d.R. unter den tatsächlichen (Vor)Namen gespeichert waren, konnten nahezu alle Kontaktpersonen ermittelt werden – unabhängig davon, ob diese selbst ihre Sim -Karte unter fiktiven Namen registriert hatten.

Die Ausgabe der Verbindungs- und Verkehrsdaten wurde letztendlich rückwirkend angeordnet, und zwar soweit wie die Daten noch bei den Providern vorhanden waren. Der Beschluss dazu kam vom Landgericht am 15. Juli 2019, also alles in allem sehr zeitnah.

Dass die Kommunikation über sämtliche Mobilfunkgeräte sowie die Standortdaten der Person 3 nach der Haftverschonung für einen Monat (offiziell) mitgeschnitten wurden, hatten wir bereits erwähnt. Das betraf auch den VoIP Anschluss.

Letztendlich lagen den Bullen die rückwirkenden Verbindungsdaten vor (Kontaktnummer, Zeitpunkt und Dauer). Inhaltlich konnten sie jedoch nur auf die Texte der SMS zurückgreifen, die sich noch auf den Handys befanden. Die Bullen legten dabei einen Rechercheschwerpunkt auf die Woche vor der Festnahme. Mit Vergleichen, welche SMS gelöscht wurden und welche nicht, gaben sie sich diverser Hypothesen hin, wer sich wie mit welcher konspirativ verabredet gehabt hätte.

Am Rande sei noch erwähnt, dass sich die Staatsanwaltschaft ereiferte, eine Durchsuchungsgenehmigung der sogenannten Habe von Person 2 im Knast sowie eine Zellendurchsuchung zu erlangen. Sie hatte die Hoffnung in bestimmten Bekleidungsstücken, die in besagter Juli-Nacht getragen wurden, RFID-Chips zu finden, um über eine Nachverfolgung der Chips zur großen Weisheit zu gelangen. Zu welchen Erkenntnisse das geführt hätte bleibt unklar – an der gesichteten Kleidung wurden keine RFID-Chips festgestellt und der Antrag auf Durchsuchung der Zelle wurde vom zuständigen Amtsgericht abgelehnt.

Soweit eine erste Auswertung. Wir wollen keine Panik schüren, sondern hoffen euch damit informiert und sensibilisiert zu haben.

Stay safe und immer eine Handbreit Wasser unterm Kiel!

Aggressive Solidarität mit den bedrohten Projekten in Berlin

Gegen die Stadt der Reichen!

Dokumentation: „Wir haben uns vergangene Nacht in der aufgewerteten Bremer Neustadt die Straße genommen. Dabei gingen die Scheiben von zwei Immobilienbüros und einer Bankfiliale zu Bruch. Eine brennende Straßenbarrikade sicherte unseren Abgang.

Die Rigaerstraße 94 ist erneut von einer Räumung bedroht ebenso wie der Wagenplatz der Køpi, die Potse und einige weitere linksradikale Projekte im Großraum Berlin. Insbesondere in Städten in Deutschland, aber auch weltweit, wird Wohnraum als Ware gehandelt. Der Immobilienmarkt ist die völlig entgrenzte Spielwiese von Spekulant*innen, Makler*innen und jenen, die um ihre Altersvorsorge fürchten.

Die kapitalistischen Herrschafts- und Machtverhältnisse zeigen sich kaum woanders so klar mit ihrem menschenverachtenden Gesicht wie in der Wohnraumfrage. Unzählige wohnungslose Menschen (über-)leben auf der Straße während frisch gebaute Luxuslofts scheinbar völlig alternativlos leer stehen oder der nächste Eigenbedarf von Vermieter*innen angekündigt wird.

Während in Berlin und anderswo der sozialere Wohnungsbau und Mietdecklungen zum Stillstand gebracht werden, müssen Grünflächen, prekäre Stadtteile, öffentliche Räume und linke Projekte luxuriösen Immobilienspekulationen weichen.

Diese Verhältnisse führen zu brutaler Verdrängung der ansässigen Bewohner*innen, zur Zerstörung von sozialen gewachsenen Kontexten und zu einer politisch gezielten Zerschlagung von linksradikalen Strukturen und Lebensräumen. Diese Angriffe auf selbstorganisierte Räume sind Teil profitorientierter Stadtgestaltung, bei der es klare Gewinner*innen gibt, die dabei Verlierer*innen mindestens in Kauf nehmen.

Widerstand gegen die Räumungen und Verdrängungen heißt für uns aufzubegehren gegen die Stadt der Reichen, gegen explodierende Mieten, Zwangsräumungen, gegen Immobilienkonzerne und andere Profiteur*innen des Wohnungsmarktes. Kurzum gegen die Aufwertung unserer Städte im Sinne des Kapitals.

Auf welcher Seite stehst Du?

In der Pappelstraße in der Bremer Neustadt hat nun das dritte Immobilienbüro eröffnet. Die neue Filiale des Biomarkts lädt ein zum Shoppen für ein gutes grünes Gewissen und die Sparkasse demonstriert auf

einer riesen Fläche in gleich zwei Filialen ihre nichtssagende Bürgernähe, um weitere gute Anlagemöglichkeiten zu erlangen. Die Gegend verändert sich. Mehr und mehr zahlungskräftiges Publikum ist unter sich, trinkt teuren Wein, kauft sich ein Eigenheim, richtet sich in einer unbeschwerten Welt mit Latte Macchiato und verkehrsberuhigter Straße ein. Gekehrt wird ausschließlich vor der eigenen Haustür.

Wir haben keinen Bock auf diese ignorante heile Welt, die als Antwort auf die soziale Frage nur ein Achselzucken bereit hält. Und hinnimmt, dass genau diese Welt auf den Rücken so vieler Ausgebeuteter lastet, die selbst keinerlei Möglichkeit auf soziale oder materielle Absicherung haben.

„Es gibt keinen Grund das Bestehende zu verteidigen und sich auf die Seite der Profiteure des kapitalistischen Systems zu stellen. Aber es gibt genug Gründe sich gemeinsam gegen Staat und Kapital, gegen Autoritäten und ihre Verteidiger*innen zu organisieren und zu rebellieren, um für die Prinzipien der Selbstorganisierung, gegenseitigen Hilfe, der Solidarität und ein Leben in Freiheit und Würde zu kämpfen. [...] Wir rufen euch auf, den Angriff auf die alltägliche Ordnung der Stadt der Reichen zu unternehmen und zu intensivieren!" (aus dem Aufruf zur Verteidigung der Rigaer 94)

Konfrontation und Militanz sind unser Ausdruck im Kampf für das Recht auf urbanes Wohnen und Leben. Unsere Wut wird sich weder der Repression des Staates noch den Benimmregeln linker Bewegungsmanager*innen anpassen.

Jede Räumung hat ihren Preis.
Für selbstbestimmtes und selbstorganisiertes Leben und Wohnen überall!

Autonome und Anarchistische Gruppen

In Erinnerung an Luisa Toledo Sepúlveda

Die Mutter der kämpferischen Jugend

Vorwort

Luisa Toledo Sepulvéda war eine Kämpferin auf Lebenszeit und die Mutter von drei Kindern, die im Kampf gegen die Diktatur von Augusto Pinochet getötet wurden. Sie ist Anfang Juli nach jahrzehntelangem Aktivismus verstorben. Sie hat Tausende dazu inspiriert, sich an den Bemühungen zu beteiligen, die letztlich die Diktatur und ihr Erbe zu Fall brachten. In der folgenden Trauerrede erforschen unsere Korrespondent*innen in Chile ihr Vermächtnis und berichten vonden Beerdigungszeremonien für sie, die beispielhaft für das sind, was einige als „rebellische Trauer" bezeichnet haben. Eine der Belohnungen der Teilnahme an sozialen Kämpfen ist, dass man Teil von etwas wird, das größer ist als man selbst und das einen überdauern kann.

¡Luisa Toledo Presente!

Seit Jahrzehnten begehen Menschen in ganz Chile den 29. März, den 'Tag der kämpferischen Jugend' (Dia del Joven combatiente), mit Mahnwachen und Protesten zu Ehren der politischen Dissident*innen, die von der Pinochet-Diktatur ermordet wurden, und zum Gedenken an die Rolle, die die rebellische Jugend für den sozialen Wandel spielt. Das Datum markiert den Tag im Jahr 1985, an dem zwei Brüder, Rafael und Eduardo Vergara Toledo, 18 und 20 Jahre alt, beide Universitätsstudenten und Aktivisten der MIR (Movimiento de Izquierda Revolucionaria, Bewegung der Revolutionären Linken), von einer Polizeistreife im Sektor Estacion Central in Santiago erschossen wurden. Einer der Gründe, warum sich die Menschen zu diesem Jahrestag hingezogen fühlen, ist das anhaltende aktive Engagement der Eltern, Luisa Toledo und Manuel Vergara, die sich an ihre Söhne als Partisanen erinnern, die an den Anti-Pinochet-Aufständen der 1980er Jahre teilgenommen haben.

Luisa Toledo Sepulvéda verstarb am Dienstag, den 6. Juli 2021, nachdem sie gegen eine chronische Krankheit gekämpft hatte. Die ganze Woche über haben gewählte Funktionäre - darunter auch der Präsident des Verfassungskonvents - sie als mutige Verteidigerin der Menschenrechte gegen die Pinochet-Diktatur gewürdigt. Im Gegensatz dazu erinnern sich Generationen rebellischer Jugendlicher an sie als die Mutter des militanten Kampfes, die Zeugin der Tatsache war, dass es eine weit verbreitete Revolte war, die Pinochets Regime beendete, und nicht die stimmen in den Wahlurnen. An jedem ‚Dia del Joven Combatiente', wie auch im andauernden Kampf der Mapuche um territoriale Autonomie und auch bei der ‚Estallido social' (sozialen Explosion) von 2019, hat sie weiterhin die Widersprüche zwischen Demokratie und Gerechtigkeit hervorgehoben und die Revolte als Weg zur Gerechtigkeit im Angesicht der staatlichen Gewalt bekräftigt.

Von der Familie Vergara Toledo:

KOMMUNIQUÉ (Santiago de Chile)

An die nationale und internationale Gemeinschaft
An die Frauen, die Kinder, die Alten und die ehrenwerten Männer dieses Landes
An die politischen Gefangenen
An die Klandestinen, die Rebellionen durchführen.
An das Volk der Mapuche
An diejenigen, die kämpfen
An die Bewohner von Villa Francia
An die kämpferische Jugend:

Mit tiefer Trauer informieren wir alle über den Tod unserer geliebten Genossin Luisa Toledo Sepúlveda. Umgeben von ihrem engsten Fami-

lienkreis ist sie am Dienstagmorgen, dem 6. Juli, friedlich in der Privatsphäre ihres Zuhauses verstorben.

An diesem kalten Julimorgen waren wir stolz, uns von einer unerschütterlichen, zeitlosen und unverzichtbaren Frau verabschieden zu können. Und obwohl Luisa uns physisch verlässt, ist ihr Vermächtnis tief in die Geschichte derer eingedrungen, die über die Grenzen dieses Territoriumsnamens Chile hinaus kämpfen. Mit unermesslichem Mut kämpfte Luisa für eine Gerechtigkeit, die sie nach der Ermordung ihrer Kinder Eduardo, Rafael und Pablo nie erhielt, ein Schmerz, der ihren Entschluss zu kämpfen unzerstörbar machte.

Der heutige Tag wird als ein Vorher und Nachher mit dem unauslöschlichen Zeichen von Luisa gekennzeichnet sein. Luisa, die Mutter der kämpfenden Jugend, wird weiterhin ein unbeugsames Fanal für diejenigen sein, die kämpfen.

Lasst es alle Verräter*innen, Mitläufer*innen und diejenigen, die in den Momenten der Revolte bequem bleiben, wissen, dass ihre Hartnäckigkeit und Beständigkeit die Wegweiser für neue Wege des Kampfes und der Rebellion in jeder ärmlichen Ecke dieser Welt sein werden.

Compañera Luisa Toledo Sepúlveda, Presente!!
Villa Francia, 6. Juli 2021

#FightlikeLuisa
#MotherOfThecombatantYouth
#LuisaLives
#EveryDayAYoungCombatantisborn
#VillaFrance
#FreedomToThePrisonersoftherevolt

„Wunderschön gewalttätig“

Am Tag der kämpferischen Jugend findet die zentrale Mahnwache in der Nachbarschaft der Villa Francia statt. Am Villa-Francia-Denkmal versammelt sich eine Menschenmenge vor einem Podium, um das Zeugnis derer zu hören, die unter staatlicher Gewalt gelitten - und dagegen gekämpft - haben. In den meisten Jahren sind unter den Rednern Eltern von Mapuche- Jugendlichen, die im Süden Chiles getötet wurden, und die Familienangehörigen von politischen

Gefangenen. Nach der Live-Musik betrat Luisa die Bühne und hielt eine Rede an die Menge. Als die Sonne unterging, richtete sie ihre Aufmerksamkeit auf die jungen Leute, die sich daraufvorbereiteten, auf die Straße zu gehen, um Barrikaden zu bauen und gegen die Polizei zu kämpfen.

„Ich glaube dass die Gewalt von unserer Seite aus gerecht ist“, sagte Luisa. Sie ist notwendig. Ich glaube, dass wir nicht länger versuchen können, die andere Wange hinzuhalten. Dieses Motto ist nicht nur eine Lüge, sondern es ist auch für niemanden gut. Das kann es nicht sein. Wir müssen in der Lage sein, uns zu verteidigen, indem wir auf schöne Weise gewalttätig sind. Wir müssen unser Gesicht vermummen („encapucharse“) und auf die Straße gehen, um gegen alles zu sein, was die grausamen Mächte repräsentiert, gegen die wir kämpfen.“

Aus der letzte Rede von Luisa Toledo am Tag der kämpferischen Jugend

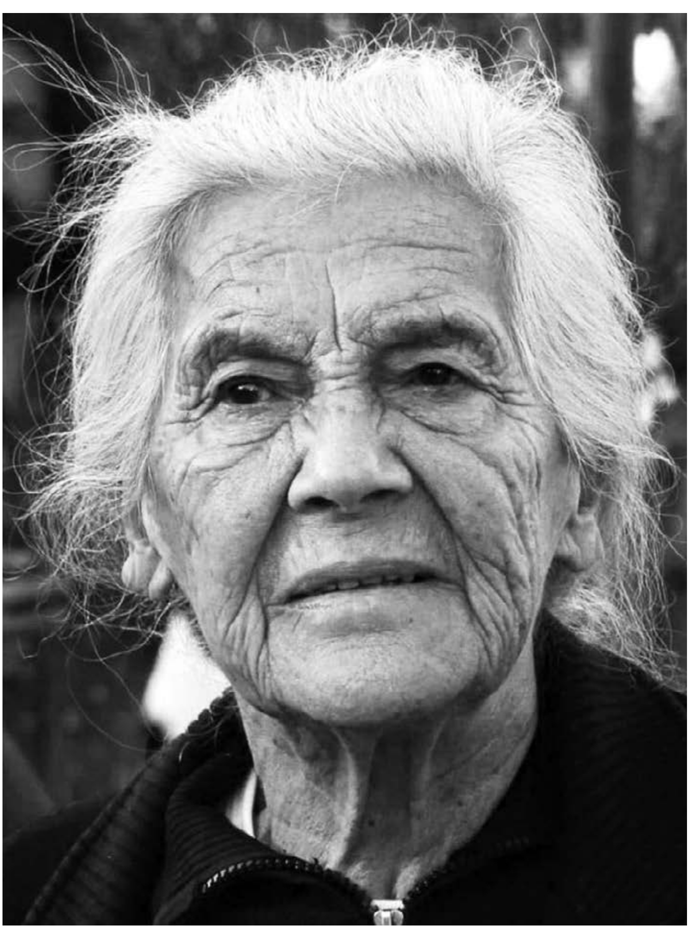
Die Mahnwache bei Kerzenlicht

Am Dienstag, dem 6. Juli 2021, fand im Espacio Comunitaria Pablo Vergara, einem Gemeinschaftsraum, der nach dem dritten Sohn von Luisa benannt ist, der 1988 nach einer Bombenexplosion tot aufgefunden wurde, eine Mahnwache mit Kerzenlicht statt, damit die Öffentlichkeit Luisa Toledo die Ehre erweisen konnte. Draußen versammelte sich langsam eine Menschenmenge, bestehend aus Gruppen aus der ganzen Stadt. Sie hängten Transparente an die

umliegenden Bäume und Zäune, um ihre jeweiligen Stadtteile, Organisationen und politischen Richtungen zu repräsentieren, und reihten sich dann in die Schlange der Menschen ein, die darauf warteten, Luisa die letzte Ehre zu erweisen. Gruppen von Encapuchadxs (Vermummten) kreisten durch die Menge mit Händen voller Kleingeld und baten die Trauernden um Geld, um Feuerwerkskörper für die Demonstration am Abend zu kaufen.Bild: Encapuchadxs betreten Espacio Comunitaria Pablo Vergara, um der Familie Toledo Vergara ihren Respekt zu erweisen.

Zusammen mit anderen, deren Angehörige während der Herrschaft von Augusto Pinochet gefoltert oder ermordet wurden, spielte Luisa Toledo eine Schlüsselrolle als Zeugin für die Gräueltaten der von den USA unterstützten Diktatur. Sie und ihr Mann Manuel Vergara engagierten sich für das

Vikariat der Solidarität (La Vicaría de la Solidaridad), indem sie Zeugenaussagen über staatliche Gewalt für die internationalen Men-



schenrechtsberichte der katholischen Organisation aufnahmen. Wie viele ihrer Nachbarn in Villa Francia, einem Stadtteil, der für seine lange Geschichte der Gemeindeorganisation und politischen Aktion bekannt ist, spielten die beiden in den 1980er Jahren eine aktive Rolle in den 'ollas comunes' (Gemeinschaftsküchen) und bei Protesten gegen die Diktatur.

Als Reaktion auf ihren politischen Aktivismus unterwarf die Polizei die Familie Vergara Toledo einer ständigen Überwachung und Schikanierung. Als die Polizei ihre Söhne ermordete, wurde in der offiziellen Version die politische Dissidenz der Familie nicht erwähnt und stattdessen behauptet, die Brüder hätten versucht eine Bäckerei auszurauben. Tatsächlich hatte die Erzählung der Polizei keine Ähnlichkeit mit der Realität des Geschehens.Bild: Mapuche-Älteste erweisen die letzte Ehre. Am Dienstag, als die Nacht über die Mahnwache hereinbrach, begannen Gruppen mit Sprechchören zu Ehren von Luisa. In Ruf und Antwort, schrie die Menge:

„Companera Luisa!"
„ Anwesend!"
„Jetzt!"
„Und immer!"
„Wir werden kämpfen!"
„Bis wir sterben!"

Die Menschen in der Menge unterstrichen diese Worte mit Feuerwerk und Schüssen jedes Mal, wenn sie skandiert wurden.

*„Ich bin absolut ein Anhängerin der Gewalt! Damit sie uns nicht wieder verprügeln, töten, einsperren und verschwinden lassen! Warum verlangen sie von uns, dass wir bis zu unserem Tod Pazifist*innen sind? Warum wir? Warum können wir keine Gewalt gegen sie anwenden? Verlangt nicht von mir, Pazifistin zu sein. Ich werde es nie sein! Der Monat März kommt und die Jugend kommt wieder zu mir... Ich sehe das Lächeln von Rafael in jedem Kind, in jedem Jugendlichen, der hinausgeht, um zu kämpfen. Die Gelassenheit von Pablo, die Eloquenz von Eduardo, und das ist das, wer ich bin, Compañeros."*

Luisa Toledo

In den sogenannten „Übergängen zur Demokratie", die in Chile und einigen anderen Ländern am Ende des 20. Jahrhunderts stattfanden, entstanden Risse zwischen den Bewegungen für Demokratie und den Bewegungen für Gerechtigkeit. Die Menschen drängten oft diejenigen, die über die Opfer staatlicher Gewalt sprachen - sowohl während als auch nach den Diktaturen -, ihre Unschuld und Bürgerlichkeit angesichts der willkürlichen, ungerechten Behandlung zu beteuern. Bewegungen für Demokratie schätzen „Bürgerlichkeit" als ein Kernprinzip des liberalen demokratischen Systems, das sie zu etablieren versuchen. In diesem Rahmen können die unter der Diktatur Gefolterten und die Angehörigen der von Militär und Polizei Verschwundenen nur insofern Gerechtigkeit fordern, als die Opfer eine unbestrittene moralische Überlegenheit als harmlose gesetzestreue Bürger*innen innehaben.

Indem sie die Wahl ablehnte, ihre Söhne als unschuldige Opfer oder sie als kriminelle Delinquenten darstellen zu lassen, bekräftigte Luisa ihre Militanz als Revolutionäre und ihre Rolle als Partisanen in den Aufständen gegen den Staat und den Kapitalismus. Beginnend mit den Hungerunruhen von 1983 hatten breite und diffuse Proteste das Pinochet-Regime bereits in seinen Grundfesten erschüttert. Als Militante des 'Movimiento Izquierda Revolucionario' (MIR) engagierten sich ihre Kinder in der direkten Aktion bei den Aufständen gegen die Diktatur. Sowohl vor als auchwährend Pinochets Herrschaft umfasste die politische Aktivität des MIR Aktionen wie das Errichtenvon Barrikaden, um Demonstrant*innen vor Polizeigewalt zu schützen, das Plündern von Geschäften und das Überfallen von Transportfahrzeugen, um Ressourcen in Gemeinschaftsküchen umzuleiten, und die Herstellung von Verbindungen zwischen städtischen und ländlichen Landbesetzungen. Luisa bejahte diese als legitime und notwendige Formen des politischen Engagements. Wie im Schmutzigen Krieg in Argentinien versuchte das Pinochet-Regime, den MIR und die politische Dissidenz im Allgemeinen als Teil einer bewaffneten Guerillabewegung darzustellen, dieden Staat gewaltsam stürzen wollte, um ein kommunistisches Regime zu installieren. [1] Als Antwort darauf versuchten die meisten der Opposition unter Pinochet, einschließlich der sozialenOrganisationen und politischen Parteien, die im Untergrund operierten, ihre Bürgerlichkeit im Angesicht der staatlichen Gewalt zu betonen. Das bedeutete, zu behaupten, dass militante Aktionen bei Protesten das Werk von kriminellen Jugendlichen oder Agitatoren von außen waren, die nichts mit der Bewegung für Demokratie zu tun hatten, viele gingen sogar so weit zu behaupten, dass die Aktionen von Gruppen wie dem MIR von polizeilichen Spitzeln durchgeführt wurden, die gewalttätige Auseinandersetzungen als Vorwand für Pinochet inszenierten, um die Gewalt seines Regimes zu legitimieren.

Am Tag nach der Mahnwache gab es eine 11 Kilometer lange Romeria (Trauerzug) von Villa Francia zum Cementerio General zu Luisas Ehren. Hinter der Familie Vergara Toledo zog eine Karawane von Autos, Bussen und Encapuchadxs auf Fahrrädern, die sich über mehrere Blocks erstreckte. Als die Karawane durch die Innenstadt von Santiago zog, begannen Gruppen von Encapuchadxs Geschäfte zu plündern, Barrikaden zu errichten und Worte der Zuneigung für Luisa zu sprühen. Als die Karawane den Verkehr auf der Alameda zum Erliegen brachte, hupten viele stehengebliebene Fahrzeuge im Rhythmus des Zuges. Obwohl Radfahrer*innen die Kreuzungen blockierten, versuchten wütende Motorradfahrer*innen bei einigen Gelegenheiten, durch die Karawane hindurch zu fahren. Um diese zu verteidigen, stürzte sich eine Gruppe von Encapuchadxs auf die Autos und schlug ihre Scheiben und Lichter ein.

*„Als ich am Rande der Alameda anhielt, um mich auszuruhen, kam ein kleines Kind auf mich zu und bot mir ein Stück Schokolade an. Ich nahm es gerne an, und es zog die gelbe Verpackung des Schokoriegels herunter, um ein Stück für mich abzubrechen. Ich schaute zu meinen Freund*innen ein paar Meter weiter und sah weitere Leute, die ihnen die gleiche Schokolade mit dem gleichen gelben Etikett anboten. Eine Gruppe von Encapuchadxs hatte eine nahegelegene Tankstelle geplündert und reichte dem Cabro (Kind) und seinen Eltern einen Riegel. Seine Mutter erlaubte ihm, sie zu behalten, solange er sie mit anderen Leuten in der Trauerzug teilte."*

Antonio



Als die Karawane an den Toren des Cementerio General ankam, parkten die Autos und Busse und die Menschen gingen auf den Friedhof. Die Trauernden erwiesen einer Reihe von wichtigen Persönlichkeiten die Ehre, als der Trauerzug an ihren Gräbern vorbeikam: Salvador Allende, Gladys Marin, Violetta Parra und die Colo-Colo Cracks (die legendären Fußballspieler der Colo-Colo Mannschaft).

„Eines der ersten Gräber, das man sieht, wenn man den Cementerio General betritt, gehört Jaime Guzman, dem faschistischen Massenmörder, der die Pinochet-Verfassung schuf. Ich hatte schon immer davon geträumt, sein Grab zu zerstören, aber als ich dort ankam, hatten andere vor mir sein Grab bereits zerstört. Stattdessen begnügte ich mich damit, mich in die Reihe der Leute einzureihen, die auf sein Grab spuckten."

Maria

Um Luisas Leben weiter zu feiern, kletterte die Menge auf die umliegenden Mausoleen, um Transparente aufzuhängen und Fahnen zu schwenken, während sie weiter sangen und Feuerwerk abfeuerten. Gruppen von jungen Leuten verteilten sich auf dem Cementerio General und sprühten Luisas inspirierende Zitate auf die Mausoleen rund um den Friedhof. Ein Passant hörte, wie eine junge Person einen Freund fragte: „Ist das nicht eine schlechte Idee, dieses Mausoleum zu besprühen?" und antwortete: „Hey, er muss ein ziemlich großes Arschloch sein, um sich ein Mausoleum zu leisten, das größer ist als dein Haus!"

Luisas Aufforderung, wunderschön gewalttätig (ser hermosamente violenta) zu sein, ist sowohl ein Aufruf als auch eine Provokation. Anstatt der Menge junger Menschen zu diktieren, was sie zu tun haben, wie die Legionen sozialer Organisationen und linker politischer Parteien, die nach der Diktatur wieder eine öffentliche Präsenz erlangten, forderte sie die jungen Menschen stattdessen auf, die Integrität zu besitzen, auf Ungerechtigkeit angemessen zu reagieren. Statt der Art von Gewalt, die sich gegen die eigene Gemeinschaft richtet, oder einer symmetrischen Gewalt zwischen staatlichen und staatsfeindlichen Kräften, bekräftigte Luisa in ihren Reden am Tag der kämpferischen Jugend die Selbstverteidigung als einen asymmetrischen, aber notwendigen Teil des Kampfes für Gerechtigkeit und zur Schaffung der Bedingungen für die Welt, die wir aufbauen wollen.

Während der soziale Explosion (estallido social) der verfassungsgebenden Versammlung weicht, bleiben Hunderte von rebellischen Jugendlichen im Gefängnis, entweder angeklagt wegen Straftaten im Zusammenhang mit den Protesten oder in Untersuchungshaft in Erwartung eines Prozesses. Es ist eine Bewegung entstanden, die die Freilassung aller Gefangenen der Revolte fordert. Diese Bewegung schließt einen großen Teil der Delegierten der verfassungsgebenden Versammlung ein, die sich geweigert haben, zu verhandeln, bis diese Gefangenen aus dem Gefängnis entlassen sind. Unvermeidlich wird diese Diskussion zu einer nuancierten Debatte über Fragen führen wie "Wer zählt als Gefangener der Revolte? Welche Handlungen sind politisch und welche Handlungen waren kriminell?"

Luisa hinterlässt uns eine Lektion darüber, wie wir diesem diskursiven Sumpf entkommen können. Anstatt darüber zu debattieren, wer einzubeziehen oder auszuschließen ist, können wir damit beginnen, zu bekräftigen, dass das Endergebnis der Störungen und Zerstörungen, die während des 'estallido social' stattfanden, die Bedingungen für die tiefgreifenden institutionellen Veränderungen geschaffen hat, die wir jetzt zu erleben beginnen. Das Wichtigste ist nicht, dass wir zivilisiert sind, sondern dass wir kämpfen.

Anhang: Die Chicago–Verschwörung (Video, Englisch)
https://vimeo.com/19133666

Dieser Dokumentarfilm befasst sich mit dem Erbe der Militärdiktatur in Chile, indem er die Geschichte von kämpfenden Jugendlichen, die vom Pinochet-Regime getötet wurden, als Gleichnis für die Geschichte der Militärdiktatur und des sozialen Konflikts in Chile in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts erzählt.

Crimethinc, übersetzt von Sunzi Bingfa

Smash IAA!

"It is now easier to imagine the end of the world than to imagine the end of capitalism" (Frederic Jameson)



Vom 7. bis 12. September 2021 findet die IAA in München statt. Die größte Automesse der Welt war lange Zeit eine Bühne für egomanische Konzernbosse und Treffpunkt ihres PS-fetischistischen Fußvolks. Doch nachdem die IAA 2019 in Frankfurt zum Kristallisationspunkt von vielfältigen Klimaprotesten wurde, haben auch die Protagonisten der Autoindustrie die Zeichen der Zeit erkannt und sind auf die neue hegemoniale Linie der kapitalistischen Selbstinszenierung eingeschwenkt: Auch die IAA präsentiert sich jetzt irgendwie digital, hip, vernetzt und ‚nachhaltig'.

Während tausende Waldbrände rund ums Mittelmeer wüten und Rekordniederschläge in Deutschland weit über hundert Menschen das Leben kosten, lässt sich nicht einfach so weitermachen als sei nichts geschehen – oder zumindest darf es nicht so aussehen. Also wird die IAA als Messe für vernetzte (Elektro-)Mobilität inszeniert auch wenn sich im Kern nichts ändert: die kapitalistische Logik der Konkurrenz (‚Wettbewerb') und des grenzenlosen Wachstums auf Kosten von Mensch und Natur wird mit etwas grünem Lack überzogen, damit alles so weitergehen kann wie bisher.

Damit reiht sich die IAA (etwas verspätet) ein in den aktuellen Trend: die sich rasch zuspitzende Klimakrise soll nicht als das verstanden werden was sie ist, als dramatischer Weckruf, dass der globale Kapitalismus nicht mehr ‚nur' Hunger und Elend für Millionen Menschen im globalen Süden und Ausbeutung für fast alle anderen bedeutet, sondern mittlerweile im Begriff ist, die Existenzgrundlage der Menschheit als ganzer unwiederbringlich zu vernichten. Im Gegenteil: die Klimakrise soll als planetarische ‚Herausforderung' wahrgenommen werden, die nur die Protagonist*innen dieses Systems zu meistern im Stande ist. Wir sollen hoffen, dass die Technokrat*innen der „marktkonformen Demokratie" (Angela Merkel), die Chefetagen der Großkonzerne und die neuen Superhelden des digitalen Kapitalismus, wie Elon Musk, Jeff Bezos oder Bill Gates mit ‚Innovationen' und ‚smarten' Lösungen dafür sorgen, dass auch noch in ein paar Jahrzehnten menschliches Leben auf diesem Planeten möglich ist.

Dass das nicht klappen wird, liegt auf der Hand: Alles was den Herrschenden einfällt, folgt derselben idiotischen Logik wie ihr bisheriges Handeln. Ihre Lösungsansätze zum Klimawandel erinnern an die Lösung der deutschen Autobauer für das Stickoxidproblem: ein bisschen Make up (= Betrugssoftware) und weiter so wie bisher. Die kapitalistische Weltwirtschaft und ihre Konsument*innen emittiert zu viel CO2? Dann emittieren wir doch einfach CO2 Verschmutzungszertifikate die dann global gehandelt werden können – was sollte besser funktionieren als Umweltschutz per Börsenhandel? Oder wir ‚kompensieren': Flieg so viel Du willst und lass irgendwen irgendwo für ein paar Euro ein paar Bäume pflanzen, die dann der nächste Waldbrand/Hurrikan wieder vernichtet. Der automobile Individualverkehr zerstört das Klima und verschmutzt die Luft? Dann erhalten Autos statt eines Verbrennungsmotors ein paar tausend in Reihe geschaltete Handybatterien und ganz viel Rechenleistung und für den nötigen Strom baggern wir bis 2038(!) einfach weiter Braunkohle ab und verbrennen sie. Überhaupt muss alles was bisher auch so ganz gut funktioniert hat jetzt ‚smart' – sprich: elektrifiziert, digitalisiert und totalüberwacht – werden: von deiner Jalousie bis zur gesamten City. Wenn die nötigen Rohstoffe für Halbleiter dann ausgehen, werden einfach die Manganknollen in 6000 Metern Tiefe aus den Ozeanen gefischt und diese damit endgültig und unwiderruflich zerstört. Und wenn alle Stricke reißen, dann können wir immer noch hoffen, dass es dem offensichtlich vollkommen durchgeknallten zwischenzeitlich reichste Menschen des Planeten, Elon Musk (180 Mrd. US$), gelingt, den Mars zu besiedeln, so dass die Spezies Mensch dann entgegen den Schwarzsehern von FFF eben doch einen ‚Planet B' hat, auf dem eine Handvoll Exemplare in einem Atombunker vor sich hinvegetieren können. Kein Vorschlag zur ‚Weltrettung' ist offensichtlich zu bescheuert, als dass er nicht als wertvoller Beitrag deklariert werden würde, vorausgesetzt er bleibt der herrschenden kapitalistischen Logik treu. Nur eines bleibt im herrschenden Diskurs tabu: eine andere Gesellschaftsform jenseits von Kapital, Konkurrenz und Verwertung und Wachstum.

Der Topos des grenzenlosen Wachstums ist zwar auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen offenkundiger Schwachsinn, bleibt aber auch deshalb essentieller Bestandteil des herrschenden Diskurses, weil so die Frage nach einer gerechten Verteilung gesellschaftlichen Reichtums umgangen werden kann: Wenn ‚die Wirtschaft gut läuft' gibt es angeblich immer mehr für (fast) alle. Während real die Schere zwischen wenigen Gewinner*innen des digitalen Finanzkapitalismus und dem großen Rest der Gesellschaft auch hier immer weiter aufgeht, bleibt der großen Mehrheit die Hoffnung darauf, dass ein ‚Wachstumsschub', ihren gefühlten (und meist auch realen) sozialen Abstieg aufhält – ein ‚robustes Wachstum ' freilich, der die planetarische Zerstörung beschleunigt und letztlich doch keine*n glücklich

macht, sondern nur den Konsum ein paar neuer Gimmicks ermöglicht („vielleicht ja auch einen Tesla leisten können…"). Und so bleibt die Hoffnung auf ‚Wirtschaftswachstum' der kleinste gemeinsame Nenner, der sie alle eint: vom Qanon-gläubigen Trump-Anhänger, der nicht an den menschgemachten Klimawandel glaubt bis zu Grünen Co-Chef Robert Habeck, der sehr klar sagt, wie er seine Partei den Klimawandel aufhalten will: „Wir brauchen die Märkte, das Kapital, ihre Innovationskraft und ihren Wettbewerb um die beste Lösung" (SZ 2.8.2021).

Gerade weil sich die IAA nicht mehr als (reine) Automesse präsentiert, ist sie der richtige Ort für Protest und Widerstand. Hier geht es um eine Vision von Gesellschaft und die von den Verantwortlichen der IAA entworfene Vision birgt hinter der glatten Fassade den blanken Horror: Während die zahlungskräftigen Bewohner*innen kapitalistischer Metropolen in vollklimatisierten E-Autos durch sterile und totalüberwachte weil ‚smarte' Retortenstädte gleiten sollen, schuften Kinder im Kongo in Koltanminen, fallen nepalesische Bauarbeiter*innen bei 50°C in Dubai dehydriert vom Gerüst, brennen die Wälder verschwinden die Tier- und Pflanzenarten auf unserem Planeten in immer rasenderem Tempo. Ihre Vision ist eine Dystopie der Zerstörung, Ausbeutung, Überwachung und Fremdbestimmung.

Dagegen setzen wir unseren Willen nach einem völlig anderen Zusammenleben: ohne Konkurrenzdruck und Wachstumszwang, ohne Ausbeutung von Mensch und Natur, ohne Herrschaftstechnik und Überwachung.

Smash IAA! Smash capitalism!

Der Lächerliche Konsens eines Bündnisses an Konformist*innen

Dokumentation: Das „Sand im Getriebe" Bündnis will die IAA blockieren und stellt dafür einen Regelkatalog an Verhaltensnormen auf, die zu nichts anderem führen werden, als dass Menschen von Bullen auf die Fresse bekommen und verhaftet werden. Wir kündigen diese Verhaltensnormen, wie sie von Bull*innen hätten formuliert werden können hiermit auf und erklären, dass wir überall, auch dort, wo „Sand im Getriebe" meinen, ihren „Protest" abziehen zu müssen, für Eskalation sorgen werden. Seit wann entscheiden irgendwelche Bewegungsstrategen darüber, wann und wo es Eskalation gibt und wo nicht?

Dem Vorbild Ende Gelände nachempfunden will das Bündnis „Sand im Getriebe" dies offenbar für die Proteste gegen die IAA in München einführen. Mit ihrem Aktionskonsens als „verbindlichem Rahmen" (soll das ein Gesetz sein, oder was?!) für ihre Proteste kündigen die Organisator*innen von „Sand im Getriebe" an, sich gegen Bullen und andere Schweine nicht zur Wehr setzen zu wollen, sowie Ausschreitungen nicht zu dulden: „Es ist nicht das Ziel, Infrastruktur zu zerstören oder zu beschädigen. Wir werden uns nicht von baulichen Hindernissen aufhalten lassen, Absperrungen von Polizei oder Messesicherheit werden wir durch- oder umfließen. Wir werden uns dabei ruhig und besonnen verhalten. Von uns wird keine Eskalation ausgehen." Es ist dabei ja das eine, den eigenen Körper dem von Bullen zu Brei geschlagen zu werden zu „opfern", aber etwas ganz anderes, anderen vorzuschreiben das ebenfalls zu tun. Ebenso wie es eine Sache ist, wenn es nicht zum eigenen Ziel gehören mag, Infrastruktur zu zerstören. Für uns ist das jedenfalls durchaus das Ziel und davon werden wir uns weder von den Bullen, noch von „Sand im Getriebe" abhalten lassen.

Wir kündigen hiermit jeglichen Aktionskonsens auf. Wir werden im September die IAA angreifen. Wir werden dort sein, wo immer wir das für angebracht halten, auch wenn „Sand im Getriebe" am selben Ort sein sollte. Wir werden Bullen angreifen, wir werden Infrastruktur zerstören, wir werden Gewalt gegen alle anwenden, die versuchen uns daran zu hindern. Wir werden uns nicht von einem Aktionskonsens irgendwelcher dahergelaufener Bestimmer*innen aufhalten lassen und auch nicht von Leuten, die diesen durchsetzen wollen. Wir laden alle Menschen ein, sich selbst Gedanken darum zu machen, wie sie gegen die IAA aktiv werden wollen. Wir laden alle ein, nach eigenem Ermessen vorzugehen. Wir laden alle Menschen ein, Rücksicht aufeinander zu nehmen, das bedeutet für uns jedoch nicht, dass wir davon absehen werden, die IAA mit den Mitteln anzugreifen, die uns sinnvoll erscheinen. Wir verstehen diesen Aufruf auch als einen Debattenanstoß darüber, inwiefern wir auch in Zukunft zulassen wollen, dass irgendwelche Bewegungsmanager unsere Proteste auf die ihnen genehmen Formen einengen und freuen uns darüber, wenn auch andere Gruppen Widerspruch erheben, gegen die Tendenz Protesten mithilfe von Aktionskonsensen einen friedlichen Rahmen zu verleihen.

Smash IAA! Kill all Cops!

anonym

Bonzen-Autos, E-Mobilität und totale urbane Überwachung

Die IAA 2021 in München

Die Internationale Automobilausstellung (IAA) kommt im September dieses Jahres nach München. IAA, das war doch diese Veranstaltung, bei der sich leicht bekleidete Frauen auf den Motorhauben teurer Autos räkeln? Stimmt genau, es ist aber auch jene Automesse, auf der Hitler und die Nationalsozialisten in den 1930ern ihre Pläne zur "Motorisierung des Deutschen Volkes" vorstellten, jene Lobbyveranstaltung, bei der die deutsche Autoindustrie für ihre umweltschädlichen Spielzeuge wirbt, usw. Erstmals in München soll die IAA nun einen Imagewandel erfahren, um sie an die Erfordernisse eines modernen, grünen Kapitalismus anzupassen, der mit erdölverbrennenden, die Luft der Innenstädte verpestenden Autos nichts mehr am Hut haben will.



E-Mobilität, Smart Cities, Öffentliche Verkehrsmittel, elektrisierte und smartifizierte Fahrräder, digitales Verkehrsmanagement, "Naturschutz", usw., die neue IAA Mobility lässt kaum ein Thema aus, das in den letzten Jahren nicht gezielt von den Marketingkampagnen innovativer Technologieunternehmen in Szene gesetzt worden ist, um vermeintliche Lösungen für die immer deutlicher sichtbar werdende globale ökologische Zerstörung zu präsentieren. CO2 neutrale Fahrzeuge, Fabriken und Kraftwerke sind jedoch nicht nur eine besonders offensichtliche Lüge (bei deren Bilanzierung entscheidende Produktionsschritte und -Prozess einfach weggelassen werden – etwa die Verhüttung von Metallen, der Abbau mit Dieselbetriebenen Fahrzeugen, die Logistik mit Ölverbrennenden Schiffen, LKWs und Zügen, die entweder mit Diesel laufen oder von Kohle- und Atomstrom angetrieben werden), sondern ändern auch nichts an der totalen ökologischen Zerstörung, wie sie besonders in jenen Regionen offenbar wird, in denen die Rohstoffminen zur Versorgung der kapitalistischen Metropolen mit sogenannter "grüner Technologie" gelegen sind. Jene "grüne Technologie" also, die uns von der neuen IAA Mobility angepriesen werden soll, sie sorgt höchstens für sauberere Stadtluft in den reichen Metropolen dieser Welt, in denen – wie auch in München – sich die Technologieunternehmen und deren gut bezahlte Hipster ansiedeln und durch die in der Folge steigenden Lebenskosten sämtliche ärmeren Bevölkerungsschichten verdrängt werden.

Die schmutzige und lebensfeindliche Industrie, die diese Technologie produziert und die Luft, Gewässer und Biosphäre mit Ruß, Schwefel, Schwermetallen, Stickoxiden, usw. vergiftet und durch gigantische Tagebaue, Monokulturen und industrielle Landwirtschaft in lebensfeindliche Wüsten verwandelt, sie befindet sich außerhalb der reichen Metropolen und deren Naherholungsgebieten. Dagegen werden die Metropolen mit der selben Technologie immer mehr in Territorien der totalen Kontrolle verwandelt.

Smart Cities, mit ihren Abermillionen von Sensoren erfassen auf jedem Zentimeter, wer sich wann, wohin bewegt, wer sich den Regeln gemäß verhält – und wer nicht – und steuern das Verhalten ihrer Einwohner*innen sogar subtil durch eine Anpassung der Beleuchtung, durch Schwerpunkteinsätze und -Streifengänge der Polizei und anderer, billigerer privater Sicherheitsdienste, durch die Architektur, durch Läden, Gastronomie und Kultureinrichtungen. Der autozentrierte Ausbau von Straßen zu sensorischen Netzen, der damit verbundene Ausbau von 5G und die bereits in Form von Car-Sharings, E-Autos, E-Scootern, Leihfahrrädern und Testfahrzeugen für das autonome Fahren überall in der Stadt präsenten Überwachungssensoren auf Rädern, wie sie von der IAA allesamt angepriesen werden, liefern dabei bloß die technologische Grundlage für eine Ausweitung dieser Kontrolle.

Und dabei haben wir von den größenwahnsinnigen Projekten wie Elon Musks Hyperloop und Fahrzeugen für andere Planeten noch gar nicht gesprochen, die ebenfalls Teil der "neuen" IAA sein werden. Von einer Spielzeugmesse für reiche Männer hat sich die IAA also zu einer Spielzeugmesse für Superreiche entwickelt, denen das Auto-Spielen auf der Erde nicht genug ist und die folglich den Weltraum als eine neue Spielwiese für sich entdeckt haben. Ihre patriarchalen Träume von einer (in ihrem Sinne) absolut kontrollierten Welt lassen sich dort eben am einfachsten und in ihrer ganzen Totalität verwirklichen. Aber jene verspielten Tendenzen, die wir von der IAA der Vergangenheit ja ebenfalls zur Genüge kennen, sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die weltlichen, technokratischen Visionen, denen auf dieser Messe der Boden bereitet wird, zu nichts anderem beitragen, als die alltägliche Kontrolle über uns auszuweiten.

Wenn München also einmal mehr zu einem Testfeld für die technokratische, kybernetische und kontrollierte Stadt der Zukunft werden soll, dann liegt es an uns, die wir weder in einer solchen Zukunft, noch in der kaum weniger ausbeuterischen, autoritären und lebensfeindlichen Gegenwart leben wollen, uns dieses Experimentierfeldes anzunehmen und ein kleines Wörtchen mitzureden beim "Versuchsaufbau" jenes Sozialexperiments. Für die totale Zerstörung der IAA und ihrer Aussteller*innen!

anonym

5 Jahre mit Euch auf Reisen

Meine Liebsten

Fühlt euch mit jedem geschriebenen Wort von Herzen umarmt! Es hat etwas gedauert, seit ich euch das letzte Mal von einem Schleichweg aus dem Nirgendwo zugeflüstert habe. Aber wie sagt man so schön; gut Ding will Weile haben.

In Gedanken feuere ich frohen Mutes eine Fragensalve auf euch ab – wie geht es euch, was treibt euch um, was passiert Zuhause, und und und… Ich würde euch erbarmungslos an die Wand fragen und jeder Antwort von euch entsprängen zehn neue Fragen meinerseits, im naiven Glauben, so irgendwann auf Grund zu stoßen. Und immer wieder würde dieser Irrglaube durch die Schönste aller Erkenntnisse ersetzt werden; da ist kein Grund, der unsere Beziehungen und Verbindungen limitiert. Da ist nur endlose Tiefe.

Der Alltag mit seinen Herausforderungen, so profan oder komplex sie auch sein mögen, tut sein Möglichstes, uns diese Endlosigkeit vergessen zu lassen. Er führt euch und mir vor Augen, dass ich weg bin. Immer und immer wieder. Und wir alle mussten lernen, diesen Umstand zu benennen; Klandestinität, Untertauchen, Auf-der-Flucht-Sein… Es ist gut und wichtig, unsere durch Repression verursachte physische Trennung mit diesen Namen zu versehen, denn nur so könnt ihr euch in eurer eigenen Vorstellung ein Bild davon machen. Doch das Benennen, das Anbringen geistiger Etiketten, egal in welchem Bereich des Lebens, birgt auch Gefahren. Es begrenzt die Möglichkeiten und das Potential von allem, was uns umgibt. Der Anarchist Luigi Lucheni hatte das seinerzeit erkannt – eine Feile ist nicht mehr als ein durch gesellschaftliche Normen etikettierter Gegenstand. Befreien wir diesen von den gesellschaftlich konditionierten Assoziationen, eröffnen sich auf einmal unzählige Möglichkeiten.

Lasst und also die Etiketten und deren Assoziationen für einen Augenblick beiseite legen und in uns hinein horchen. Wir sind nicht mehr physisch zusammen, und trotzdem ist sie noch da; unsere endlose Verbundenheit, die auf Freundschaft, auf Komplizenschaft, auf Affinität und dem befreienden Drang nach Subversion basiert – egal wie viele Zeitzonen uns trennen, egal wie unterschiedlich unsere Lebensumstände aussehen mögen. Solange wir dieses Gefühl in uns tragen, haben wir nichts verloren.

Lasst uns in den Himmel schauen und uns vergegenwärtigen, dass wir denselben Mond bestaunen; dass wir auf derselben Erde für die Freiheit Aller kämpfen. Mit allem, was uns so in die Hände fällt…

Es fühlt sich gut an, euch seit Anbeginn meiner Reise, die nun bereits 5 Jahre andauert, an meiner geistigen Seite zu wissen. Danke, dass ihr da seid. Ich bin es auch.

In Liebe und auf ein Wiedersehen
euer Freund und Gefährte aus dem Nirgendwo

10. Juli, 2021

Chile: Feuriger Widerstand nach dem Mord an Pablo Marchant

Eine Chronik

Im Süden Chiles führt ein Teil der Mapuche-Bevölkerung seit vielen Jahren einen erbitterten Kampf gegen die Großgrundbesitzenden (indem sie ihre Villen niederbrennen und ihr Land besetzen) sowie gegen Agroforstbetreibende, große Wasserkraftwerke und intensive Lachsfarmen. In diesem Zusammenhang wurde Pablo Marchant Gutiérrez am Freitag, den 9. Juli in Carahue bei einem Angriff auf die Fahrzeuge der Firma Forestal Mininco (eine Tochtergesellschaft des Zellulose-Riesen CMPC) ermordet.

Der 29-jährige ehemalige Anthropologiestudent, der sich später über die CAM (Coordinadora Arauco Malleco) dem Kampf der Mapuche anschloss, beteiligte sich gegen 17 Uhr an der Verbrennung eines Kleinbusses, eines Skidders und eines Tankwagens auf der Plantage Santa Ana-Tres Palos, als er von der Carabinieri, die die Interessen der Holzfäller schützen sollten, aus nächster Nähe in den Kopf geschossen



wurde. Ein weiterer Saboteur und ein Angestellter wurden bei dem Schusswechsel ebenfalls durch Kugeln verwundet. Die Staatsanwalt-

schaft spekulierte schnell, dass die Kugel, die letzteren ins Krankenhaus brachte, aus der M16 kam, die Pablo Marchant in der Hand hielt.

Die CAM ihrerseits gab sofort bekannt, dass Pablo während einer Sabotageaktion einer ihrer lokalen Gruppen (Órgano de Resistencia Territorial, ORT), der sogenannten Lafkenche-Leftraru, von einem Carabiniere erschossen worden war und somit ein Mapuche-Kämpfer (weichafe) wurde, der während des Kampfes gefallen war. Sein Leichnam wurde am nächsten Tag von 300 Menschen vom Forensischen Institut in Temuco zur Gemeinde Lumaco begleitet, wo eine Mahnwache für seinen Leichnam bis Dienstag, den 13. Juli, dem Tag seiner Beerdigung, abgehalten wurde.

Die Bekanntgabe der Ermordung löste natürlich am darauffolgenden Sonntag wütende Demonstrationen von Santiago bis Antofagasta aus, sowie zahlreiche Straßensperren, Schüsse gegen Carabinieri oder Wachen der Landbesitzenden und Brandanschläge anderer radikaler Mapuche-Gruppen in mehreren verschiedenen Regionen (Biobío, La Araucanía und Los Ríos). Weit davon entfernt, Gerechtigkeit vom mörderischen Staat zu suchen, machten sich diese sofort daran, die Ideen von Pablo Marchant am Leben zu erhalten, indem sie Unternehmen angriffen, die Wasser oder den Wald im gesamten Mapuche-Gebiet ausbeuten.

Ein kurzer chronologischer Überblick der letzten Tage…

Region La Araucanía

In der Nacht auf den 10. Juli gingen gegen 4.30 Uhr in der Gemeinde Vilcún in der Siedlung Quintrilpe drei Kipper, ein Bagger, ein Frontlader und zwei Container eines Unternehmens zur Gewinnung von Holzzuschlagstoffen in Flammen auf.

Region La Araucanía

Am Samstag, den 10. Juli gegen 18 Uhr in Victoria, wo Barrikaden auf der Autobahn, die den Süden mit dem Norden des Landes über mehr als 3000 Kilometer verbindet (Ruta 5), errichtet wurden, wurde ein LKW der Firma Embotelladora Andina/Coca-Cola von etwa 50 Demonstrierenden abgefangen, sein Fahrer zum Aussteigen gezwungen, nachdem er das Fahrzeug quer über die Gleise gestellt hatte, und dann wurde sein Führerhaus in Brand gesetzt.

Region Los Ríos

Am Sonntag, den 11. Juli, gegen 1 Uhr morgens wurden in Panguipulli, auf dem Landgut Santa Rosalía, drei Forstmaschinen und ein Pick-up der Firma Forestal Arauco in Brand gesetzt, nachdem der Wachmann außer Gefecht gesetzt worden war.

Region La Araucanía

Am Montag, den 12. Juli gegen 6 Uhr morgens in Ercilla, in der Gegend von Pidima, schnitten mehrere Dutzend Unbekannte unerwartet die Ruta 5 mit einer kleinen Barrikade aus brennenden Reifen ab und zwangen den ersten LKW zum Anhalten, sowie die folgenden. Dann forderten sie die Fahrer auf, freiwillig oder mit Gewalt auszusteigen (drei widerspenstige Fahrer wurden verletzt), und übergossen dann die ersten sechs Berufsfahrzeuge über hundert Meter mit Benzin: ein Container-LKW, drei Tankwagen (von einer Firma in Puerto Montt, die Lachs transportierte), ein Holzfäller-LKW (der Holz transportierte) und ein Pick-up-Truck wurden zerstört



Region Biobío

Am Montag, den 12. Juli gegen 9.30 Uhr in Cañete, im Sektor Paso Los Negros der Forstwirtschaft El Hualle, neutralisierten ein Dutzend Unbekannte die dort arbeitenden Mitarbeitenden und setzten anschließend nicht weniger als sechzehn Forstbaumaschinen und LKWs der Firma Forestal Arauco in Brand. Laut dem Sprecher des nationalen Verbandes der Forstunternehmer (Asociación de Contratistas Forestales), der sich gegenüber einer lokalen Zeitung beschwerte, belaufen sich ihre direkten Verluste durch diese Art von Angriffen seit 2014 auf fast 160 Millionen Dollar…

Schließlich, am Samstagmorgen, immer noch in Cañete, zwei Tage zuvor, diesmal in der Gegend von Peleco, etwa zehn Kilometer südlich, traf es das Haus, das der Staatsanwalt Luis Morales seit seiner Versetzung im Jahr 2019 nach fünfzehn Jahren dort behalten hatte. Es wurde absichtlich in Schutt und Asche gelegt, während eine Botschaft, die sich auf den Mord an Pablo bezog, an seine Wand gesprüht wurde.

Region La Araucanía

Am Dienstag, den 13. Juli, gegen 5 Uhr morgens in Nueva Imperial, an der Straße Misión Boroa, entfernten unbekannte bewaffnete Personen gewaltsam Bewohner_innen von einem Grundstück und setzten dann die beiden daneben stehenden Forstgeräte zur Gewinnung von Holzpellets in Brand: einen Bagger und einen Frontlader.

Am Mittwoch, den 14. Juli schließlich, dem Tag nach der Beerdigung von Pablo Marchant in Lumaco, wollte ein General der Carabineros die Zahlen der 85 „Gewalttaten" veröffentlichen, die seit der Ermordung von Pablo im gesamten Mapuche-Gebiet stattgefunden hatten, von Freitagabend, den 9. Juli, bis Mittwochmorgen: Es hatte 44 Straßen-

blockaden gegeben, 22 Angriffe mit Schusswaffen [d.h. Schüsse auf Carabinero-Patrouillen oder Sicherheitskräfte] und 11 Brandanschläge. Letztere zerstörten 39 Fahrzeuge (24 Forstmaschinen, 12 Lastwagen, einen Kleinbus und einen Van): 23 in Cañete, 6 in Lautaron, 4 in Panguipulli, 2 in Nueva Imperial, 1 in Padre Las Casas, 1 in Freire, 1 in Victoria und 1 in Carahue, sowie 5 Gebäude (darunter das Haus der Staatsanwaltschaft in Cañete und ein Gesundheitszentrum in Pidima am 10. Juli).

Die meisten dieser Racheangriffe fanden in 11 Gemeinden in vier Regionen (Bío Bío, La Araucanía, Los Ríos, Los Lagos) statt: Cañete, Victoria, Ercilla, Collipulli, Padre Las Casas, Temuco, Carahue, Panguipulli, Tirúa, Lautaro und Lumaco.

GESEGNET IST DIE FLAMME DER VERGELTUNG

Indymedia & Tor-Browser

Die Seite de.indymedia.org ist zwar seit kurzem wieder erreichbar, zuvor war sie jedoch gut fünf Wochen unter der Klarnamen-Adresse tot. Dieser fragile Zustand wird sich nicht wirklich bessern, solange die angreifende AfD-nahe Trolltruppe genug Geld für ihre DDoS-Attacken bekommt.

Diese unzuverlässige Erreichbarkeit wird insbesondere in Zeiten kritisch, die eine erhöhte politische Kommunikation erfordern. Daher ist die aktuelle Situation ein „guter“ Anlass, nochmal auf die Möglichkeiten des Tor-Browsers hinzuweisen: Wegen der technischen Besonderheiten des Tor-Netzwerkes sind nämlich klassische DDoS-Attacken gegen eine sog. onion-Adresse nicht möglich (im Tor-Netzwerk enden alle Adressen auf „.onion“).

Indymedia war die letzten Wochen (Stand August2021) gut über Tor erreichbar und die Anzahl neuer Artikel und Kommentare zeigt, dass sich viele Aktivisti schon gut darauf eingestellt haben. Der Tor-Browser kann inzwischen sehr einfach auf allen gängigen Betriebssystemen (Windows, Linux, Android) installiert werden. Die Software kann auch von https://www.torproject.org/de/ runtergeladen werden und hierüber sind auch die Dokumentationsseiten (https://2019.www.torproject.org/docs/documentation.html.en) erreichbar.

Ab dem 3.10.2021 wird der (aktualisierte) Tor-Browser den alten Onion Service v2 nicht mehr unterstützen. In v3 werden aktuellere kryptografischen Funktionen verwendet und die Adressen sind erkennbar länger (56 Zeichen).

Merkt Euch diese neuen Links für de.indymedia.org:

http://gsxbcjvcrdl66ycimkwra2nxzwvy2idef4twi7elojuzm5ztt5abqyid.onion
http://dvqlamnbbzli62qfyt5faspxunueqdxc4csrslhcp2z3haiflnrn6dqd.onion

Bis vor kurzem wurde die Seite auch dezentral gespiegelt. Diese Spiegelseiten (OMPF, OMPF II, Leftspace) sind aber aktuell nicht mehr erreichbar oder nicht mehr synchronisiert (https://gei-ge.de/).



Vom 1.10. bis zum 4.10.2021 wird ein Teil der IT-Infrastruktur umgebaut und komplett auf die neue Tor-Browser-Version eingestellt. In dem Zeitraum wird die indy-Seite nicht erreichbar sein.

Wir bedanken uns bei allen Spender*innen (ganz besonders den großzügigen) und müssen aber leider mitteilen, dass das Spendenaufkommen so schwach war, dass wir hier dringend appellieren zu SPENDEN !

Empfänger: Netzwerk Selbsthilfe e.V.
IBAN: DE46 1002 0500 0003 0298 03
BIC: BFSWDE33BER (10178 Berlin)
Bank: Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: Indymedia

Vergesst das Stichwort „Indymedia“ nicht.

18. August 2011

Belarus: Hacker knacken den Server von Lukaschenkos Führung

Angriff auf das Innenministerium enttarnt Geheimdienstler und Informanten

Bei der Präsidentschaftswahl vor einem Jahr reklamierte der belarussische Machthaber Alexander Lukaschenko mehr als 80 Prozent der Stimmen für sich. Demonstrationen schlug das Regime danach mit aller Härte nieder. Gegen vermeintlich zentrale Figuren der Bewegung lässt sich Lukaschenko Ungewöhnliches einfallen: Eine zur Notlandung gezwungene, von Kampfjets nach Minsk begleitete Ryanair-Passagiermaschine bringt den Cyberaktivisten Roman Protasewitsch im Mai n Haft. Jetzt exakt ein Jahr nach Beginn der Proteste droht dem Regime ein politisches Desaster über den Hack zentraler Datenbanken des Innenministeriums.

Es ist der größte Datenklau in der Geschichte von Belarus. Hacker der oppositionellen Gruppierung Cyber-Partisanen haben sich Zugang zu fast allen Personendaten im Land verschafft, darunter ihren Angaben nach auch zu „geheimen Einträgen" über die Führung der Sicherheitsorgane, Personen aus dem Umfeld von Präsident Alexander Lukaschenko und KGB-Agenten.

Mitarbeiter des Geheimdienstes und der Geheimpolizei sind offenbar enttarnt. Die Anti-Regime-Aktivisten sollen auch Terabytes an abgehörten Telefongesprächen erbeutet haben. Veröffentlichte Bilder lassen überdies den Schluss zu, dass sich die Cyber-Partisanen Zugang zu Kameras auf Polizeistationen, in Gefängnissen und sogar zu Polizeidrohnen verschafften. Auszüge veröffentlichter Dokumente sollen beweisen, dass die gesamte Polizei-Datenbank gehackt worden ist. Die Hacker haben offenbar Zugriff «auf vertrauliche Informationen über den beruflichen Werdegang eines jeden Polizeibeamten (seine Fälle, begangene Straftaten usw.).

Insgesamt zwei Millionen Minuten Gesprächsmitschnitte werten die Cyberpartisanen nun aus. Die ersten kompromittierenden Beiträge haben sie bereits ins Netz gestellt.

In einem davon prahlt der stellvertretende Polizeichef von Minsk, Igor Podwoiski, unter Nutzung von reichlich Kraftausdrücken, dass er eine Frau, die aus Solidarität mit den Demonstranten gehupt habe, an den Haaren aus dem Auto gezerrt und dann getreten habe, während sie am Boden lag. In einem anderen Mitschnitt befiehlt der Chef der Minsker Sondereinheit Omon, Nikolai Maximowitsch, seinen Untergebenen, die Festnahmen mit maximaler Härte durchzuführen. „Wenn einer nur falsch schaut, wenden wir physische Gewalt und Spezialmittel an", so Maximowitsch. Als Spezialmittel gelten bei der belarussischen Polizei unter anderem Gummiknüppel, Pfefferspray und Elektroschocker.

Das Pikante an den Enthüllungen ist nicht die Gewaltanwendung an sich. Dass die Polizei Demonstranten während der Proteste massiv misshandelt hat, um sie einzuschüchtern, ist bekannt und durch mehrere Tote, hunderte Verletzte in den Krankenhäusern und Aussagen tausender Festgenommener, die in den Untersuchungsgefängnissen gefoltert wurden, belegt. Doch nun lassen sich mithilfe der Polizeivideos die Folterer aus der Anonymität ziehen.

Die mitgeschnittenen Telefonate sollen zudem zeigen, dass der Staat Regimegegner und -unterstützer gleichermassen überwacht. Wie es scheint lässt Lukaschenko vom einfachen Polizeibeamten in der Provinz über KGB-Offiziere bis zum Innenminister alle abhören.



«Mitarbeiter des Geheimdienstes, der Spionageabwehr und des KGB, die in ihren Pässen besondere Vermerke haben, sind völlig kompromittiert», sagte der ukrainische Hacker-Aktivist Andriy Baranovych gegenüber dem TV-Sender «Current Time». Menschen, die das Rückgrat des Lukaschenko-Regimes bilden, könnten sich nun nicht mehr sicher fühlen. Man wisse auch, welche Gebäude die KGB-Agenten nutzten, was bedeute, dass «sie alle Wohnungen austauschen müssen», so die Cyber-Partisanen.

Die Cyber-Partisanen haben bislang nur Auszüge der Daten veröffentlicht, halten die mutmaßlich erbeuteten Datenbanken aber unter Verschluss. Man werde die Daten von Bürgern, welche nicht für das Regime arbeiten, nicht anrühren. «Wir speichern alles in einem verschlüsselten Format auf einem separaten Server, der vom Internet isoliert ist.»

Die Cyber-Partisanen sind seit Herbst 2020 aktiv. Als Folter und Gewalt der belarussischen Polizei gegen Anti-Lukaschenko-Demonstrierende bekannt wurde, hackten die Aktivisten die Webseite des staatlichen belarussischen Fernsehsenders und veröffentlichten online Aufnahmen von Festnahmen. Auf den gehackten Webseiten der Regierung forderten sie die Bürger auf, an den Protesten teilzunehmen.

„Unsere Freunde und Verwandten werden getötet, gefoltert und vergewaltigt. Niemand wird in der Lage sein, am Rande zu sitzen."

Die Aktivisten bezeichnen sich selbst als «unpolitische» Hacker, die das «terroristische» Regime in Belarus beenden und gleiche Rechte für alle sicherstellen wollen. Die Gruppe bestehe aus einem «kleinen Kern von Administratoren und weiteren zehn bis 15 Freiwilligen» aus dem IT-Sektor.

Kleine Randnotiz: Unter anderem erbeuteten die Hacker auch die Sterbestatistik. Die Daten hält Minsk seit Juni 2020 unter Verschluss. Sie zeigt einen Anstieg der Übersterblichkeit zwischen Jänner 2020 und März 2021 um 32.000. Wobei die Sterberaten zum Höhepunkt der Covid-19-Wellen je massiv ansteigen. Offiziell sind in Belarus bis Ende März 2.247 Personen an Covid-19 gestorben. Die Übersterblichkeit deutet darauf hin, dass die Angaben um das 14-Fache gesenkt wurden. Lukaschenko hat die Covid-19-Gefahr stets negiert.

Das Innenministerium kommentiert den Datenabfluss vom 10.8. nicht. Die Behörden taten zunächst so, als sei nichts passiert. Gut eine Woche später reagierten sie mit einer Razzia gegen die unabhängige Nachrichtenagentur Belapan. Es habe am 18.8.21 Durchsuchungen bei mehreren Journalisten und Mitarbeitern gegeben, teilte das Menschenrechtszentrum Wesna in der Hauptstadt Minsk mit. Der Journalistenverband von Belarus dokumentierte in den vergangenen zwölf Monaten rund 140 Razzien bei Journalisten. 29 Medienvertreter seien aktuell in Haft.

anonym, August 2021

Iran: Hacker knacken Videoüberwachung in berüchtigtem Gefängnis

Die Videoüberwachungsanlage in Irans Evin-Gefängnis wurde gehackt. Ein auf Instagram und Twitter verbreitetes Video zeigt, wie im Kontrollraum des Gefängnisses die Bildschirme plötzlich flackern und dann das Logo der Hackergruppe erscheint. Im weiteren Verlauf des Videos werden Bilder gezeigt, auf denen Häftlinge misshandelt werden.

Die Echtheit der Videos ist mittlerweile bestätigt. Laut der BBC hat sich der Chef der iranischen Gefängnisverwaltung Mohammad Mehdi Haj-Mohammadi auf Twitter für die Misshandlungen entschuldigt und die Verantwortung für das „inakzeptable Verhalten“ übernommen.

Schläge und Misshandlungen

Neben Bildern aus dem Kontrollraum ist auf dem Video unter anderem zu sehen, wie eine Person, die auf einem Parkplatz zusammenbricht, auf unmenschliche Weise durch das Gefängnis geschleift wird. Über den am Boden liegenden Mann steigt ein iranischer Geistlicher hinüber. Auf einem anderen Video ist zu sehen, wie ein Mensch von Wärtern geschlagen wird. Die Bilder sind zwar schockierend, sollen jedoch angesichts der sonst aus dem Gefängnis berichteten Folter und Menschenrechtsverletzungen nicht das ganze Ausmaß der Gewalt zeigen.

Das Evin-Gefängnis ist ein berühmtes und besonders berüchtigtes Gefängnis im Iran, dort werden viele politische Gefangene oftmals ohne Prozess festgehalten. Das Gefängnis wurde 1972 eingerichtet, in ihm sind bis zum 15.000 Häftlinge untergebracht.

Hacker fordern Freiheit für politische Gefangene

Zu dem Angriff bekannte sich eine Hackergruppe namens Edalat-e Ali (Alis Gerechtigkeit). Auf den gehackten Bildschirmen ist auch eine Nachricht zu sehen: „Das Evin-Gefängnis ist ein Schandfleck auf Raisis schwarzem Turban und weißem Bart“ – es handelt sich um eine Anspielung auf den neuen iranischen Präsidenten, der ein ultrakonservativer Kleriker und ehemaliger Chef der Judikative ist. Er gilt als Hauptverantwortlicher für die Massenhinrichtung von Oppositionellen im Jahr 1988, bei der mehrere tausend Menschen vom Regime umgebracht wurden.

In einem auf den Monitoren gezeigten Text kündigten die Hacker:innen an, dass eine Zeit komme, in der die Täter zur Rechenschaft gezogen werden würden. Gegenüber der Nachrichtenagentur AP sagte die Hackergruppe: „Wir wollen, dass die Welt unsere Stimme für die Freiheit aller politischen Gefangenen hört“.

Ring: Die smarten Polizeitürklingeln von Amazon

Wie Amazon der amerikanischen Polizei dabei hilft ein immenses Videoüberwachungsnetz aufzubauen

Die smarten Türklingeln der zu Amazon gehörenden Marke Ring sind äußerst erfolgreich. Aber sie helfen auch, ein Videoüberwachungssystem im ganzen Land zu errichten, finanziert von den Bürgern selbst. Werden die Vereinigten Staaten im Hinblick auf die Videoüberwachung bald mit China konkurrieren? Während die Regierung aus Peking 600 Millionen Kameras im ganzen Land installiert hat, können sich die amerikanischen Behörden stattdessen auf die Bürger selbst stützen.

In drei Jahren hat das Unternehmen Ring, Filiale von Amazon, die sich auf den Verkauf von mit Kameras ausgestatteten, smarten Türklingeln spezialisiert hat, die Menge an Videodaten, die der Polizei zur Verfügung stehen, bedeutend anwachsen lassen, informiert die Washington Post. Laut dieser amerikanischen Tageszeitung (die Jeff Bezos, dem Gründer von Amazon gehört) haben mehr als 2000 lokale Polizei- und Feuerwehrbehörden in den USA eine Partnerschaft mit Ring abgeschlossen. Eine Zahl, die von einer anderen, letztens in der Financial Times erschienenen Analyse bestätigt wird. Die Zahl der Partnerschaften belief sich 2019 noch auf 703 und 2018 lediglich auf 60. Die Washington Post schätzt, dass Amazon inzwischen zwei neue Partnerschaften am Tag knüpft.

Anfang 2019 veröffentlichte die Webseite *The Intercept* Bilder des Programms, das den Behörden von Ring zur Verfügung gestellt wird. Ohne richterlichen Beschluss können die Ermittler von jedem Benutzer, der sich im Radius von 400 Metern um ein vermutetes Delikt befindet, – manchmal mit finanziellen Anreizen – fordern, dass dieser ihnen Zugang zu den Bildern der Videoüberwachung seiner verbundenen Klingel gewährt. Bis zu 12 Stunden Aufnahmen können von der Polizei gesammelt und ohne Zeitlimit aufbewahrt werden, wie Le Monde Ende 2019 informierte. Im Fall einer offiziellen Hausdurchsuchung kann Amazon dazu gezwungen werden, den Ordnungskräften die verlangten Bilder oder Identifikationsdaten ohne das Einverständnis der Besitzer der Amazon Ring-Kameras zu liefern. Während zu dieser Stunde das Kameranetz, das der amerikanischen Polizei zur Verfügung gestellt wird, deutlich eingeschränkter ist als das chinesische Überwachungssystem, integriert dieses bereits zahlreiche Geräte, die faktisch von den Amerikanern selbst finanziert werden – die smarten Ring-Türklingeln werden in Frankreich ab 99 Euro verkauft.

Das amerikanische Medium zitiert besonders eine Studie des MIT, welche die Zahl von drei Millionen aktiven Ring-Kameras in den Vereinigten Staaten nennt. Laut der La Gazette des communes, haben die 47 französischen Städte mit mehr als 90.000 Einwohnern Anfang 2020 eine Summe von 11.400 Überwachungskameras angesammelt. In den Vereinigten Staaten unterscheidet sich Amazon von Google, das Konkurrenzprodukte – via seiner Produktreihe Nest – anbietet, ohne aber mit der Polizei zusammenzuarbeiten [sollte man ihrem Wort glauben?, Anm. v. Sans Nom]. In Frankreich wurde keine Partnerschaft dieser Art zwischen Ring und den Behörden angekündigt. Eine Kollaboration, die komplex in der Umsetzung sein könnte, da das europäische Gesetz das Privatleben mehr schützt.



Errichtung einer Autonomen Zone

Dokumentation: „Wir haben in einer Blitzaktion die Rigaer Straße zwischen Zelle- und Liebigstraße zu einer Autonomen Zone gemacht. Mit Barrikaden an beiden Enden, mit vielen Leuten als Unterstützung versuchen wir damit der Einrichtung der Roten Zone zuvorzukommen, die von der Polizei für heute 15 Uhr vorgesehen ist. Die Rote Zone soll ein Gebiet der totalen Kontrolle dieses jahrzehnte umkämpften Straßenzugs darstellen. Wir haben zahlreiche Erfahrungen in den letzten Monaten und Jahren mit dieser Art von Ausnahmezustand gesammelt. Es werden mehrere Blocks rein polizeilichen Anordnungen unterstellt, Anwohner*innen müssen sich Durchsuchungen und Kontrollen unterziehen, Versammlungen sind grundsätzlich verboten. Es wird damit unverholen das Ziel verfolgt, Protest und Widerstand von den Orten zu verbannen, wo sie die herrschenden wirklich treffen könnten. Bei den letzten Räumungen und auch am 1. Mai hat der Innensenat so immer wieder ganze Straßenzüge unterworfen. Als Versammlung in Solidarität mit der Rigaer94 haben wir daher beschlossen, nicht darauf zu warten, bis Nägel mit Köpfen gemacht sind, sondern uns das Gebiet zu nehmen, um am Ende nicht vor den Absperrgittern mehrere Straßenzüge weiter zusehen zu müssen, wie die Polizei ungehindert agieren kann.

Hier in Friedrichshain lebt trotz staatlicher Allmachtsfantasien die Geschichte organisierten Widerstands und der Rebellion weiter. Mit unserer heutigen Aktion tragen wir das Bewusstsein auf die Straße, dass die Stadt eigentlich den Menschen gehören sollte, dass die Häuser keine Eigentümer*innen haben, dass der Staat hier nicht gebraucht wird und als Garant für Immobilienspekulation im speziellen und Kapitalismus im ganz allgemeinen abgeschafft gehört. Wer sollte das tun, wenn nicht wir.

In unseren begrenzten Möglichkeiten haben wir uns entschieden, den heutigen Tag zu nutzen, um wenigstens in diesem Straßenzug unsere Ideen von Solidarität und Freiheit zu verwirklichen. Die Rigaer Straße liegt uns besonders am Herzen, da wir hier seit mehr als 30 Jahren versuchen, selbstorganisiert und rebellisch zu leben. Für den morgigen Donnerstag ist ein frontaler Angriff auf unsere hiesigen Strukturen vorgesehen. Nur etwas mehr als ein halbes Jahr nach der Räumung des Anarcha-Queer-Feministischen Hausprojektes Liebig34 ein paar Meter weiter soll die Rigaer94 in die Mangel genommen werden. Es ist kein Geheimnis, dass die angebliche Brandschutzprüfung schon im März als Räumung des Hauses geplant war. Auch dieses Mal zielt dieser staatliche Angriff auf die Unterdrückung der hier kämpfenden Individuen und Kollektive ab sowie auf die Zerstörung eines Hauses, dass eine wichtige Infrastruktur darstellt. Wir als Versammlung rufen alle auf, sich dem Widerstand gegen die Räumung anzuschließen. Ab sofort müssen wir die Dinge in die eigene Hand nehmen.



Kurzes Update zu uns: Uns gehts gut, der Heli kreist, die Straße riecht nach Rauch und wir haben Feuer im Herzen ! Lasst es uns weiter so krachen lassen und das verteidigen was unser ist ! Autonome Räume verteidigen ! Rigaer bleibt !!!"

Versammlung in Solidarität mit der Rigaer Straße

Der zahnlose Tiger

Gedanken zu der besonders im Kontext von Waldbesetzungen und Angriffen auf Schlachthöfen beliebten Aktionsform der menschlichen Blockade

Eine Reaktion auf den Artikel „Westfleischblockade in Oer-Erkenschwick": Im letzten „Autonomen Blättchen" (#45) gibt es einen Bericht über eine Blockade eines Schlachthofs mittels „3 Betonfässern, an denen jeweils zwei Personen fest gekettet waren, und einem Tripod, in dem ein Mensch mit Hängematte hing und eine weitere Person mit einem Bügelschloss festgekettet war". Die Bilanz der Aktion (mal abgesehen davon, dass die Blockade daran scheiterte, dass es einen weiteren Eingang gab, den die LKWs benutzen konnten): „die Angeketteten [wurden] unter Schmerzen schreiend mit den Fässern weggetragen", „der Arm einer Aktivistin [. . .] stark überdehnt", „Aceton auf die [. . .] Hände gekippt", mehrere Stunden Aufenthalt in Metallkäfigen in der GeSa, „soziale Konflikte, Ausbrennen und Traumata".

Die Lehre aus dieser Erfahrung:
„Macht eure Fässer UNTRAGBAR!"

Auch bei Berichten aus diversen Waldbesetzungen wie etwa dem Hambacher oder dem Dannenröder Forst liest man von diesen Blockadeaktionen mit dem eigenen Körper, Menschen auf Bäumen, die sich weigern, hinunterzuklettern, Menschen, die sich in Tunnel eingraben und sich auf tausende Arten irgendwo anketten, festmachen, sich festkleben, und das so kompliziert und lebensgefährlich für sie selbst wie möglich. Wenn dann diese Blockaden erwartbarerweise von den Cops geräumt werden, werden Menschen (schwer) verletzt oder manchmal sogar getötet (wie erst letztens im Hambacher Forst), und sehr viele bleiben schwerst traumatisiert und ausgebrannt von diesen Räumungen zurück. Was ich mich dabei ernsthaft frage: Warum?

Warum entscheidet man sich so eine Blockade zu machen? Warum liefert man sich freiwillig so komplett der Willkür und der Gewalt der Bullen und des Staates aus und, viel schlimmer als das, wie kann man das nur als eine geeignete Kampfmethode propagieren? Klar gibt es unterschiedlichste Arten und Weisen sich gegen Staat und Kapitalismus zur Wehr zu setzen, und alle können mir ja auch nicht taugen, doch erscheint es mir dringend notwendig diese selbstverständlich scheinende Praxis insbesondere im Kontext von (Wald-)Besetzungen, Tierbefreiungskämpfen und im sogenannten „Kletteraktivismus" massiv anzugreifen und ihre Sinnhaftigkeit infrage zu stellen.

Ich richte mich dabei explizit an Anarchist*innen, die alle Verhältnisse umstürzen wollen, so wie sich offenbar laut eigener Aussage auch die Menschen verstehen, die die oben beschriebene Blockade gemacht haben. Warum sich selbst vor einen Schlachthof ketten

anstatt beispielsweise eine brennende Materialblockade zu errichten, die denselben Zweck erfüllt und bestenfalls auch noch die Straße zerstört, man sich dabei aber nicht selbst den Bullen ausliefert? Warum sich handlungs- und kampfunfähig machen und darauf warten, dass einen irgendwer da wieder rausholt und einen dabei (bestenfalls, wenn man mal ganz ehrlich ist) auch noch verletzt? Natürlich ist es in Oer-Erkenschwick (wenn auch laut eigener Aussage eigentlich erwartbar) nicht gelungen überhaupt einen Ablauf für einige Zeit zu blockieren, was bei einigen dieser Blockaden ja durchaus gelingt. Voraussetzung dafür ist aber natürlich, dass die Cops die Protestierenden nicht einfach abknallen, sondern die Blockade Leben schonend räumen, was eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt. Das ist aber auch das größte Problem daran, weshalb sie meiner Ansicht nach vollkommen untauglich für anarchistische Angriffe auf Herrschaftsstrukturen ist und außerdem gefährlich so etwas zu propagieren:

Man vertraut nämlich darauf, dass sich der Staat an seine eigene Regeln, an seine „Rechtsstaatlichkeit" hält, dass die Bullen also diejenigen, die sich so vor einen Schlachthof ketten, nicht einfach abmurksen, oder Menschen, die sich in Gruben eingegraben haben, nicht überfahren, oder einfach alle Halteseile einer Waldbesetzung kappen. Keine Aufständischen machen es dem Staat so einfach, sie alle zu massakrieren, wenn er es für opportun hält, als die, die mit ihrem angeketteten, festgeklebten, eingebuddelten, aufgehängten Körper gegen ihn protestieren. Das würde doch nicht passieren, weil es dann einen Aufschrei in der Bevölkerung gäbe, mag mir da einer entgegnen. Das ist nämlich das andere, auf das man bei dieser Methode setzt:

Mediale Aufmerksamkeit und Sympathie der Bevölkerung aufgrund der Aufopferungsbereitschaft der Leute und der für die Zuschauer als ungerecht empfundenen Gewalt, die die Menschen erfahren. „Die Gewaltfalle", nennt das die Polizeiforschung. Handle auf eine Art, die die Cops „zwingt" mit Gewalt einzugreifen und sei dann mit jenen konfrontiert, die sich aufgrund der sich vor ihren Augen ablaufenden Gewalt mit denen, die diese Gewalt erfahren, solidarisieren. So eigentlich besonders bei Demos, aber über mediale Berichterstattung lässt sich das – so die Hoffnung – über das direkte Erleben hinaus nutzen. Doch dafür ist man davon abhängig, dass überhaupt jemand davon berichtet, und nicht nur das lokale Anarchoblättchen oder zeitgemäßer irgendein Blog im Internet, den eine Handvoll Leute lesen, davon berichtet, sondern dass es die Aufmerksamkeit der (lokalen oder bundesweiten) Mainstream-Medien auf sich zieht und diese das Geschehen skandalisieren. „Wir konnten… Aufsehen erregen. Medial haben wir viele diverse Zeitungen, Radios und Fernsehsender erreicht, die mit uns gesprochen und über uns berichtet haben", berichten auch die Blockierer*innen von Oer-Erkenschwick. Dabei verwechselt man häufig die Schreiberlinge der großen Medienkonzernen oder sogar dem Staat gehörenden Zeitungen und Fernsehsender, die sich als „vierte Gewalt im Staat" und als eine der wichtigsten „Stützen der Demokratie" betrachten, und die von ihnen hergestellte „Öffentlichkeit" mit den Menschen, die man wahrscheinlich hofft mit dieser Aktion anzusprechen.

Eine interessierte „Öffentlichkeit" wird es nur geben, wenn die entsprechenden „Stützen" und (geistigen wie sonstigen) Eliten der Demokratie ein Interesse daran haben eine „Öffentlichkeit" herzustellen. Aber zurück dazu sich einfach den Bullen auszuliefern: Solange es dem Staat mehr entgegenkommt, die Protestierenden am Leben zu lassen und sie mehr oder weniger sanft aus ihren Blockaden zu befreien, er etwa damit seine demokratische Toleranz zur Schau stellen und somit befriedend einwirken, die „Gewaltfalle" also weitestgehend umgehen kann, dann wird er das tun. Nicht wenige solche Blockadeaktionen scheiterten auch genau daran, dass sich keiner dafür interessierte, die so Verschanzten herauszuholen und man lieber darauf wartete, dass sie selbst aufgaben, weil ihnen kalt war, sie aufs Klo mussten oder auch einfach so nicht damit gerechnet hatten, dass man sie einfach sitzen lässt und die Zeit dann auf einmal sehr lang wird. Beste Taktik, ganz ohne Blutvergießen.

Sobald aber dem Staat die Kontrolle wirklich zu entgleiten drohen sollte, dann gibt es ja wohl nichts Hirnrissigeres als sich einem technologisch hoch aufgerüsteten, bis an die Zähne bewaffneten Staatsapparat dadurch entgegenzustellen, dass man sich vor ihm festkettet. Aber das sei ja gerade nicht der Fall, und es sei halt eine niedrigschwellige Aktionsform, die weniger Repressionsgefahr beinhalte und damit „Neuen" einen recht einfachen Zugang zu Protestformen ermögliche. Traumata, Verletzungen, Schmerzen, eventuell sogar den Tod zu riskieren, ist niedrigschwellig und keine Repression? Wie verantwortungslos ist es motivierten Leuten solche Aktionsformen vorzuschlagen? Was bitte soll das sein als Leute und sich selbst zu Kanonenfutter zu machen, um politisch Kapital daraus zu schlagen, damit man dann hinterher die Bullengewalt skandalisieren kann?

Ganz nebenbei ist das auch voll und ganz der Idee des christlichen Märtyrers verhaftet, der sich einfach wehrlos für Gott hinschlachten lässt und aufgrund dieser Selbstlosigkeit hofft Anhänger*innen zu finden. Warum sich selbst die Zähne ausreißen, nur um harmlos genug zu wirken, damit die Anhänger*innen des Staates keine Angst vor dir bekommen? Es gibt so viele Möglichkeiten, einen Schlachthof anzugreifen, den Bau einer Autobahn zu sabotieren, einer Kohlegrube den Garaus zu machen – auch mit unterschiedlichem Risiko –, die nicht beinhalten sich seine Handlungsfähigkeit zu nehmen. Damit will ich natürlich nicht sagen, dass andere Formen des Widerstands nicht teilweise genauso gefährlich oder auch tendenziell riskanter oder gefährlicher sind, insbesondere wenn es um Freiheitsstrafen geht. Doch sind es keine Handlungen, in denen ich mich freiwillig der Willkür des Staates ausliefere, in der Hoffnung da schon ohne große Schäden rauszukommen. Es sind Wege des aktiven Angriffs statt des passiven Ausharrens, die weder auf die Gutmütigkeit des Staates noch auf die Sympathie der Presse und der „Öffentlichkeit" setzen, sondern diese als Feinde erkennen, in deren Klauen man sich nicht freiwillig begibt und denen man sicherlich nicht vertraut. Auf dass jede*r auf ihre Weise und mit den Mitteln ihrer Wahl diesen Koloss angreift, ohne sich ihm aber dafür auszuliefern!

Eine kurze Notiz zum abgelehnten Text „Blind vor Zorn“

an die Redaktion [dürft ihr gerne auch als Leser*innenbrief abdrucken]

Ich finde es ja grundsätzlich schön, wenn man die Gründe dafür kommuniziert, warum man einen Text ablehnt, auch wenn ich es ebenfalls in Ordnung finde, einen Text auch unkommentiert nicht zu veröffentlichen. Das ist nun eben die Position, die man als Redaktion – und sei sie auch kollektivistisch – einnimmt und es wäre ja immer auch befremdlich, wenn man Dinge veröffentlicht, hinter denen man nun so gar nicht stehen kann. Ich bin also keineswegs erzürnt, wenn man einmal in diesem Vokabular des Zornes bleiben möchte, dass mein Beitrag nicht abgedruckt wurde, allerdings finde ich die von euch dazu abgegebene Begründung unterirdisch und eines Kommentares wert, da mir als Autor*in darin ja implizit das „Spiel mit Menschenverachtung“ zum Zwecke der Provokation unterstellt wird.

Fest gemacht wird das an dem zitierten Teilsatz „[. . .] dass ich bei der erstbesten sich bietenden Gelegenheit selbstverständlich ein Flüchtlingsheim niederbrennen würde“, wobei ihr gleich selbst einräumt, dass später im Text klargestellt wird, dass es sich „natürlich um ein leeres Flüchtlingsheim handeln würde“. Nun, wen es interessiert, die*der kann die Passage ja selbst nachlesen, denn im Zündlumpen (Nr. 83, S. 49 – nur gedruckt) wurde mein Text ohne zu murren abgedruckt.

Ist es ein Spiel mit Menschenverachtung, zu beteuern, dass man findet, dass jene Lager, in die Geflüchtete zum Zwecke der besseren Verwaltung und auch zum Zwecke der Entwürdigung dieser potenziellen neuen Staatssubjekte auf Bewährung, eingepfercht werden, bedingungslos niedergebrannt gehören? Und ist es nicht eine beinahe unnötige Bemerkung, wenn man eine solche Aussage nicht gerade in einem rechten Kontext (und das Autonome Blättchen ist doch nicht rechts, oder?) tätigt, dass dabei selbstverständlich weder die Geflüchteten angegriffen, noch als Kollateralschaden in Kauf genommen werden sollen? Eine unnötige Bemerkung, die ich wohlwissend in meinem Text ja dennoch nachgeschoben habe, weil ich schon ahnte, dass ich hier in ein Wespennest stechen könnte.

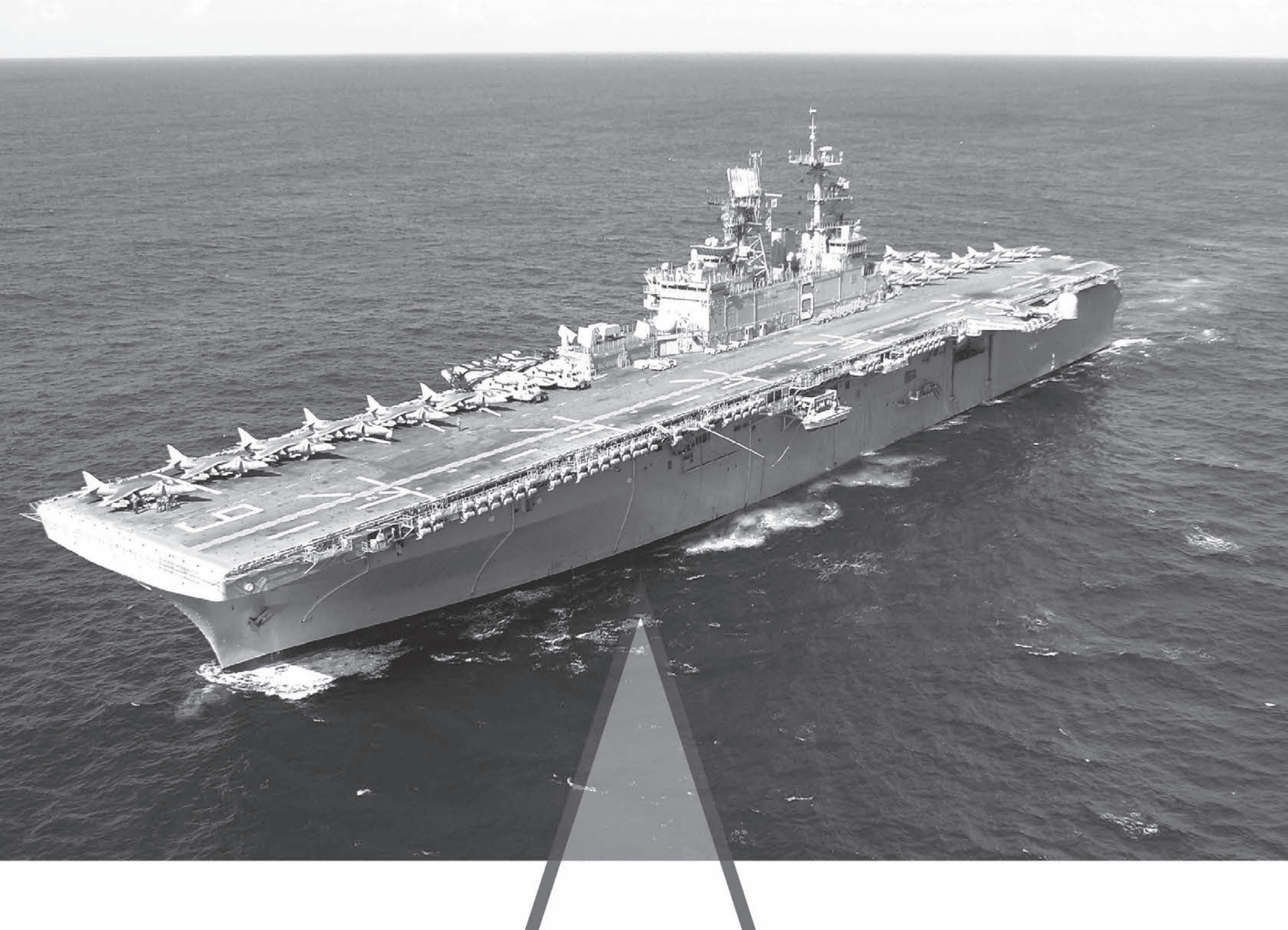
Man mag bei all dem ja auch unterschiedlicher Meinung sein, sowohl dabei, ob man Flüchtlingslager – um vielleicht diesen ehrlicheren Begriff zu gebrauchen – nun niederbrennen sollte oder nicht, als auch dabei, ob ein solcher Akt nun ein Bekenntnis zwingend erfordert, usw. Aber hier nun zu unterstellen, ich würde der Provokation halber mit „Menschenverachtung“ spielen, das empört – bzw. erzürnt mich dann doch, denn es ist ein Totschlag-Argument, ein Nicht-Argument, eine Diffamierung, wenn man so will. Eine Diffamierung nicht nur von mir/meinem Text,

sondern auch einer Praxis, die ja die*der eine oder andere durchaus auch praktizieren mag und die mitnichten „menschenverachtender“ ist, als die jener, die sich mit dem Thema lieber nicht die Finger schmutzig machen wollen oder die sich auf im Verhältnis zu einem niedergebrannten Flüchtlingsheim geradezu lächerlich symbolische Aktionen beschränken, irgendwelche fetten Securityfirmen anzugreifen und vielleicht bestenfalls einmal noch ein Unternehmen, das Lager ausrüstet, mit etwas Farbe beklecksen. Was natürlich alles toll ist und nicht hierarchisiert werden zu braucht, außer eben danach, wie erfolgreich damit das eigene Ziel nun erreicht wird. Und wenn dies die Zerstörung aller Lager ist, dann ist eben die Zerstörung eines Lagers in der Regel zielführender als die symbolische Intervention gegen einen Mini-Aspekt davon.

nd wenn dies nicht unser gemeinsames Ziel ist, dann sprechen wir offensichtlich auch nicht die selbe Sprache. Vielleicht liegt es ja tatsächlich daran, aber eigentlich glaube ich das nicht. Also warum gleich zum Mittel der Diffamierung greifen? Weil man Polemiken nicht mag? Fair enough, aber Leute die Polemiken schreiben haben eben auch einen Grund dafür, diese Form zu wählen. Manchmal, nein eigentlich immer, kommt es ja eben doch auch mehr darauf an, was gesagt wird, anstatt in welchem Tonfall es gesagt wird, nicht? Und wenn revolutionär zornige Autor*innen eben im Tonfall der „solidarischen Kritik“ – aber was ist an dieser Kritik solidarisch? – einer gesamten Tendenz ihre Praxis als nicht „emanzipatorisch“ diffamieren – was ja auch andere gestört hat, siehe „Einige Gedanken zu Bekennungen“ in Autonomes Blättchen 45 –, dann muss man sich eben auch nicht wundern, wenn die Retourkutsche entsprechend ausfällt.

Ich habe freilich bemerkt, dass dieser angeführte Grund nur einer von vielen Gründen war, warum ihr den Beitrag nicht abdrucken wollt. Aber warum führt ihr gerade jenen Grund an, den ihr selbst sogar noch wiederlegt, der also höchstens als ein vorgeschobener Grund noch gelten kann, warum nicht einen beliebigen anderen und sei es, dass euch der Tonfall des Textes nicht behagt?

Mit zornigen Grüßen . . . Ein Rumpelstielzchen



Abrüsten II

Am 12. Juli 2020 geriet der Flugzeugträger die "USS Bonhomme Richard" in der Naval Base San Diego nach einer Explosion auf einem unteren Frachtdeck in Brand. Ein Feuer breitete sich schnell aus, da die Feuerlöschanlage wegen Wartungsarbeiten nicht einsatzbereit war. Erst nach vier Tagen und nach 1500 Hubschrauber–Löschflügen konnte das Feuer gelöscht werden.

Der Schaden war so groß, dass das US–Kriegsschiff stillgelegt werden musste: Die Reparaturen hätten voraussichtlich 3,2 Milliarden Dollar gekostet und sieben Jahre gedauert. Ein Jahr nach dem Großfeuer auf der Bonhomme Richard gab die Die US Navy am 29. Juli 2021 bekannt, dass sie ein Verfahren vor einem Militärgericht wegen Brandstiftung gegen ein damaliges Besatzungsmitglied eingeleitet hat.